



universität  
wien

# MAGISTERARBEIT

**„Die Print-Berichterstattung über die Beteiligung des  
Österreichischen Bundesheeres an der humanitären EU-  
Mission im Tschad 2008. Eine Inhaltsanalyse“**

Verfasserin

Bakk.phil. Elisabeth Fritzsche

Zur Erlangung des akademischen Grades

Magistra der Philosophie an der Fakultät für Sozialwissenschaften  
an der Universität Wien (Mag.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin / Betreuer: Ing. Mag. rer. soc. oec. Dr. phil. Klaus Lojka

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Vorwort</b>	<b>6</b>
<b>I Kommunikationswissenschaftliche Theorie</b>	<b>9</b>
<b>1. Grundlagen der Nachrichtenselektion</b>	<b>9</b>
Nachrichtenfaktoren/-werte	9
1.2 Gatekeeper-Ansatz	13
1.3 Agenda Setting Hypothese	13
1.3.1 Variablen „Wichtigkeit“ und „Thema“	14
1.3.2 Einflüsse auf die Medienagenda	15
1.4 News Bias Ansatz	16
1.5 Framing	17
1.6 Themenkarriere	19
<b>2. Journalismus</b>	<b>21</b>
2.1 Selbstverständnis von JournalistInnen	23
2.2 Aufgaben des Journalismus	25
<b>3. Qualität im Journalismus</b>	<b>27</b>
3.1 Geschichte der journalistischen Qualität	27
3.2 Der Qualitätsbegriff	29
3.2.1 Journalistische Objektivität und Unparteilichkeit	32
3.3 Qualitätsforschung	35
3.3.1 Kriterien der Qualität	39
<b>4. Öffentliche Meinung</b>	<b>40</b>
4.1. Öffentlichkeit	41
4.2 Die öffentliche Meinung	42
4.2.1 Die Schweigespirale	45
4.2.2 Meinungsführer – der Two Step Flow	46
<b>5. Medien und ihr Einfluss auf die Einstellung zur Politik</b>	<b>48</b>
5.1 Medien und Politikverdrossenheit	49
5.2 Ursachen von Politikverdrossenheit	51
5.3 Ein Forschungsüberblick	54

<b>II Themenbezogene Hintergrundinformationen</b>	<b>59</b>
<b>1. Österreichs Neutralität und Sicherheitspolitik</b>	<b>59</b>
1.1 Grundlagen zu Struktur und Leitbilder österreichischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik	59
1.2 Öffentliche Meinung zur österreichischen bzw. europäischen Sicherheitspolitik	62
<b>2. Österreich in internationalen Einsätzen</b>	<b>65</b>
2.1 Sicherheitspolitisches Profil Österreichs	66
2.1.1 Einsatz-Beurteilungskriterien	67
<b>3. Krisenmanagement in Afrika</b>	<b>68</b>
<b>4. Der Tschad</b>	<b>69</b>
4.1 Die Präsidialrepublik Tschad	69
4.2 Hintergründe der Konflikte	72
4.3 Die humanitäre EU-Mission	74
<b>III Empirische Untersuchung</b>	<b>77</b>
<b>1. Forschungsfragen und Hypothesen</b>	<b>77</b>
<b>2. Methodisches Vorgehen</b>	<b>78</b>
2.1 Das Methodendesign	81
2.2 Kategorien und Codebuch	82
2.3 Der Pretest	84
<b>3. Untersuchungsergebnisse und Hypothesenprüfung</b>	<b>85</b>
<b>4. Interpretation und Resümee</b>	<b>118</b>
<b>Abstract</b>	<b>127</b>
<b>Anhang</b>	<b>129</b>
<b>Literatur</b>	<b>136</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb.1: Komponenten der Objektivität nach Westerstahl, 1983.....	33
Abb.2: Kreismodell .....	37
Abb.3: Einflüsse auf Politikverdrossenheit .....	51
Abb.4: Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheers. ....	65
Abb.5: Der Tschad .....	71
Abb.6 Region Darfur.....	72
Abb.7: Herkunft der OTS Meldungen.....	85
Abb.8: OTS Meldungen in Standard.....	87
Abb.9: OTS Meldungen in Presse.....	87
Abb.10: OTS Meldungen in Kurier.....	87
Abb.11: OTS Meldungen in Krone .....	88
Abb.12: Pro/Contra Inhalte Presse .....	88
Abb.13: Pro/Contra Inhalte Kurier.....	89
Abb.14: Pro/Contra Inhalte Standard .....	89
Abb.15: Pro/Contra Inhalte Krone .....	89
Abb.16: Artikelmenge/Zeitverlauf .....	92
Abb.17: Contra Inhalt nach Medium.....	93
Abb.18: Pro Inhalt nach Medium.....	93
Abb.19: Aspekt Humanitäre Hilfe.....	96
Abb.20: Aspekt Unsichere Lage/Gefahr .....	96
Abb.21: Negative Szenarien.....	97
Abb.22: Negative Szenarien nach Medium.....	98
Abb.23: Artikelart .....	101
Abb.24: Artikelart nach Medium .....	102
Abb.25: Zeitverlauf dramatisierender Berichte.....	102
Abb.26: Zeitverlauf negative Szenarien.....	103
Abb.27: Zeitverlauf Information politischer Hintergrund.....	103
Abb.28: Zeitverlauf belächelnde Ereignisdarstellung.....	104
Abb.29: Tendenz letztes Artikelargument.....	104
Abb.30: Tendenz letztes Artikelargument nach Medium .....	105
Abb.31: Zeitverlauf Tendenz dramatisierendes letztes Artikelargument.....	105
Abb.32: Zeitverlauf Argument „Gegen Einsatz“ .....	107
Abb.33: Zeitverlauf Argument „Ausrüstung/Ausbildung unzureichend .....	107
Abb.34: Zeitverlauf Szenarium „Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung“ .....	107
Abb.35: Zeitverlauf Argument „Unvereinbarkeit mit Neutralität“ .....	108
Abb.36: Zeitverlauf Argument „Aktiver Kampfeinsatz“ .....	108
Abb.37: Zeitverlauf Argument „Einsatz abbrechen“ .....	109
Abb.38: Thema ÖBH Truppenplanung nach Medium.....	112
Abb.39: Thema Sicherheitslage Tschad nach Medium.....	112
Abb.40: Thema Flüchtlingsschutz durch EU nach Medium.....	112
Abb.41: Sicherheitspolitische Informationen nach Medium.....	113
Abb.42: Thema EU-Afrika Beziehungen nach Medium.....	113
Abb.43: Thema Verzögerung des Einsatzes nach Medium .....	113
Abb.44 Zeitverlauf Darlegung Flüchtlingszahlen .....	116
Abb.45: Zeitverlauf zukünftige Ziele durch Einsatz .....	116
Abb.46: Zeitverlauf Information EUFOR/MINCURAT/UNAMID.....	116

## **Tabellenverzeichnis**

Tab.1: Bsp. formale Kategorien .....	83
Tab.2: Bsp. inhaltliche Kategorien.....	83
Tab.3: Bsp. Codebogen .....	84
Tab.4: Aussagen in Berichten nach Herkunft .....	90
Tab.5: OTS Meldungen nach Parteien .....	91
Tab.6: Berichte nach Printmedium.....	91
Tab.7: Artikellänge nach Printmedium .....	92
Tab.8: Negative Einsatz-Aspekte .....	94
Tab.9: Positive Einsatz-Aspekte.....	95
Tab.10: Anteil negativer Szenarien nach Printmedium.....	97
Tab.11: Negative Szenarien .....	99
Tab.12: Negative Szenarien Herkunft .....	99
Tab.13: Inhalte der Artikel .....	111
Tab.14: Politische Hintergrundinformation .....	114
Tab.15: Einordnung politischer Hintergrundinformation in Artikelinhalten .....	115

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Abs.</b> .....	Absolute Zahlen
<b>AU</b> .....	African Union
<b>BOUNUCA</b> .....	Bureau d'appui des Nations Unis pour la consolidation de la paix en République Centrafricaine
<b>EG</b> .....	Europäische Gemeinschaft
<b>ESVP</b> .....	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
<b>EUFOR Tchad/RCA</b> .....	European Union Force Tchad/République Centrafricaine
<b>GASP</b> .....	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
<b>MINCURAT</b> .....	Mission des Nations Unies en République centrafricaine et au Tchad
<b>MINURSO</b> .....	United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara
<b>MONUC</b> .....	United Nations Mission DR Congo
<b>NATO-Pfp/EAPC</b> .....	NATO Partnership for Peace/The Euro Atlantic Partnership Council
<b>ONUC</b> .....	Opération des Nations Unies au Congo
<b>OSZE</b> .....	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
<b>PSC</b> .....	Peace and Security Council
<b>UNO</b> .....	United Nations Organization
<b>UNAMID</b> .....	United Nations-African Union Mission in Darfur
<b>UNHCR</b> .....	United Nations High Commissioner for refugees
<b>UNMIL</b> .....	United Nations Mission in Liberia
<b>UNMIS</b> .....	United Nations Mission in Sudan
<b>UNOCI</b> .....	United Nations Mission in Côte d'Ivoire
<b>WEU</b> .....	Western European Union

## Vorwort

Medien stellen Themen zum öffentlichen Diskurs bereit. Welche Rolle spielt hier journalistische Qualität? Gehen Hintergrundinformationen nicht allzu oft auf Kosten des Sensationalismus und des Unterhaltungsfaktors verloren?

Die Trennung von Nachricht und Meinung gilt in demokratischen Ländern zwar als zentrale Forderung, doch können die Rezipienten darauf vertrauen eine informative und tendenzlose Berichterstattung vorzufinden?

Der Beteiligung des neutralen Österreich an der humanitären EU-Mission war in der österreichischen Politik wie auch Medienlandschaft ein sehr kontroverses Thema. Der Einsatz stellte etwas Außergewöhnliches dar, denn österreichische Soldaten würden in einem unbekanntem Terrain zu einem innerpolitisch umstrittenen Einsatz geschickt werden. Wie ist dieser Umstand einzuordnen, welche Entscheidungsgrundlagen liegen hier vor und wieso sollte die EU in Afrika in einem derartigen Ausmaß aktiv werden?

Die wenigsten Menschen entnehmen politische Informationen direkt von Parteien oder Ministerien, sondern aus den Medien. Eine dementsprechend wichtige Rolle wird Massenmedien zugesprochen, da sie maßgeblich daran beteiligt sind, was Bürger tagtäglich an nützlichem Wissen aus der Welt und der Politik vermittelt bekommen.

Verlieren die Bürger einer Demokratie das Verständnis für politische Vorgänge, so kann es zu einer weiteren Erhöhung der (ohnedies schon vorhandenen) Politikverdrossenheit führen, was in weiterer Folge den Glauben an eine funktionierende Demokratie verringern kann.

Ich möchte hiermit nicht sagen, dass eine Berichterstattung wünschenswert ist, die sämtliche Entscheidungen der Regierung unkritisch und reflektionslos darlegt. Doch haben Journalisten, die Aufgabe den Bürgern ein Mindestmaß an Information zu liefern.

Diese Gedanken weckten in mir Interesse zu untersuchen, wie der Tschad-Einsatz in den Medien dargestellt wurde, ob es Tendenzen gab, und in welchem Ausmaß tiefgreifende Informationen behandelt wurden.

Bevor ich genauer auf mein Forschungsinteresse und den Aufbau dieser Arbeit eingehe, möchte ich festhalten, dass ich die „Sinnhaftigkeit“ des Einsatzes nicht zum Thema machen werde. Ebenso wenig sollen politische Entscheidungen diskutiert werden und es liegt mir fern Werbung bzw. Negativwerbung für das Österreichische Bundesheer zu machen.

Mittels Inhaltanalyse soll analysiert werden, in welchem Ausmaß positive bzw. negative Aspekte thematisiert werden. Wie sehr wird mit negativen Szenarien gearbeitet und welche Themen stehen in der Berichterstattung im Vordergrund. Wie verhält es sich mit der Verwendung von Inhalten der Presseaussendungen von Parteien und Ministerien? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Umfrageergebnissen und der Themenbehandlung in den Medien.

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit besteht in der Analyse, inwieweit in den Printmedien Standard, Presse, Krone und Kurier positive bzw. negative Aspekte des Einsatzes thematisiert wurden und auf welche Themen eventuell größeres Augenmerk gelegt wurde. Darüber hinaus wird der Aspekt negativer Szenarien, die in den Printmedien veröffentlicht wurden, behandelt. Stammen diese vermehrt von Politikern oder von den Medien selbst und um welche Szenarien handelt es sich dabei? Welche Veränderungen bezüglich der Artikelinhalte sind über den Zeitverlauf erkennbar? Ein weiteres Forschungsinteresse bezieht sich auf von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) durchgeführten Umfragen betreffend Zustimmung/Ablehnung des Einsatzes. Hier sollen inhaltliche Veränderungen der Berichte in Richtung der Umfrageergebnisse analysiert werden

Zu letzt soll geprüft werden, welche Parteien- bzw. Ministerienaussendungen (auffindbar in OTS) eher in die Berichte miteinfließen.

Die Arbeit gliedert sich in drei Schwerpunkte.

Zuerst soll ein *theoretischer Überblick* bezüglich Nachrichtenselektion, Journalismus und dessen Qualitätsansprüche gegeben werden, die insofern wichtig sind, da Medien die öffentliche Meinung einer Gesellschaft mitgestalten. Wie dies geschehen kann, wird ebenfalls im ersten Teilbereich dargestellt werden. Danach wird der Einfluss der Medien auf die Einstellung zur Politik behandelt, da diese wiederum aus der gängigen öffentlichen Meinung entwickelt wird. Der erste Teilbereich endet mit einer kurzen Darlegung darüber, wie Medien in Krisenzeiten berichten und welche Wirkung damit bei den Rezipienten erreicht werden kann.

Der zweite große Bereich befasst sich mit *Hintergründen zur österreichischen Neutralität und Sicherheitspolitik*, sowie der Rolle Österreichs in internationalen Einsätzen. Weiters soll ein kurzer Überblick über das Krisenmanagement in Afrika gegeben werden, der auch Basisinformationen zum humanitären EUFOR Einsatz des Österreichischen Bundesheeres beinhaltet. Schließlich enthält dieser Bereich noch eine kurze Übersicht zum Tschad und



dessen Konflikt. Dieses Kapitel dient der thematischen Zusatzinformation, um eine Grundlage des Einsatzes, der im Mittelpunkt dieser Arbeit steht zu erhalten.

Den Schlusspunkt bildet der empirische Teil, der zum einen Grundlagen der Inhaltsanalyse beinhaltet, zum anderen das Untersuchungsdesign sowie Ergebnisse und deren Interpretation.

An dieser Stelle möchte ich Herrn OberleutnantdR Mag. Claus Neumann, Presseabteilung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, herzlich für seine Unterstützung danken.

# I Kommunikationswissenschaftliche Theorie

## 1. Grundlagen der Nachrichtenselektion

Jeden Tag passieren unzählige Ereignisse in allen Teilen der Welt und es ist bei weitem nicht möglich, sie in vollem Umfang in den Medien wiederzugeben.

Weshalb bestimmte Ereignisse den Weg in die Medien schaffen und andere nicht, geschieht nicht aus reinem Zufall. Welche Theorien es im Zusammenhang mit der Auswahl von Nachrichten gibt, bzw. wie Ereignisse überhaupt zu Nachrichten werden, sollen im Folgenden dargelegt werden.

„Indem Medien die Themen öffentlicher Diskussion setzen und sich gleichzeitig in ihrer Themenauswahl von dieser Diskussion beeinflussen lassen, tragen sie zur Stabilität gesellschaftlicher Interpretationsschemata bei.“<sup>1</sup>

### Nachrichtenfaktoren/-werte

Walter Lippmann hat sich erstmals 1922 mit der Thematik „news value“ näher befasst. Er postuliert, dass Medien und die menschliche Erkenntnis nicht die Realität widerspiegeln, sondern das Resultat von Selektionsprozessen sind. Lippmann fragt also danach, welche Kriterien Ereignisse erfüllen müssen, um zu einer Nachricht zu werden und zählt sieben grundlegende Aspekte auf:<sup>2</sup>

- Überraschung/Sensationalismus (Ungewöhnlichkeit des Ereignisses)
- Etablierung (Bezug zu eingeführten Themen)
- Dauer (zeitliche Begrenzung der Thematik)
- Themenstruktur
- Relevanz/Schaden/Nutzen (als Konsequenz eines Ereignisses)
- Prominenz
- Räumliche Nähe

1965 betont Einar Östgaard ebenso, dass jede Nachricht bestimmte Faktoren besitzt, die sie interessant und berichtenswert macht. Um dem Publikum entsprechende Nachrichten zu vermitteln, müssen aus einer Vielzahl von Meldungen zunächst die „Besten“ selektiert und

---

<sup>1</sup> Eichhorn (1996): S.155

<sup>2</sup> Vgl. Staab (1990): S.41

danach verarbeitet werden. Die Kriterien dafür nennt Östgaard „Nachrichtenfaktoren“, die im Detail Folgendes beinhalten<sup>3</sup>:

- Einfachheit: Einfache Nachrichten werden gegenüber solchen mit komplexeren Inhalten bevorzugt. Sind komplexe Sachverhalte jedoch in einer wichtigen Meldung, so werden diese möglichst komplexitätsreduziert wiedergegeben.
- Identifikation: Gerne werden Themen als Nachricht vermittelt, die bereits bekannt sind, die eine räumliche, zeitliche und kulturelle Nähe besitzen und in denen bekannte Personen zu Wort kommen.
- Sensationalismus: Besonders stark werden dramatische und emotionale Themen und Ereignisse in die Berichterstattung aufgenommen.

Östgaard spricht weiters von einer Diskontinuität im Nachrichtenfluss, die darauf zurückzuführen ist, dass die Medien nur das Tagesgeschehen bzw. Vortagesgeschehen thematisieren und somit nur über Teilereignisse berichten können. Darüber hinaus formuliert Östgaard Hypothesen, die darlegen sollen, welche Folgen die journalistische Orientierung an den beschriebenen Faktoren auf unsere Wahrnehmung hat: Die Bedeutung von Handlungen politischer Führer von Elite-Nationen werden vergleichsweise stark betont. Medien stellen die Welt konflikthaltiger dar, als sie in Wirklichkeit ist. Schließlich stellt er die Annahme auf, dass Medien die Teilung in Staaten mit hohem und niedrigem Status verstärken bzw. aufrechterhalten.<sup>4</sup>

Staab kritisiert Östgaards Darstellungen und deren Unschärfe, da dieser einerseits nicht zwischen Ereignissen und Nachrichten bzw. Meldungen unterscheidet und andererseits räumliche, kulturelle und zeitliche Aspekte nicht berücksichtigt.<sup>5</sup>

Galtung/Ruge haben diese Faktoren 1965 weiter differenziert. Winfried Schulz, sprach schließlich 1976 von 18 Nachrichtenfaktoren, eingeteilt in sechs größere Dimensionen<sup>6</sup>:

---

<sup>3</sup> Vgl. Burkart (2002): S.279f

<sup>4</sup> Vgl. Staab (1990): S.57f

<sup>5</sup> Vgl. Staab (1990): S.58f

<sup>6</sup> Vgl. Burkart (2002): S.281f

### **1. Zeit:**

- *Dauer* → punktuelle Ereignisse haben im Gegensatz zu lang anhaltenden Ereignissen einen niedrigen Nachrichtenwert.
- *Thematisierung* → ist ein Thema schon länger eingeführt, so hat es einen höheren Nachrichtenwert als ein noch nicht etabliertes Thema.

### **2. Nähe:**

- *räumliche Nähe* → die geographische Entfernung zum Ort des Geschehens
- *politische Nähe* → wirtschaftspolitische Beziehungen zum Ereignisland
- *kulturelle Nähe* → sprachliche, religiöse, literarische und wissenschaftliche Beziehungen zum Ereignisland
- *Relevanz* → Bedeutung und Betroffenheit des Ereignisses

### **3. Status:**

- *regionale Zentralität* → politisch-ökonomische Bedeutung der Ereignisregion, wenn es um nationale Angelegenheiten geht
- *nationale Zentralität* → wirtschaftliche, wissenschaftliche bzw. militärische Macht des jeweiligen Ereignislandes
- *persönlicher Einfluss* → besitzt die betroffene Person politische Macht?
- *Prominenz* → besitzt die betroffene Person einen öffentlichen Bekanntheitsgrad?

### **4. Dynamik:**

- *Überraschung* → wie erwartbar ist ein Ereignis, dessen Verlauf und Resultat?
- *Struktur* → Komplexität des Verlaufs, der Beteiligung und Überschaubarkeit eines Ereignisses

### **5. Valenz:**

- *Konflikt* → Grad der Aggressivität politischer Ereignisse
- *Kriminalität* → Rechtswidrigkeit von Handlungen
- *Schaden* → sowohl sach- als auch finanzielle Schäden, aber auch Misserfolge
- *Erfolg* → bezogen auf politische, wissenschaftliche, wirtschaftliche und auch kulturelle Fortschritte

## 6. Identifikation:

- *Personalisierung* → Weist das Ereignis personellen Bezug auf?
- *Ethnozentrismus* → wie sehr betrifft das Ereignis die Bevölkerung des eigenen Landes?

Für Schulz sind Nachrichtenfaktoren keine Merkmale von Ereignissen, sondern journalistische Definitionen und Interpretationen von Realität.<sup>7</sup>

Die Annahme von Schulz, je mehr eine Meldung dem entspricht, was der Journalist für berichtenswert hält, desto größer ist ihr Nachrichtenwert, wurde in etlichen empirischen Untersuchungen bekräftigt.<sup>8</sup> Journalisten orientieren sich somit bei ihrer Themenauswahl an speziellen Ereignismerkmalen.<sup>9</sup> Die Aussage „only bad news are good news“ kommt also nicht von ungefähr.

Journalisten sind sich durchaus bewusst, dass vermehrt negative Medienberichte veröffentlicht werden. Mehr als zwei Drittel der deutschen Journalisten (2002) sind der Meinung, dass es durchaus nicht verwerflich sei, die eigenen Wertvorstellungen in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Vor allem wenn es sich um Konfliktthemen handelt, werden Journalisten auch selbst zu politischen Akteuren. So wird zum Teil über Gegebenheiten, die der eigenen Sicht entsprechen, eher berichtet, Überschriften werden dementsprechend gestaltet und es kommen eher Akteure zu Wort, die die eigene Sicht teilen.<sup>10</sup>

Ein in diesem Zusammenhang Einwand kommt von Joachim Staab (1990). Er spricht nicht von einem „Kausalmodell“, wie es die traditionellen Konzepte der Nachrichtenfaktorforschung vorsehen, sondern von einem „Finalmodell“. Dies besagt, dass es nicht die Eigenschaften des Ereignisses sind, die die Selektion durch Journalisten steuern, sondern die Journalisten, die ausgewählte Ereignisse mit bestimmten Faktoren anreichern.<sup>11</sup>

„Die Journalisten werden in einem Finalmodell der Nachrichtenauswahl nicht mehr vorrangig als passive Informationsvermittler verstanden, sondern vor allem auch als politisch handelnde Informationsgestalter, die ihre Berichterstattung – wie die „News-Bias“-Forschung zeigte - wesentlich an subjektiven Kriterien wie Meinungen, Einstellungen oder Wertvorstellungen orientieren und dabei auf das Nachrichtenfaktoren-Konzept zurückgreifen.“<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. Staab (1990): S.80

<sup>8</sup> Vgl. Burkart (2002): S.282

<sup>9</sup> Vgl. Ruhrmann (1994): S.238

<sup>10</sup> Vgl. Maurer (2003): S. 54f

<sup>11</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S. 156

<sup>12</sup> Staab (1990): S.98

## 1.2 Gatekeeper-Ansatz

Die grundlegende Frage dieses Ansatzes lautet: „Von wem und wie werden in den Institutionen der Massenkommunikation die Informationen ausgewählt?“<sup>13</sup> Im Zentrum steht also der Selektionsprozess von Kommunikationsmaterialien.<sup>14</sup>

Der Gatekeeper-Ansatz sieht den Journalisten als „Steuerungselement in einem Informationsfluss, der von den (Medien externen) Quellen hin zum Publikum geht.“<sup>15</sup> Dies soll nicht bedeuten, dass der Journalist als Gatekeeper Medienwirklichkeit vermittelt bzw. erzeugt, sondern er ist dafür verantwortlich, dass nur ein bestimmter Teil an Informationen die Öffentlichkeit erreicht.

David Manning White hatte 1950 das Auswahlverhalten eines Nachrichtenredakteurs „Mr.Gates“ untersucht (geleitet durch Kurt Lewins entwickelten „gate-keeping“ Begriff) und stellt dabei fest, dass die individuellen Vorlieben eine entscheidende Rolle spielen. Gieber und Johannson kommen in ihren Untersuchungen jedoch zu dem Ergebnis, dass nicht bloß die subjektive Einstellung zur Auswahl von Themen eine Rolle spielt, sondern auch die redaktionelle Linie, journalistische Berufsnormen und die berufliche Sozialisation. Im weiteren Forschungsverlauf ergänzt Robinson (1970) diesen Ansatz um die Produktionsverhältnisse, wie etwa den Zeitdruck unter dem in Redaktionen gearbeitet wird. Der Gatekeeper-Ansatz kann zwar keine endgültige Erklärung für die Auswahl von Nachrichten geben, doch legt er dar, dass das Mediensystem nicht unabhängig von anderen sozialen Systemen agiert.<sup>16</sup>

## 1.3 Agenda Setting Hypothese

Die Anfänge des Agenda Setting Ansatzes liegen bei Bernard Cohen, der in den 1960er Jahren der Frage nachzugehen begann, wie sehr Massenmedien das beeinflussen, *worüber* Rezipienten nachdenken.<sup>17</sup>

Die zentrale Forschungsfrage lautet:

„Führt die bevorzugte Behandlung bestimmter Themen in den Medien dazu, dass die Rezipienten diese Themen für „*wichtiger*“ halten, als andere?“<sup>18</sup>

---

<sup>13</sup> Weischenberg (1994): S. 438

<sup>14</sup> Vgl. Fabris (1979): S.64

<sup>15</sup> Eichhorn (1996): S.147

<sup>16</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.147f

<sup>17</sup> Vgl.Eichhorn (1996): S.9

<sup>18</sup> Eichhorn (1996): S. 9

Im Zuge dieser Forschungstradition vollstreckte sich ein Paradigmenwechsel in der Kommunikationswissenschaft. Es wurde Abstand von der Annahme einer Beeinflussung individueller bzw. gesellschaftlicher **Entscheidungsregeln** genommen und befasste sich mehr mit der Beeinflussung von **Aufmerksamkeitsregeln**.<sup>19</sup>

Bei der ersten empirischen Untersuchung zur amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahre 1968 (McCombs/Shaw) stellte sich eine hohe Korrelation zwischen den thematischen Prioritäten der Wähler und der Themenstruktur in den Medien heraus. Dies bedeutet eine Korrelation zwischen Publikums- und Medienagenda. Ebenso wird aber ein möglicher umgekehrter Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang unterstellt, nämlich dass das Publikum die Agenda der Medien mit ihren Präferenzen beeinflusst.<sup>20</sup>

### 1.3.1 Variablen „Wichtigkeit“ und „Thema“

Die *Wichtigkeit* (Saliency) von *Themen* (Issues) wird als ausschlaggebende Variable der Agenda Setting Forschung gesehen.

#### § *Das Thema (Issue)*

In Amerika heißt eine Definition für „Issue“: „Aktuelle Themen und öffentliche Anliegen, die mit dem nationalen Interesse verknüpft sind.“<sup>21</sup> Eichhorn verwendet für Issue den Begriff „öffentliche Streitfrage“<sup>22</sup> und hält dafür folgende kennzeichnende Charakteristika fest:<sup>23</sup>

- Ein Issue kann sich sowohl auf einzelne Ereignisse beziehen, als auch auf eine Gruppe zusammengehörender Geschehnisse.
- Abläufe, die mit diesem Ereignis zusammenhängen, wie etwa Interpretationen, zusätzliche Informationen oder Handlungsmuster, sind ebenso dem Issue zuzurechnen. Es wird vermutet, dass die Medien bei der *Konstruktion* des Themas (also Verknüpfung zwischen Ereignis und deren Interpretation) eine wichtige Rolle spielen.
- Ein Issue stellt den Bezug nicht zu privaten, sondern zu öffentlichen Sphären her.
- Da Issues als „quasi-hierarchisches“ Netzwerk gelten, wird für jedes Thema immer mindestens ein übergeordnetes gefunden. Um Themen zu kategorisieren, können einerseits Einzelereignisse im Mittelpunkt stehen, andererseits mehrer breit gefächerte Themenbereiche.

---

<sup>19</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.9

<sup>20</sup> Vgl. Burkart (2002): S.250

<sup>21</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.15

<sup>22</sup> Eichhorn (1996): S.15

<sup>23</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.15f

## § Wichtigkeit (*Saliience*)

In diesem Zusammenhang gibt es folgende Unterteilungen<sup>24</sup>:

- *Perceived Community Saliience*: bezieht sich auf die von einer Person wahrgenommenen Wichtigkeit eines bestimmten Themas.
- *Interpersonal Saliience*: bezieht sich darauf, wie häufig sich eine Person mit anderen über ein Thema unterhält.
- *Intrapersonal Saliience*: bezieht sich auf die persönliche Wichtigkeit eines Themas.
- *Perceived Media Saliience*: bezieht sich auf die Wahrnehmung der Bedeutung, die ein spezielles Thema in Medien einnimmt. Hier spielt vor allem die Häufigkeit des Auftretens des Themas eine Rolle, da hieraus der Rezipient schließt, wie wichtig ein Thema ist.

### 1.3.2 Einflüsse auf die Medienagenda

Funkhouser stellt fünf Kennzeichen auf, wie Medien die Aufmerksamkeit der Medien steuern.<sup>25</sup>

1. Das Ereignis hat Nachrichtenwert
2. Medien werden aufmerksam, wenn es sich um ein *Pseudo-Ereignis* handelt
3. Konzentration auf sensationelle Aspekte eines Themas
4. „Over Reporting“ – Ständige Wiederholung erhöht die Wichtigkeit eines Themas
5. Zusammenfassung nicht berichtenswerter Details in relevanten Nachrichten

Folgende vier Faktoren können die Medienagenda beeinflussen:<sup>26</sup>

- die Struktur der Gesellschaft
- Entwicklung in der „wirklichen Welt“
- spektakuläre Ereignisse
- Gatekeeper und einflussreiche Medien

Diese Punkte lassen erkennen, dass die Möglichkeit ein Thema aufzubereiten nicht nur außerhalb, sondern auch bei den Medien selbst liegt.

Weiters existiert auch das *Inter-Media-Agenda-Setting*. Hiernach beeinflusst die Presse die Agenda des Fernsehens.

---

<sup>24</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.17

<sup>25</sup> Vgl. Eichhorn (1996): S.51f

<sup>26</sup> Eichhorn (1996): S.52



Aus all diesen Faktoren ist erkennbar, dass Agenda-Setting bei weitem keinen linearen, einseitigen Prozess darstellt, sondern dynamische und wechselseitige Mechanismen besitzt, abhängig von Strukturen der Politik und des Mediensystems, sowie von Zielen, Absichten, Strategien und Aktivitäten aller beteiligten Akteuren.

#### 1.4 News Bias Ansatz

Die News Bias Forschung geht davon aus, dass jede Nachricht durch die persönliche Einstellung und den persönlichen bzw. professionellen Hintergrund des Verfassers beeinflusst wird. Sie besagt aber auch, dass dies nicht bewusst oder absichtlich geschieht.<sup>27</sup>

Indikatoren für diesen politischen *bias* sind:<sup>28</sup>

- *Auslassungen und Verkürzungen*: Durch die Auswahl von Ereignissen, Ausblendung oder Betonung einzelner Aspekte erhält man Aufschluss über politische Neigungen der Journalisten bzw. des Nachrichtenmediums.
- *Platzierung und Umfang*: Berichtlänge und –platzierung geben Hinweise auf die Bedeutung eines Ereignisses. Ebenso können Schlagzeilen schon erkennen lassen, ob es sich um Zustimmung oder Ablehnung zu einem Thema handelt.
- *Bild- und Wortwahl*: Diese Auswahl, die sowohl positive als auch negative Effekte haben kann, spiegelt die Einstellung der jeweiligen Redaktion wider – so die Annahme.

Die News Bias Forschung hat das Ziel Unausgewogenheiten, politische Tendenzen - kurz - Abweichungen der idealen objektiven Berichterstattung, sowie Klärung über deren Ursachen zu analysieren.

Bei politischer Berichterstattung spricht man öfter davon, Medien „benachteiligten konservative (rechte) gegenüber sozialdemokratischen (linken) Politiker.“<sup>29</sup> Die dahinter stehende (umstrittene) Annahme der Kommunikationswissenschaft ist, dass Journalisten verstärkt aus der politisch links orientierten Mittelschicht seien und ein negatives Publikumsbild haben. Doch genau diese Annahme ist für den News -Bias Ansatz wichtig, da sie zu der Folgerung führt, „Journalisten befänden sich auf einer Art «politischen Mission»

---

<sup>27</sup> Vgl. Schmidt/Zurstiege (2007): S.154

<sup>28</sup> Vgl. Schmidt/Zurstiege (2007): S.154f

<sup>29</sup> Schmidt/Zurstiege (2007): S.156

mit dem Ziel, das «falsche» politische Bewusstsein der Rezipienten durch bestimmte journalistische Selektionsentscheidungen zu korrigieren.“<sup>30</sup>

Als nicht ganz unproblematisch gilt dieser Ansatz zum einen aufgrund des strittigen Journalistenbildes, zum anderen weil darauf geachtet werden muss, in welchem Verhältnis die individuellen Eigenschaften des Journalisten und die des Systems zueinander stehen.<sup>31</sup>

## 1.5 Framing

In einer ersten breiten Definition, angelehnt an Entman, gelten *Frames* als „Sinnhorizonte von Akteuren (...), die gewisse Informationen hervorheben und andere ausblenden. Dabei legen sie eine bestimmte Problemdefinition nahe, sie machen Ursachen für Probleme aus, bieten eine Bewertung des Problems und zeigen Lösungsmöglichkeiten.“<sup>32</sup>

Diese Erläuterung lässt erkennen, dass der Anspruch auf vollständige und objektive Informationsweitergabe ausgeschlossen wird.

Frames gelten auch als Bezugsrahmen bzw. Perspektiven eines bestimmten Themas, wodurch einige Aspekte betont und andere ignoriert werden.<sup>33</sup>

Frames sind keine journalistenspezifischen Phänomene, sondern tauchen auch bei strategischen Kommunikatoren (z.B. Parteien) und Rezipienten auf. In diesem Zusammenhang deklarieren Pan und Kosicki drei kommunikationswissenschaftliche Fragen:<sup>34</sup>

- Wie Strukturieren Journalistinnen und Journalisten ein Thema, und welche Frames lassen sich in der Medienberichterstattung ausmachen?
- Wie gelingt es strategischen Kommunikatoren, ihre Frames in den Medien unterzubringen?
- Welche Rahmung eines Themas nehmen die Rezipienten unter Berücksichtigung der Medienberichterstattung und ihres eigenen Erfahrungshorizont vor?

Journalisten greifen also das auf, was unterschiedliche Kommunikatoren veröffentlichen, zurück (durch Öffentlichkeitsarbeit, PR usw.). Sie selektieren daraus Inhalte und entscheiden somit, welche Themen und Sichtweisen es in die Medien schaffen und welche nicht. Ähnlich sieht es bei dem Verhalten der Rezipienten aus. Einerseits können sie die Sichtweisen der

---

<sup>30</sup> Vgl. Schmidt/Zurstiege (2007): S.156

<sup>31</sup> Vgl. Schmidt/Zurstiege (2007): S.156

<sup>32</sup> Matthes (2007): S.18

<sup>33</sup> Vgl. Scheufele (2005): S.90

<sup>34</sup> Vgl. Matthes (2007): S.19

Medien übernehmen, andererseits selektieren sie selber bestimmte Inhalte und lassen andere außen vor.<sup>35</sup>

Framing kann von Journalisten durch die Auswahl des Themas einerseits, und deren inhaltliche Strukturierung andererseits, vorgenommen werden. Auch wenn hierzu Erklärungen aus den traditionellen Ansätzen der Gate-Keeper-Forschung, der News-Bias Forschung und der Nachrichtenwert-Forschung geleistet werden, so ergänzt der Framing-Ansatz diese. Hierbei gilt es folgende Abgrenzungen zu erwähnen: Gatekeeperforschung und Nachrichtenwertforschung beschäftigen sich mit der *Selektion von Themen*, die Framing-Forschung hingegen konzentriert sich auf die *Ausgestaltung von Themen* und baut somit auf der Selektionsforschung auf.<sup>36</sup>

Der Grundstock des Framing-Ansatzes liegt in den Phänomenen *Selektion* und *Salienz*. „Mechanismen wie Selektivität, Unausgewogenheit und Wertung erscheinen aus dieser Sicht nicht als unerwünschte Verzerrung, sondern als funktional notwendige Bedingung und Begleiterscheinung von Kommunikation.“<sup>37</sup>

Eine weitere Abgrenzung besteht darin, dass die bisherigen Ansätze davon ausgehen, Nachrichtenfaktoren, Einstellungen von Journalisten und organisatorische Rahmenbedingungen seien von Dauer. Der Framing-Ansatz legt seinen Fokus aber auch auf die veränderte Berichterstattung als Folge gesellschaftlicher Veränderungen.<sup>38</sup>

Dahinden postuliert fünf Basis-Frames: Konflikt, Wirtschaftlichkeit, Fortschritt, Moral/Ethik/Recht und Personalisierung.<sup>39</sup>

Scheufele unterscheidet vier Framing Effekte.<sup>40</sup>

- *Aktivierungs-Effekt*: Medien-Frames können vorhandene Schemata von Rezipienten aktivieren.
- *Transformations-Effekt*: Die Vorstellungen der Rezipienten können Schritt für Schritt in Richtung der Medien Frames verschoben werden.
- *Etablierungs-Effekt*: Wiederholtes Framing kann dazu führen, dass Rezipienten erst ein spezielles Schemata bilden.

---

<sup>35</sup> Vgl. Matthes (2007): S.20

<sup>36</sup> Vgl. Matthes (2007): S.48ff

<sup>37</sup> Matthes (2007): S.22

<sup>38</sup> Vgl. Matthes (2007): S.51

<sup>39</sup> Matthes (2007): S. 60

<sup>40</sup> Vgl. Scheufele (2005): S.91f

- *Einstellungs-Effekt*: Frames können Ansichten und Einstellungen von Rezipienten ändern

Die zu Beginn erwähnten unterschiedlichen Forschungsobjekte (Journalisten, strategische Kommunikatoren und Rezipienten) und die darin enthaltenen unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen machen es schwierig das Forschungsgebiet genau zu definieren. Generell gilt die Framing-Forschung als zerstreuter Forschungsbereich, dessen Stellenwert in der Kommunikationswissenschaft noch ungeklärt ist. Die Interdisziplinarität sehen Entman und Scheufele aber als Chance, nicht als Verhängnis.<sup>41</sup>

## 1.6 Themenkarriere

Zwei Modelle, das Issue-Attention-Cycle Modell und das Modell der Themenkarriere nach Luhmann, sollen nun näher beleuchtet werden.

### § Issue-Attention-Cycle

Anthony Downs spricht in seinem Modell davon, dass Issues für kurze Zeit Prominenz erhalten. Somit verbleiben sie während dieses Zeitraums im öffentlichen Interesse und verschwinden danach wieder Schritt für Schritt, auch wenn sie ungelöst sind. Fünf Phasen sind für diesen Verlauf charakteristisch:<sup>42</sup>

1. *Preproblem Stage*: Das Thema ist noch nicht von öffentlichem Interesse, nur einige wenige (z.B. Experten) sind damit beschäftigt.

2. *Alarmed discovery and euphoric enthusiasm*: Dramatische Ereignisse führen dazu, dass die Öffentlichkeit aufmerksam wird und ein besonderes Problem wird darin erkannt. Dies führt zu Druck auf politische Akteure. Für den „Erfolg“ sind die Öffentlichkeitsarbeit der Interessenvertreter und das Agenda Setting seitens der Medien bedeutend.

3. *Realizing the cost of significant progress*: In dieser Phase erhalten die Bürger Feedback seitens der Politiker, die über Kosten, mögliche soziale, infrastrukturelle oder finanzielle Einschnitte informieren.

---

<sup>41</sup> Vgl. Matthes (2007): S.19

<sup>42</sup> Vgl. Rhomberg (2006): S.154f

4. *Gradual decline of intense public interest*: Nun erkennen die Menschen die damit verbundenen Kosten und Schwierigkeiten, gleichzeitig nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema ab und geht über zu einem anderen, das gerade die zweite Phase betritt.

5. *Post-problem stage*: Die Aufmerksamkeit ist zwar zurückgegangen, doch ist der Öffentlichkeit das Thema auf jeden Fall bekannt.

Sind Issues einmal bekannt, so werden sie, bzw. Teilaspekte davon, immer wieder im öffentlichen Interesse auftauchen.

### § Luhmanns Themenkarriere

Niklas Luhmann spricht von vier Phasen, die ein Thema durchläuft<sup>43</sup>.

1. *Latenzphase*: Der Öffentlichkeit ist das Thema noch nicht bekannt, nur „Insidern“. Ob es den „Sprung“ in die Medien schafft ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.
2. *Kreationsphase*: Nun werden unterschiedliche Ressourcen mobilisiert, um für das Thema im politischen System Aufmerksamkeit zu erhalten.
3. *Modephase*: Die Thematik wird in den Medien aufgegriffen und somit zu einem Thema von öffentlichem Interesse.
4. *Ermüdungsphase*: In dieser Phase werden erste Bedenken bzw. negative Erfahrungen verlautbart. Dennoch verliert das Thema an Popularität und verschwindet aus den Medien.

Georg Rührmann sagt in diesem Zusammenhang, hat es ein Thema einmal bis zur „Nachricht“ geschafft, so wird darüber kontinuierlich berichtet, ungeachtet dessen, ob es ein relevanteres Thema gibt, das von den Journalisten nur noch nicht ausgewählt ist.<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Rhomberg (2007): S.155f

<sup>44</sup> Vgl. Rührmann (1994): S.239

## 2. Journalismus

Der Journalist ist in erster Linie Beobachter, der über die Themen berichtet, „in denen er Neuigkeiten und Auffälligkeiten erkennt, die auf Tatsachen beruhen und von denen er ein Interesse in möglichst vielen Gesellschaftsbereichen erwartet.“<sup>45</sup>

Journalisten sind also „Beobachter, die beobachten“<sup>46</sup> und das, was nicht beobachtet bzw. wahrgenommen wird, gilt als „blinder Fleck“.<sup>47</sup> Auch wenn dies also bedeutet, dass es immer „blinde Flecke“ geben wird, so hat der Journalismus dennoch eine größtmögliche Annäherung an die Realität zum Ziel.<sup>48</sup>

Eine Definition der Funktion von Journalismus lautet nach Maja: „Er ermöglicht die sachliche, soziale und zeitliche Synchronisation der ausdifferenzierten Gesellschaftssysteme, indem er aktuelle Umweltbeobachtungen und –beschreibungen öffentlich thematisiert.“<sup>49</sup>

Der Journalismus schließt, anders als andere Gesellschaftsbeschreibungen, prinzipiell keine Themen aus, solange sie **aktuell** sind und gewissen Nachrichtenwerten folgen.

**Aktualität** kann als Leitprinzip des Journalismus gesehen werden. Sie bestimmt die Selektion, also ob es zu einem Aufgriff des Themas kommt oder zu einer Ablehnung.

Merten unterscheidet drei Bedeutungsdimensionen von Aktualität:<sup>50</sup>

- § die *zeitliche* Dimension – Neuigkeit: Aktualität bezeichnet hier den Informationswert eines Ereignisses und gibt dem Journalisten somit eine Orientierung an Neuem, Skandalösem und Überraschendem.
- § Die *sachliche* Dimension – Faktizität: Wichtig ist die Abgrenzung von fiktionaler Publizistik, stattdessen zählt der Bezug zum Ereignis. Die gesellschaftlichen Erwartungen an den Journalismus beziehen sich darauf, dass die Informationen auf Tatsachen beruhen, entsprechende journalistische Methoden verwendet werden und keinerlei parteiliche Bindung stattfindet.
- § die *soziale* Dimension – Relevanz: Sie beinhaltet die systemübergreifende Bedeutsamkeit journalistischer Themen. Journalismus möchte in möglichst vielen Gesellschaftsbereichen Interesse wecken.

---

<sup>45</sup> Malik (2004): S.40

<sup>46</sup> Weischenberg (1994): S.427

<sup>47</sup> Weischenberg (1994): S.427

<sup>48</sup> Vgl. Weischenberg (1994): S.427

<sup>49</sup> Malik (2004): S.40

<sup>50</sup> Malik (2004): S.43

Es ist aber nicht immer so, dass ein Ereignis von vornherein neu, faktisch und relevant ist, denn Aktualität entsteht erst dadurch, dass das Ereignis vom Journalismus beobachtet und in Folge thematisiert wird. „Die Aktualität eines Ereignisses ist damit unabhängig von der Zeitspanne zwischen Ereignis und Berichterstattung“<sup>51</sup>

Bewertungen für Aktualität werden einerseits von Journalisten produziert, andererseits werden sie auch von außen übernommen. Rahmen, wie die Nachrichtenwerte, helfen weiters zu selektieren.

Folgend soll beschrieben werden, wie redaktionelles Handeln - Sammlung, Auswahl und Verarbeitung von Material - stattfindet.

Vier Programme werden hierzu unterschieden:<sup>52</sup>

§ *Selektionsprogramme*: Diese sind dabei behilflich, beobachtete Ereignisse für die Berichterstattung auszuwählen. Kriterien dafür geben z.B. die weiter oben erwähnten Nachrichtenfaktoren.<sup>53</sup>

§ *Rechercheprogramme*: Während die Selektionsprogramme auf Aktualität vorhandener Materialien zielen, verschafft sich die Journalistin/der Journalist durch Recherche zunächst den Zugang zu Beobachtungen. Somit muss er sich nicht nur auf Selbstbeobachtungen der Gesellschaftssysteme verlassen (z.B. Pressemitteilungen), sondern er verschafft sich seine eigenen Beobachtungen. Informationen aus Pressemitteilungen, Pressekonferenzen können mit weiteren Quellen vertieft werden. Hierzu kommen unterschiedliche Methoden in Frage. Welche benutzt wird, hängt stark von den finanziellen und technischen Ressourcen einer Redaktion ab, sowie von der kulturellen Umwelt.

§ *Darstellungsprogramme*: Sie sollen Präsentationstechniken und Darstellungsformen strukturieren. Durch die Vereinheitlichung können bestimmte journalistische Darstellungen leicht mit bestimmten Inhalten und Themen in Verbindung gebracht werden. Dies dient nicht nur der Produktionsseite des Journalismus, sondern auch den Rezipienten, da somit der Verstehensprozess beschleunigt wird. „Unterschiedliche Wirklichkeitsbezüge werden mit Nachrichtendarstellungsformen (Meldung und Bericht), Meinungsdarstellungsformen (Kommentar und Glosse)

---

<sup>51</sup> Vgl. Merten (1973): S.221, zit. nach Malik (2004), S. 43

<sup>52</sup> Vgl. Malik (2004): S.59

<sup>53</sup> Vgl. Kap. I/ 1. Grundlagen der Nachrichtenselektion: S.9ff

sowie Unterhaltungsdarstellungsformen (Reportage und Feature) verbunden.<sup>54</sup> So ergibt die Wahl verschiedener Darstellungsformen gemeinsam mit der Wahl diverser Recherche- und Selektionsmethoden unterschiedliche Berichterstattungsmuster.

§ *Koordinationsprogramme*: Abstimmungsprozesse innerhalb der Redaktionen dürfen nicht vergessen werden. Prüfmechanismen wie etwa Gegenlesen, Redaktionskonferenzen, gezielte Kommunikationsprozesse im internen Bereich sollen eine stabile Grundlage journalistischer Arbeitsprozesse gewährleisten.

## 2.1 Selbstverständnis von JournalistInnen

Im Laufe der Zeit hat sich die Ansicht, wodurch JournalistInnen in ihrem Handwerk beeinflusst werden stark geändert. An dieser Stelle soll ein Überblick gegeben werden.

Die Rolle der JournalistInnen, wie wir sie aktuell verstehen, ist ungefähr 100 Jahre alt und stellt eine enge Verbindung zur Entwicklung der „Massenkommunikation“ dar.<sup>55</sup>

Doch schon viel früher gab es unterschiedliche Ansichten über die Funktion der journalistischen Tätigkeiten.

Prutz (1845) ging z.B. davon aus, der Journalist sei ein „Wortführer und Dokumentar der Zeitgespräche“<sup>56</sup>. Bücher vertrat (wie viele andere in dieser Zeit) in den 1930ern eine subjektivistische Zeitungswissenschaft mit einer individualistischen Weltanschauung, die Ausgangspunkt für eine Begabungsideologie war. Dovifat erklärte 1962, es seien der Charakter, der Wille und das Temperament, die sich in der journalistischen Eignung verbinden würden.<sup>57</sup> Sein Einfluss ist, wenn auch oft kritisiert, bis heute vorhanden.

1966 noch ging der deutsche Journalistenverband davon aus, dass Begabung das entscheidende Element für den Beruf des Journalisten ist. Gute zehn Jahre später, 1978, wird der Beruf als erlernbar beschrieben, auch wenn persönliche Eigenschaften eine wichtige Rolle spielen.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Malik (2004): S.61

<sup>55</sup> Vgl. Weischenberg (1994): S.432

<sup>56</sup> Löffelholz (2004): S.34

<sup>57</sup> Vgl. Löffelholz.(2004): S.40

<sup>58</sup> Vgl. Mast (1986): S. 203



Grob lassen sich zwei Orientierungen unterscheiden:

Die *Mainzer Schule* – vertritt die Sicht JournalistInnen hätten eine missionarische Aufgabe und betreiben einen wertenden Journalismus.

Zum anderen der *Funktionalismus* – er kritisiert den Ansatz der Mainzer Schule, da dieser vor allem auf individuelle Einstellungen von Journalisten eingehe und strukturelle Bedingungen vernachlässige.

Die verschiedenen Ansätze führten Weischenberg zum „Zwiebel-Modell“, das später zu „einem Modell zur systematischen Erfassung von Faktoren, welche ein Journalismus-System konstituieren“<sup>59</sup> wurde<sup>60</sup>.

Die von Claudia Mast in den 1980er Jahren durchgeführte Studie über die „Grenzaufhebung in der Massenkommunikation“ erhebt folgendes Selbstverständnis von RegionalzeitungsjournalistInnen:

Sie sehen sich in ihre Rolle „als Lebenshilfe im Dienste des Lesers, (...)“<sup>61</sup>, als Anwalt des Lesers, der eigene publizistische Interessen nicht zu vertreten hat. Den Beruf sehen sie als erlernbar. Die Einstellung der JournalistInnen zu ihrem Beruf entfernt sich von elitären Vorstellungen und wird als Dienstleistungsberuf gesehen, der allerdings ein hohes Maß an Verantwortung in sich trägt.

2005 haben Weischenberg, Scholl und Malik eine repräsentative Umfrage zum „Journalismus in Deutschland“ durchgeführt. Neben den soziodemographischen Ergebnissen war vor allem das berufliche Selbstbild von großer Bedeutung.

Den JournalistInnen ist es 2005 überaus wichtig, das Publikum neutral, präzise und zu informieren (88,6%), sowie komplexe Sachverhalte zu erklären (79,4%). Die Absicht, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu kontrollieren wird als weniger relevant angesehen (23,5%), ebenso wie dem Publikum die eigenen Ansichten zu präsentieren (19,4%). Problematische Recherchemethoden wie etwa sich als eine andere Person ausgeben (7,8%) oder private Unterlagen von jemandem ohne dessen Einverständnis zu verwenden (0,4%) werden von einer deutlichen Mehrheit strikt abgelehnt.<sup>62</sup>

---

<sup>59</sup> Löffelholz (2004): S.45

<sup>60</sup> Genaue Darlegung vgl. Kap. I/3 Qualität im Journalismus: S.33f

<sup>61</sup> Mast (1986): S.201

<sup>62</sup> Vgl. Weischenberg/Malik/Scholl (2006): S.235f

## 2.2 Aufgaben des Journalismus

Es ist unumstritten, dass der Publizistik im Staatswesen schon seit jeher eine wichtige Rolle zugeschrieben wurde und auch heute noch wird. Wie diese genau aussieht, ist von den jeweiligen politischen Kulturen abhängig. In diesem Zusammenhang soll auf die demokratische Staatsform Bezug genommen werden.

Die journalistische Arbeit darf zunächst nicht gleichgesetzt werden mit einer publizistischen. Diese „zielt darauf, die Dinge aus eigener Sicht und Erfahrung zu erklären, zu interpretieren und natürlich auch, andere davon zu überzeugen, meinungsbildend zu wirken also.“<sup>63</sup> Die journalistische Berichterstattung hingegen ist orientiert an der Vermittlung von Nachrichten für den gesamten Gesellschaftsbereich, sowie der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Herausgebers bzw. Verlegers.<sup>64</sup>

Walter Lippmann sieht (1964) die Aufgabe des Journalisten nicht darin Streitigkeiten zu verhindern, sondern er soll die Menschen auf den Begriff der Wahrheit aufmerksam machen. Gleichzeitig sieht er die Presse aber nicht in der Lage, den von der Demokratietheorie geforderten Ansprüchen gerecht zu werden.<sup>65</sup>

Ganz allgemein gesehen liegt der Gedanke einer demokratischen Publizistik darin, den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, ihre Persönlichkeit vor dem Hintergrund der Menschenrechte frei zu entfalten und ständigen Zugang zu zuverlässigen Informationen zu bieten. Weiters, so Löffler, sollen sämtliche Fragen von öffentlichem Interesse offen diskutiert werden.<sup>66</sup>

Wildenmann und Kaltefleiter teilen die Funktionen der Massenmedien in drei Kernpunkte: Die Informationsfunktion, die Artikulierfunktion und die Kritikfunktion.

### § Informationsfunktion:

Sie ist die „Ur“Funktion der Massenmedien. Sowohl die Kommunikation der Regierten untereinander als auch der Regierenden wird durch Medien vermittelt, wobei Informationen über Ereignisse und Probleme weitergegeben werden sollen. Diese sollen durch Kriterien wie etwa *Vollständigkeit*, *Objektivität* und *Verständlichkeit* geprägt sein.

---

<sup>63</sup> Schönhausen (1998): S.18

<sup>64</sup> Vgl. Schönhausen (1998): S.19

<sup>65</sup> Vgl. Lippmann (1964): S.245

<sup>66</sup> Vgl. Löffler (1960): S. 198

Dass das Postulat der Vollständigkeit niemals zur Gänze erfüllt werden kann, zeigen uns die Ansätze der Nachrichtenauswahl. Dennoch darf der normative Anspruch danach nicht verworfen werden. In diesem Zusammenhang erlangt auch der Begriff der Vielfältigkeit Bedeutung. Ist diese nicht gegeben, so „kann etwa durch Kürzungen von Nachrichten oder anderen Methoden tendenzieller Information die öffentliche Meinungsbildung gelenkt werden.“<sup>67</sup>

Auf den Begriff der Objektivität soll an dieser Stelle noch nicht genauer eingegangen werden, da diesem ein eigener Punkt gewidmet ist. Nur so viel sei gesagt, Objektivität zählt zu dem obersten normativen Prinzip der Berichterstattung.

Die Verständlichkeit meint eine Darstellung, die von nichtsachverständigen Bürgern nachvollziehbar ist und verstanden werden kann. Hier lauert aber die Gefahr der Simplifizierung und kann bis zur Manipulation des Verständnisses führen.<sup>68</sup>

### § Artikulierfunktion

Medien haben die Aufgabe, sowohl den Volkswillen zu artikulieren (dies setzt zunächst voraus, dass alle Teile der Gesellschaft die Möglichkeit dazu haben), als auch den des Parlaments. Die Massenmedien agieren hier als Sprachrohr, mit dem Regierung und Bevölkerung erreicht werden sollen.<sup>69</sup>

### § Kritikfunktion

Massenmedien sollen Institutionen des öffentlichen Lebens (z.B.: Regierung, Parlament, Verbände) kritisch unter die Lupe nehmen. Im Gegensatz zur Regierung stehen den Medien keine unmittelbaren Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung. Das Mittel der Medien besteht in der kritischen Beobachtung und Kommentierung. Politische Entscheidungen und Vorschläge sollen hinterfragt und kontrolliert werden.<sup>70</sup>

---

<sup>67</sup> Vgl. Wildemann/Kaltefleiter (1965): S. 15ff

<sup>68</sup> Vgl. Wildemann/Kaltefleiter (1965): S.24

<sup>69</sup> Vgl. Wildemann/Kaltefleiter (1965): S. 27

<sup>70</sup> Vgl. Wildemann/Kaltefleiter (1965): S.31

## 3. Qualität im Journalismus

### 3.1 Geschichte der journalistischen Qualität

Ahasver Fritsch appellierte schon 1676 gegen die schlechte Auslebung der Neugierde. Er setzte sich dafür ein, nicht jedem das Zeitungslesen zu gestatten und machte sich stark gegen unwahre Nachrichten, da dies ganzen Staaten Unheil bringen könnte.

Auffallend ist, dass das noch heute geltende Postulat der Unparteilichkeit, sowie die Trennung von Nachricht und Meinung) schon von früh an eingefordert wurde. Glaubwürdigkeit, Wahrheitsliebe, moralische Ansprüche und Objektivität galten schon damals als Normen des Journalismus.

Mit dem 18.Jahrhundert – der Zeit der Aufklärung – wuchs zwar die Reichweite der Zeitungen, Inhalt und Form blieben aber weitgehend gleich. Die Aufklärer führten mit ihren Ansprüchen und Wertvorstellungen die bereits vorhandenen fort, zusätzlich kam noch Kritik an jenen Zeitungsschreibern, die das Geldverdienen zum Ziel ihrer Arbeit machten. Vor allem entstanden aber im 18.Jahrhundert neue wichtige Qualitätskriterien: die Originalität der selber beschafften Nachrichten und die Quellenehrlichkeit.<sup>71</sup>

Ende des 18.Jahrhunderts begannen auch die Journalisten selbst ihrem Unmut über Zensur und das journalistische Rollenverständnis Ausdruck zu verleihen. Zuvor waren es meist Wissenschaftler, die versuchten Ansätze und Lösungen anzubieten. Man sprach nun vom Journalisten als „Spion des Publikums“, „Sittenrichter“ und „Advokat der Menschheit“.<sup>72</sup> Weiters wurde der Ruf nach Erläuterung von Zusammenhängen und Unterrichtung des Publikums über seltsame Vorfälle laut.

Auch wenn diese Anforderungen an den Journalisten nicht wirklich realisierbar waren, so sahen die Aufklärer nur in solchen Journalisten Qualitäten, die ihre Rolle als solche sahen.

Schon seit Beginn der ersten Zeitungen existierte eine Pressekontrolle, die einerseits die erstrebenswerte Unparteilichkeit unterstützte, zugleich aber auch ungewollte Neuigkeiten zu unterdrücken versuchte. Dass Zeitungen von den Mächtigen auch als Mittel zur Umsetzung eigener Interessen genutzt wurden, stand schon damals außer Frage.

Ab Mitte des 19.Jahrhunderts kam es im Zeitungswesen Schritt für Schritt zu einer rechtlichen Liberalisierung: Das staatliche Inseratenmonopol kam zum Erliegen, neue Techniken wurden zur Papierproduktion angewendet und Anzeigen wurden zu einer

---

<sup>71</sup> Vgl. Wilke (2003): S.36ff

<sup>72</sup> Wilke (2003): S.41

wichtigen Einnahmequelle. Größe, Umfang und Inhalte änderten sich, gezielte Gliederungen wurden verwendet und es schien, als ob journalistische Qualitätskriterien nun endlich frei durchsetzbar geworden wären. Doch auch dies führte zu neuen Konflikten im Journalismus. Um die größeren Formate mit Inhalten füllen zu können, bedurfte es mehr Material aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, was aus Kosten- und Personalgründen nicht leicht war. Dies führte wiederum dazu, dass man Beiträge fälschte und die Schnelligkeit von telegraphischen Nachrichten war wichtiger, als der eigentliche Informationsgehalt. Die erwünschten Qualitäten waren somit wieder ad absurdum geführt. Die Presse wurde nicht mehr ernst genommen und als Produzent von Unwahrheiten gesehen.

Aus dieser Pressekritik heraus entstand Ende des 19. Jahrhunderts die Idee zu einer Verbesserung der Journalistenausbildung. Praktikerliteratur und Handbücher der Journalistik wurden verfasst. In Leipzig eröffnete 1916 Karl Bücher das erste Institut für Zeitungskunde. Doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland im Jänner 1933, wurde die Presse in deren Dienst gestellt. Zu dieser Zeit erhielt der Begriff des Qualitätsjournalismus eine neue Bedeutung, nämlich die, der NS-Ideologie zu dienen. Die bis zu diesem Zeitpunkt erreichten strukturellen und intellektuellen Leistungen im Journalismus wurden zunichte gemacht. Nach 1945 sorgten vor allem die alliierten Besatzungsmächte dafür, dass das Zeitungswesen wieder zu journalistischen Qualitätsstandards fand. Personen, die allerdings vor 1945 bei der Presse tätig waren, wurde es verboten Zeitungen herauszugeben. Die Vermittlung von angloamerikanischen Berufsnormen durch Presseoffiziere zielte vor allem darauf ab, die Trennung von Nachricht und Meinung einzuhalten.<sup>73</sup>

Während sich der deutschsprachige Journalismus erst jetzt von seiner Parteilichkeit zu trennen versuchte, begann man damit in den USA schon lange davor.<sup>74</sup>

In der Nachkriegszeit wurde sehr spärlich an der Aufarbeitung der journalistischen Tätigkeiten der Jahre zuvor gearbeitet.

In den sechziger Jahren verbreitete sich der „**Established Journalism**“, der vor allem die Trennung von Nachricht und Meinung verlangte und das Wichtigste zu Beginn eines Artikels sah. Der zu dieser Zeit stattfindende Wertewandel sollte mit einem entsprechenden Journalismus vermittelt werden.

„Die konkreten Merkmale des „**New Journalism**“ sind ein „zeitgeistiges“ Thema, emotionelles Eingehen auf die Protagonisten, Darstellung aus der „Innenperspektive“,

---

<sup>73</sup> Vgl. Wilke (2003): S.41ff

<sup>74</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.1

Verwendung einer „authentischen“ Sprache, Widersetzung gegen sprachliche und grammatikalische Konventionen etc.“<sup>75</sup>

Der wohl markanteste Unterschied zwischen Established Journalism und New Journalism liegt darin, dass sich der New Journalism von der traditionellen ungefärbten Nachrichtenvermittlung entfernt und zu einer subjektiven, urteilenden wird.

Schon zu Beginn der siebziger Jahre wich der New Journalism einer neuen Form, nämlich dem „Investigative Reporting“, der als rein objektiver Journalismus galt. Doch gilt vielmehr, „dass die Methoden und Arbeitsweisen voll und ganz allen objektiven Kriterien standhalten, die Motivation ist aber immer ein Parteiergreifen.“<sup>76</sup> Diese Art Journalismus hat eine gewisse Kontrollfunktion für die Demokratie bzw. Gesellschaft inne und wird somit auch die „vierte Macht“ genannt.<sup>77</sup>

### **3.2 Der Qualitätsbegriff**

Die Debatte um Qualität im Journalismus ist wie man sieht im Grunde so alt wie die Diskussion um normative Grundlagen, die die gesamte Geschichte der Massenmedien begleitet. Dass diese Debatte immer vorhanden war und wahrscheinlich immer sein wird, liegt zum einen an dem Wertfreiheitspostulat, „das ausgehend von Max Weber, auch das Selbstverständnis einer positivistischen, empirisch-orientierten Wissenschaft prägte, der sich die Publizistik und Journalismusforschung lange Zeit verpflichtet fühlte.“<sup>78</sup> Weiters kann man die inhomogene Begriffs- und Theoriensituation des Forschungsfeldes „Journalismus“ als Grund dafür sehen. Die Ansichten über journalistische Normen, Ziele und Produktionsprozesse existieren in sehr unterschiedlicher Art und auch die Komplexität des Qualitätsbegriffes selbst sorgt für Diskurs. Bucher nennt hierzu einige Gründe:

1. Qualitäten sind im Grunde Beobachterkonstrukte, was bedeutet, dass zunächst ein subjektives Qualitätsurteil entwickelt wird. Eine Angleichung der unterschiedlichen Sichtweisen von Medienmachern und Rezipienten kann nur durch Kommunikation erreicht werden.

---

<sup>75</sup> Wilke (2003): S.50

<sup>76</sup> Wilke (2003): S.58

<sup>77</sup> Vgl. Wilke (2003): S.50ff

<sup>78</sup> Bucher (2003): S.11

Folgende Qualitätsdiskurse können unterschieden werden:<sup>79</sup>

- Diskurs der Repräsentanten des Rechtssystems zur Sicherung einer Mindestqualität und Einhaltung von Rechtsvorgaben (z.B. Persönlichkeitsschutz).
- Diskurs der Medienpraktiker zur Qualitätskontrolle und –sicherung unter Berücksichtigung der Berufsstandards.
- Diskurs der medienexternen Repräsentanten zur Beurteilung der Journalistenleistungen vor dem Hintergrund spezifischer Interessensgruppen.
- Diskurs der medienexternen Experten (Wissenschaft), um entsprechende Gesamttheorien entwickeln zu können.
- Diskurs des Medienpublikums durch Einordnung der eigenen Mediennutzung und Qualitätsurteile für Nutzungsempfehlungen.

2. Die Komplexität des Qualitätsbegriffes spiegelt sich auch in der Vielfalt der möglichen Bezugsaspekte wieder: Er kann sich z.B. auf die Produkte beziehen, aber auch auf deren Realisierung und Folgen, Kosten oder Redaktionsstrukturen. All diese Bereiche dürfen nicht getrennt von einander betrachtet werden.

3. Die Tatsache, dass Medien in einer Doppelrolle agieren (einerseits ein auf Profit ausgerichtetes Unternehmen, das aber gleichzeitig eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen hat), trägt weiters zu Konflikten beim Thema Qualität bei.

4. Die Differenz zwischen Qualitätsstandards und deren Verwendung in der Medienkommunikation trägt auch zur Komplexität dieses Diskurses bei. Dies ist auch durch die Diskussion zwischen Praktikern und Wissenschaftler erkennbar, ob Inhaltsanalysen ein angemessenes Instrument zur Evaluierung von Medienleistungen darstellen.

5. Qualität kann nicht nur einmalig bestimmt werden, sondern muss immer wieder neu gesichert werden, da es sich um eine dynamische Dimension handelt.

Aufgabe der Medien ist es, Informationen qualitativ hochwertig zu vermitteln – kurz gesagt geht es somit um *Informationsqualität*. Diese Merkmale lassen sich aus dem Wort Information ableiten. Ein Inhalt gilt als informativ, wenn er *Wissen vermittelt*. Wissensvermittlung kann also als ein Kriterium für Qualität verstanden werden. Weiters

---

<sup>79</sup> Vgl. Bucher (2003): S.12

wird erwartet, dass informative Mitteilungen der *Wahrheit* entsprechen. Handelt es sich um Verbreitung von Unwahrheiten, so gilt dies als Fehl- bzw. Desinformation. Ein dritter Punkt umfasst die *Verständlichkeit*. Ohne Verständlichkeit kann kein Wissen vermittelt werden. Hinzu kommen noch die Faktoren *Informationsmenge* und *Relevanz*. Liefert eine Nachricht kein Wissen, dann enthält sie somit auch keine Information.<sup>80</sup>

Printmedien werben mit der Qualität ihrer Inhalte, wie diese aber genau aussieht liegt dann, so scheint es, im Auge des Betrachters.<sup>81</sup>

Ruß-Mohl sagt in diesem Zusammenhang, dass Qualität nicht objektiv messbar ist. Es kann nur von bestimmten Voraussetzungen gesprochen werden, die erfüllt werden müssen, um bei einem publizistischen Produkt von Qualität sprechen zu können.

Ruß-Mohl stellt Qualitätsmaßstäbe dar, die vom Selbstverständnis der Journalisten, dem jeweiligen Medium, dessen Aktualität bzw. Periodizität abhängig sind, sowie vom Genre, der Zielgruppe und der Funktion.

### **Verschiedene Formen des Journalismus und deren (Qualitäts-)Ansprüche**

Aufgrund der verschieden Arten von Journalismus, ist es nicht möglich allen die gleiche Funktion und Ausführung zuzuschreiben.

Folgende Formen können unterschieden werden:<sup>82</sup>

#### *- Informationsjournalismus:*

Die technischen Voraussetzungen, vor allem die Telegraphie, die Ende des 19. Jahrhunderts aufkamen, begünstigten die Entstehung dieses Journalismus. Aus praktischen Gründen mussten die Informationen zwar so kurz wie möglich sein, dennoch umfassend und meinungsfrei. Verlangt wurde, dass sowohl der Handlungsträger als auch Betroffene dargestellt werden und Aussagen von diversen Informanten, wie etwa Augenzeugen, ebenfalls berücksichtigt werden. Die Darstellung soll unter allen Umständen wert- und urteilsfrei sein.

---

<sup>80</sup> Vgl. Hage (1995): S.32ff

<sup>81</sup> Vgl. Bucher (2003): S.12

<sup>82</sup> Vgl. Wallisch (1995): S.62ff



- *Meinungsjournalismus:*

Im Gegensatz zum Informationsjournalismus sieht sich der Meinungsjournalismus als Kritiker und Kontrolleur. Hier sollen komplexe Zusammenhänge interpretiert und nachvollziehbar gemacht werden.

- *Anwaltschaftlicher Journalismus:*

Diese aus den USA stammende Form des Journalismus (auch „Ombuds-Journalismus genannt) sieht sich „als Plattform unterprivilegierter Gesellschaftsgruppen“.<sup>83</sup> Es steht vor allem das soziale Engagement im Vordergrund.

- *Precision Journalism:*

Focus des Precision Journalism liegt auf der Recherche von journalistischen Basisinformationen, die durch Meinungsumfragen und Erstellung von Statistiken stattfindet. In Europa wird diese Form weit weniger ausgeübt als in Amerika. Aus Sicht der Wissenschaft ist diese Praxis umstritten, da das Vermischen von Journalismus und Wissenschaft nicht zulässig sei.

### **3.2.1 Journalistische Objektivität und Unparteilichkeit**

Die Beziehung des Journalismus zur Objektivität ist seit je her eine umstrittene. Schon im 17.Jahrhundert war sie von hohem Interesse, wurde dennoch nie systematisch untersucht und bis heute herrscht keine eindeutige Klarheit darüber, wie journalistische Objektivität aussieht.<sup>84</sup>

Messrelationen (die aber eher der Historienschreibung und nicht aktuellen Nachrichten zuzuschreiben waren) aus damaliger Zeit waren:<sup>85</sup>

- Die Berücksichtigung unterschiedlicher Gruppen und deren Mitteilungen
- Die Nachvollziehbarkeit der Quellen
- Die neutrale Haltung des Berichterstatters, der sich seiner persönlichen Meinung enthält

Im Jahre 1621 findet man schon in einer aus Frankfurt stammenden Zeitung die Aufforderung zu einer passionsfreien Nachricht, die frei von leidenschaftlicher Haltung sein soll.<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Wallisch (1995): S.65

<sup>84</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.2

<sup>85</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.22

Kaspar Stieler war 1695 einer der ersten, der auf die Beziehung der Zeitungen und der „Realität“ einging und davon sprach, dass Kommentare in den Berichten unakzeptabel sind.<sup>87</sup>

Im Laufe der Zeit kristallisierten sich vier Aspekte zur unparteilichen Nachrichtenvermittlung heraus:<sup>88</sup>

- Glaubwürdigkeit der Quellen (zur Sicherstellung der Qualität)
- Neutralität des Vermittlers (um den Leser nicht zu beeinflussen)
- Getreue Vermittlung von Mitteilungen
- Die Informationen sollen sich an den Bedürfnissen und Interessen der Rezipienten orientieren.

„Objectivity then becomes necessary to maintain credibility“.<sup>89</sup> Somit soll Berichterstattung nicht verzerrend sein und die Welt tatsachengetreu beschreiben.

McQuail bezieht sich bei seiner Darlegung der normativen Medientheorien auf das Objektivitätsmodell von Westerstahl (vgl. Abb.1), das folgende Komponenten enthält:

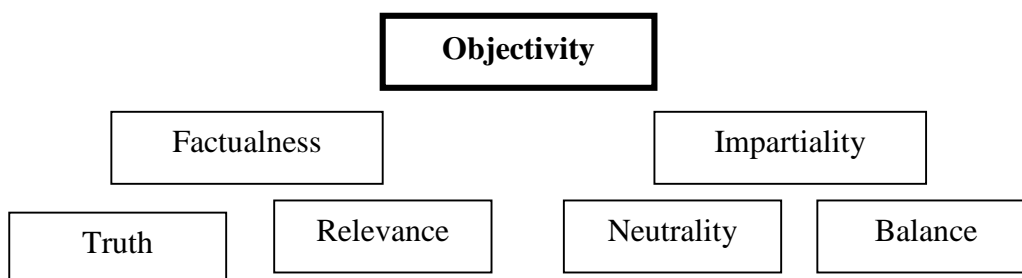


Abb.1: Komponenten der Objektivität nach Westerstahl, 1983.

Quelle: Vgl. McQuail (1987): S.131

Hierbei bezieht sich **Factualness** (Tatsachenbezug) auf Wahrheit (truth) bzw. Relevanz (relevance) und bezieht sich auf eine Berichterstattung, die frei von Kommentaren ist. Westerstahl sieht im Begriff der Wahrheit die Kriterien: Vollständigkeit, Genauigkeit, keine Absicht den Leser irrezuführen. Relevanz läuft auf den Selektionsprozess hinaus, wobei Klarheit und Schlüssigkeit hier ausschlaggebend sein sollen.<sup>90</sup> „In general that which is more

---

<sup>86</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.27

<sup>87</sup> Vgl. Bentele (1988): S.22

<sup>88</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.29

<sup>89</sup> McQuail (1987): S.130

<sup>90</sup> Vgl. McQuail (1987): S.131

likely to affect people in the short or long term and be most useful for them to know should be considered as more relevant.”<sup>91</sup>

**Impartiality** (Unparteilichkeit) verlangt vor allem eine neutrale Haltung des Journalisten, der frei von persönlichen Präferenzen arbeiten soll. Dies soll durch eine Kombination aus ausgewogener Berichterstattung (balance) und neutraler Darlegung erreicht werden.<sup>92</sup> „This mainly refers to avoidance of emotive language or other devices for indicating a preferred response from the audience”.<sup>93</sup>

In der journalistischen Praxis kann Objektivität auch die „kontinuierliche Wiederholung von fünf Arbeitsroutinen“<sup>94</sup> sein:

- Die Präsentation widerstreitender Ansichten zu einem Thema
- Die Präsentation von Fakten zur Stützung von Aussagen
- Der gezielte Einsatz von Anführungszeichen als Authentizitätsbeweis für Aussagen
- Die Strukturierung des Informationsangebots in einer bestimmten Anordnung (etwa: das Wichtigste zuerst)
- Die Trennung von Nachricht und Meinung.<sup>95</sup>

Im aktuellen journalismustheoretischen Diskurs scheint es, als ob Unparteilichkeit als „ein Aspekt am Rande der Objektivitätsmaxime betrachtet“<sup>96</sup> wird und das Problem der Objektivität im Zentrum der wissenschaftlichen Diskussion steht.

Zunächst wird auf die journalistische Objektivität eingegangen.

Der Anspruch eines objektiven und realitätsgerechten Journalismus entsteht vor allem aus einem normativen Anspruch, der darauf ausgelegt ist, allen BürgerInnen „das Recht auf umfassende Information und Orientierung sowie die Möglichkeit zu freier Meinungsbildung“<sup>97</sup> einzuräumen. Dies kann gemäß der Objektivisten nur ein Journalismus leisten, der sich Maximen wie Wahrhaftigkeit, Richtigkeit, Pluralität, Neutralität und Ausgewogenheit verschreibt. Kritik erhält diese Ansicht mit einer demokratietheoretischen Argumentation. Denn der Anspruch, Journalismus hat eine Kritik- und Kontrollfunktion verlangt politisches Engagement und Parteinahme. Aspekte wie z.B. Zeit- und

---

<sup>91</sup> McQuail (1987): S.131

<sup>92</sup> Vgl. McQuail (1987): S.131

<sup>93</sup> McQuail (1987): S.132

<sup>94</sup> Schmidt/Zurstiege (2007): S.154

<sup>95</sup> Vgl. Schmidt/Zurstiege (2007): S. 154

<sup>96</sup> Schönhagen (1998): S.234

<sup>97</sup> Schönhagen (1998): S.238

Aktualitätsdruck relativieren die Möglichkeit journalistischer Objektivität; dies soll aber nicht bedeuten, dass sie als Anspruch nicht sinnvoll und anzustreben sei.<sup>98</sup>

Der Objektivitätsbegriff wird als *Erkenntnisproblem* gesehen, während der Unparteilichkeitsanspruch auf die *getreue Vermittlung* verschiedener Ansichten abzielt. Für eine objektive Darstellung von Ereignissen muss die parteiergreifende Auffassung zurücktreten. Mit der Trennung von Nachricht und Kommentar soll einerseits genau dies gewährleistet werden, andererseits bleibt der Standpunkt der Journalisten nicht ausgeschlossen.<sup>99</sup>

Aspekte der Unparteilichkeitsmaxime können mit folgenden Eigenschaften zusammengefasst werden: „(...) Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit (wenn diese auf einzelne Nachrichten, nicht auf deren Gesamtheit bezogen wird) sowie Sachlichkeit der Darstellung, (...)“<sup>100</sup>

Die *Sorgfaltspflicht* ist ein weiterer Anspruch, der schon Ende des 17. Jahrhunderts von Kaspar Stieler diskutiert wurde. Verwendet ein Journalist Informationen zweiter Hand, so muss er sicherstellen, dass diese Quelle glaubwürdig ist. Kann er das nicht, so ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen. Der Anspruch der Sorgfaltspflicht führt zu einer weiteren Dimension, nämlich zur *Quellentransparenz*. Für die Rezipienten soll klar ersichtlich sein, wer für welche Aussage verantwortlich ist, um deren Wert besser einschätzen zu können.

Zusätzlich gelten die gleichen Vermittlungsbedingungen für verschiedene Standpunkte. Sie besagen, dass Platzierung, Gewichtung und Gestaltung nicht durch parteiliche Interessen geleitet und bestimmt sein dürfen.

Schönhagen sieht den Begriff der Unparteilichkeit sehr viel konkreter als den der Objektivität, was ihn zu dem Vorschlag führt „den Begriff der Objektivität durch Unparteilichkeit zu ersetzen.“<sup>101</sup>

### 3.3 Qualitätsforschung

Qualitätsforschung meint die Untersuchung und Bewertung von massenmedialen Inhalten „im Hinblick auf die Folgen ihrer Rezeption.“<sup>102</sup> Soll die Informationsqualität erforscht werden, so liegt der Fokus auf der „Befriedigung von Informationsbedürfnissen.“<sup>103</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.238

<sup>99</sup> Vgl. Schönhagen (1998): S.254f

<sup>100</sup> Schönhagen (1998): S.256

<sup>101</sup> Schönhagen (1998): S.261

Denis McQuail sieht zwei bedeutende Merkmale der Qualitätsforschung: nämlich, dass Medien als nützliche Instrumente für Staat bzw. Gesellschaft anzusehen sind, sowie die Tatsache, dass Qualität vorwiegend mittels Inhaltsanalyse beurteilt wird.

Es sollen nun ein paar relevante Ansätze dargelegt werden, um einen Überblick verschiedener Strömungen zu geben.

Die Qualitätsforschung hat mit den Traditionen der *empirischen Medienkritik* und der *Tradition der sozialen Verantwortlichkeit* (auch: öffentliche Aufgabe der Massenmedien) vieles gemeinsam. Der Ursprung der Tradition sozialer Verantwortlichkeit geht zurück auf die „American Commission on Freedom of the Press“ bzw. Hutchins Kommission, die sich zwischen 1944 und 1947 mit Evaluierung der amerikanischen Presse beschäftigte und Qualitätsstandards der sozialen Verantwortung entwickelte.<sup>104</sup> Sie vertrat, entgegen der damals vorherrschenden liberalen normativen Medientheorie, die Ansicht, dass ökonomische Konzentrationsprozesse der Pressefreiheit schaden und Kommerzialisierung und Sensationalismus die Presse hindert, ihre gesellschaftliche Informationsaufgabe zu erfüllen. Folgende Prinzipien beinhaltet der Ansatz der „Sozialen Verantwortung“<sup>105</sup>:

- Medien haben bestimmte Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft und sollen diese akzeptieren.
- Die Kriterien Wahrheit, Information, Genauigkeit, Objektivität und Ausgewogenheit bilden die Basis für professionelle Standards.
- Medien sollten innerhalb des gesetzlichen Rahmens selbstregulierend arbeiten.
- Das Mediensystem sollte von Vielfalt geprägt sein und verschiedene Ansichten liefern.

Die Auffassung der öffentlichen Aufgabe, die von der Presse erfüllt werden muss, hat ihren Ursprung in der *utilitaristischen Denktradition*. Pressefreiheit wird als Grundrecht einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesehen. Diese Freiheit verpflichtet allerdings auch. Sie verpflichtet die Presse ihre Leser zu informieren, Ereignisse zu kritisieren und Kontrolle auszuüben.<sup>106</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch die systemtheoretische Strömung zu erwähnen, die in den Massemedien das Ergebnis eines Systems sieht. Medien fungieren „als Relaisstationen zwischen sozialen Systemen als Informationssystemen und sozialen Systemen als

---

<sup>102</sup> Hagen (1995): S.36

<sup>103</sup> Hagen (1995): S.36

<sup>104</sup> Vgl. McQuail (1992): S.15

<sup>105</sup> Vgl. McQuail (1987): S. 117

<sup>106</sup> Vgl. Hagen (1995): S.37f

Erfahrungs- und Handlungssystemen.“<sup>107</sup> Somit wird die Verantwortung nicht bei dem einzelnen Journalisten, dem Individuum gesehen, sondern beim Verlag und der Gesetzgebung.

Dieser systemtheoretischen Auffassung steht er individualistischen gegenüber. Boverter sieht journalistische Moral vor allem bei jedem Individuum selbst.<sup>108</sup>

Wie schon erwähnt spielt in der Qualitätsforschung auch die empirische Medienkritik eine Rolle, die von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg ausging. Im Fokus steht hier die *Biasforschung*, die wie weiter oben dargelegt, Einseitigkeiten und Unausgewogenheiten misst.

An dieser Stelle soll Weischenbergs Kreismodell zu den Dimensionen der Medienqualität näher erläutert werden (Vgl.Abb.2).

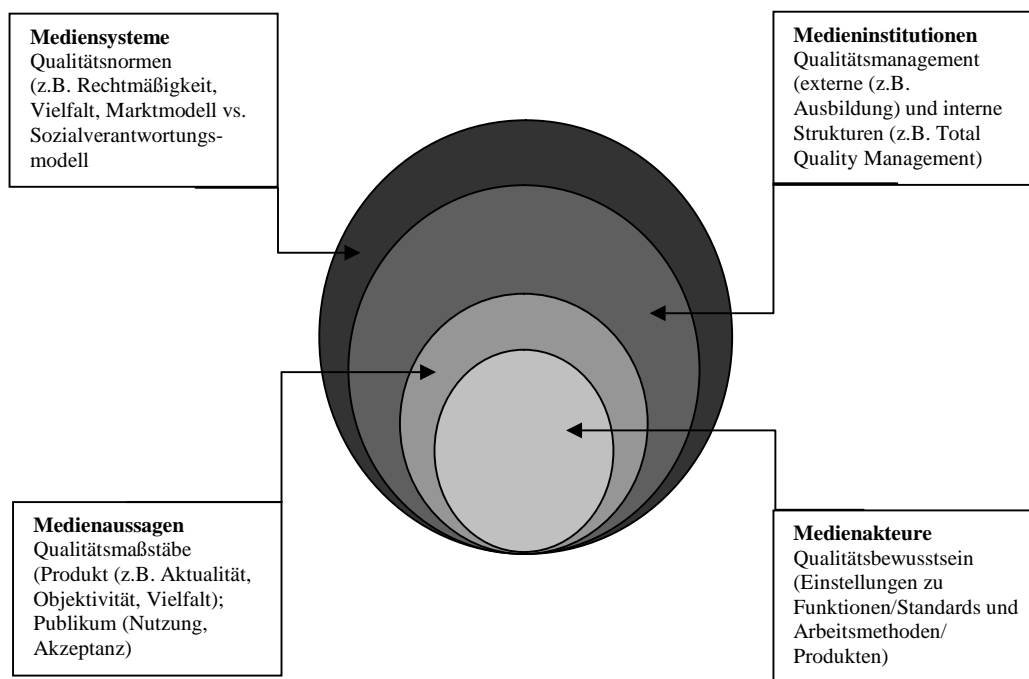


Abb.2: Kreismodell

Quelle: Vgl. Weischenberg (2006): S.13

<sup>107</sup> Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S. 436

<sup>108</sup> Vgl. Hagen (1995): S.38

Diesem Modell nach existieren:<sup>109</sup>

- *Mediensysteme (Qualitätsnormen)*: Diese Dimension enthält allgemeine Zielvorgaben bezüglich der Qualität von Medienprodukten: Rechtliche Bestimmungen, basale Zielwerte (z.B. Vielfalt) und allgemeine bzw. spezifische Werte und Normen (ethische Standards). Das Qualitätskriterium „Rechtmäßigkeit“ soll die Basis sein, ebenso wie Vielfalt, Relevanz, Professionalität und Akzeptanz. Doch soll beachtet werden, dass Rechtmäßigkeit nicht als Ausdruck von Qualität gesehen werden darf, sondern eine Voraussetzung bildet; ebenso stelle Vielfalt keinen Qualitätsmaßstab sondern ein Ziel dar.

Weischenberg erwähnt in diesem Zusammenhang auch Empfehlungen für Qualitätssicherung von Ruß-Mohl. Diese fasst er mit dem Begriff „Infrastrukturen“, nämlich externe und interne, zusammen. Unter externen Strukturen versteht Ruß-Mohl Institutionen für Aus- und Weiterbildung, Presseräte, Berufsverbände, Medienpreise.

- *Medieninstitutionen (Qualitätsmanagement)*: Hier handelt es sich um die internen Kommunikationsprozesse; um Strukturen und ein Redaktionsmanagement, das journalistische Qualität herstellen soll (z.B.: Redaktionsstatuten, Gegenrecherche, Blattkritik).

- *Medienaussagen (Qualitätsmaßstäbe)*: In der Medienqualität geht es besonders um den Funktionskontext. Wie sehen die Medienprodukte in Hinblick auf ihre Qualität aus und welche Rolle spielt hier das Publikum? Folgenden Regeln werden für professionelles Arbeiten im Journalismus große Bedeutung zugewiesen (vor allem im Nachrichtenjournalismus):

Objektivität, Neutralität, Aktualität, Relevanz, Transparenz, Richtigkeit, Genauigkeit, Sachlichkeit, Ausgewogenheit, Fairness, Vielfalt und Verständlichkeit. Bei all diesen Kriterien darf der Rezipient nicht vergessen werden, denn auch die Publikumsvorstellungen spielen in der Diskussion über Qualität eine große Rolle.

- *Medienakteure (Qualitätsbewusstsein)*: Wie schon weiter oben erwähnt handelt es sich bei Qualität durchaus um ein Beobachterkonstrukt, erkennbar erneut an diesem Punkt. Denn es macht einen Unterschied aus welcher Perspektive das Produkt

---

<sup>109</sup> Vgl. Weischenberg (2006): S.14ff

gesehen und beurteilt wird. Aus der eines Medienkritikers, des Publikums oder des Medienakteurs. Je nachdem rückt das Funktions- oder das Qualitätsbewusstsein in den Vordergrund.

Diese vier Schalen liegen nebeneinander und je nach Beobachterposition, rücken unterschiedliche System/Umwelt-Beziehungen in den Mittelpunkt.

Auch die Qualitätsforschung lebt nicht ganz ohne Kritik.<sup>110</sup> Als problematisch wird die Methode der quantitativen Inhaltsanalyse gesehen, da Bedeutungen durch Interpretationen entstehen und Interpretationen subjektiv sind. Dem wird entgegen gebracht, dass diese „partielle Subjektivität“ nicht gegen Inhaltsanalysen spricht, wenn mit großer Sorgfalt gearbeitet wird. Weiters ist der auf intendierte gesellschaftliche Effekte ausgelegte Fokus ein Kritikpunkt, da diese ebenfalls sehr selektiv seien, so Birkhead. Schönbach legt dem entgegen, dass es unabwendbar ist, ethisches Verhalten aus Wertvorstellungen herzuleiten. McQuail sieht in Freiheit, Gleichheit und Ordnung Grundwerte westlicher Demokratien, möchte daraus allerdings keine universellen Qualitätsnormen begründen, sondern lediglich einen Rahmen. Dies lässt jedoch wieder einen großen Interpretationsspielraum.

### **3.3.1 Kriterien der Qualität**

Es folgt eine Auflistung zentraler Merkmale von Qualität in den Printmedien.<sup>111</sup>

- Vielfalt: Einerseits ist hier die Quellen- und Meinungsvielfalt gemeint, andererseits auch die Vielfalt der Themen.
- Transparenz: Es muss ersichtlich sein, aus welcher Quelle Informationen stammen, um deren Glaubwürdigkeit und somit Güte zu unterstreichen.
- Verständlichkeit: Auf sprachlicher Ebene bezieht sich Verständlichkeit auf grammatikalische, syntaktische und lexikalische Satzstrukturen. Inhaltlich sollten komplexe Sachverhalte verständlich dargelegt werden.
- Sachlichkeit: Hierzu wird die Trennung von Nachricht und Meinung gezählt, die höchste Priorität besitzt. Wertung und Meinung ist demnach in der Nachricht zu unterlassen. Kommt es zu wertenden Aussagen, so müssen diese mit

---

<sup>110</sup> Vgl. Hagen (1995): S. 39ff

<sup>111</sup> Vgl. Koxeder (2007): S.60ff



Quellenangabe belegt werden. Der Leser soll objektiv und ohne Tendenz (weder positiv noch negativ) informiert werden.

- Richtigkeit: Auch hier kann zwischen sprachlicher und inhaltlicher Richtigkeit unterschieden werden. Erstgenanntes zielt wieder auf grammatikalische Regeln, die inhaltliche Ebene bezieht sich auf Genauigkeit und Wahrheit.
- Orientierungsfunktion: Die Information, die vermittelt wird soll den Rezipienten ermöglichen Wissen zu erlangen indem Hintergrundinformationen, Ursachen und Folgen dargelegt werden.
- Ausgewogenheit: Es sollen nicht nur verschiedene Positionen und Akteure ausgeglichen vorhanden sein, sondern auch die Relevanz deren Aussagen.
- Stilistische Qualitätsmängel: Gekennzeichnet sind diese durch die Verwendung von Superlativen, Ironie, rhetorischen Fragen und umgangssprachlichen Formulierungen. Auch Wortzusammensetzungen (Komposita) bzw. Metaphern, (z.B. „Seifenblasendemokratie“ oder „Milliardenomelette“<sup>112</sup>), sollten nicht gebraucht werden. Weiters gilt ein affektiver Wortschatz, also einerseits Reizwörter wie etwa „entsetzlich“ oder „grauenhaft“, andererseits emotionalisierende Wörter wie z.B. „Kampfansage“ oder „Verräter“, als Qualitätsmängel.

## 4. Öffentliche Meinung

Eine ganz wesentliche Beeinflussung, die durch Medien entsteht, bezieht sich auf die Bildung der öffentlichen Meinung. Nicht nur *was* gedacht wird, sondern auch *wie* gehandelt wird, ist zum Teil durch die Rezeption von Medien geleitet. Dies betrifft alle Themen, die in den Medien behandelt werden. Dessen sind sich sowohl die Medienmacher als auch Politiker und sämtliche PR-Experten bewusst und so werden Medien dementsprechend eingesetzt.

---

<sup>112</sup> Koxeder (2007): S.66

## 4.1. Öffentlichkeit

Horst Pöttker postuliert: „Komplexe Gesellschaften brauchen Öffentlichkeit, weil sie sich sonst nicht selbst regulieren können und ihre Probleme nicht bearbeiten können.“<sup>113</sup> Weiters sagt er, Öffentlichkeit ist notwendig, um von dem „kulturell bereitstehenden Reichtum an Erfahrung und Erkenntnis“<sup>114</sup> Gebrauch machen zu können.

Es gibt vier Bereiche der Öffentlichkeit, nämlich: Segmentäre Öffentlichkeit, bürgerliche Öffentlichkeit, virtuelle Öffentlichkeit und funktionale Öffentlichkeit.

- *Segmentäre Öffentlichkeit:*

Das Wort Öffentlichkeit ist sehr vieldeutig und wird oft als Synonym für Gesellschaft verwendet. Diese Gleichsetzung führt nämlich zu der Annahme, es herrsche ein „geschlossenes gesellschaftliches Kommunikationssystem“.<sup>115</sup>

- *Bürgerliche Öffentlichkeit:*

Der Umstand des Vorhandenseins regionaler Grenzen machte es schwer, sich Informationen darüber hinaus zu verschaffen. Zusätzlich entstanden durch vermehrte Spezialisierung weitere Kommunikationsbarrieren, die zu sozialer Privilegierung führten. Bislang existierte nur das Adjektiv „öffentlich“, das auf Mächte wie etwa Kirche, Adel und Heeresstände verwies. Im 16.Jahrhundert bedeutet der Begriff der „öffentlichen Gewalt“ staatliche Gewalt, im 17.Jahrhundert meint man mit „öffentlichem Recht“ das Staatsrecht. Das Substantiv „Öffentlichkeit“ entsteht im 18.Jahrhundert und „meint eine liberale Idee, ein ethisches Gebot, ein politisches Recht oder „das freie Volk“ selbst, und was sich der öffentlichen Kritik entzieht, wie alles Heimliche, wird als unmoralisch diskreditiert.“<sup>116</sup> Weiters soll „Öffentlichkeit“ auf ein nationales Gemeinschaftsgefühl hindeuten, wodurch eine disparate Masse zu einer Einheit wird. Schließlich geht der moralische Aspekt verloren und unter „öffentlichem Leben“ werden Staat und Gesellschaft verstanden.

---

<sup>113</sup> Pöttker (2000): S.19

<sup>114</sup> Pöttker (2009): S.19

<sup>115</sup> Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.196

<sup>116</sup> Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.197

- *Virtuelle Öffentlichkeit:*

Öffentlichkeit kann als virtuelles System bezeichnet werden, denn die Akzeptanz eines Themas ist erst im Nachhinein festzustellen. Durch die Platzierung eines Themas in einem Medium bzw. die Tatsache, dass das Thema in einem Medium gebracht wird, ist davon auszugehen, dass dieses viele Leute rezipiert haben. Man spricht nun darüber. Die Verbreitung und Akzeptanz von Kommunikationsangeboten kann also als Öffentlichkeit gesehen werden, was weiter dazu führt, dass sie auch eine „soziale Qualität von Wissen, nämlich aktuell und reflexiv „mitgeteiltes Wissen“ ist.<sup>117</sup>

- *Funktionale Öffentlichkeit:*

Öffentliches an sich ist etwas Instabiles, dies wird durch Medien und deren übermäßiges Angebot noch verstärkt. Obwohl es durch immer weiterentwickelte Techniken, Mobilität und Medienvielfalt möglich ist, mehr Informationen als noch vor 50 Jahren einzuholen, existieren immer noch viele Hürden (z.B.: strenge Selektion der Themen), durch die den Menschen die Mehrheit des Weltgeschehens verborgen bleibt.<sup>118</sup>

„Die Paradoxie des „Informationszeitalters“ liegt im Antagonismus von universellem Öffentlichkeitsanspruch und chronisch knapper Aufmerksamkeit und hat zur Folge, dass Massenkommunikation nur durch temporäre Ignoranz der meisten Informationsangebote zu realisieren ist.“<sup>119</sup>

## **4.2 Die öffentliche Meinung**

Medien spielen für die Entstehung von öffentlicher Meinung eine überaus wichtige Rolle. Um zu erfahren, was auf der Welt passiert, ist der Mensch von den Medien abhängig. Werden Informationen nicht aus den Medien entnommen, so ist die Wahrscheinlichkeit groß sie von einer anderen Person zu erfahren, deren Quelle wiederum die Medien sind. Ist ein Ereignis nicht selbst erfahren worden, so ist man auf das angewiesen, was darüber berichtet

---

<sup>117</sup> Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.198

<sup>118</sup> Vgl. Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.196ff

<sup>119</sup> Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.199

wird. Die geistige Vorstellung entwickelt Bilder und Empfindungen dazu. „Erst wenn wir wissen, was andere zu wissen glauben, können wir wirklich ihre Handlungen verstehen.“<sup>120</sup>

Speziell in Demokratien, in denen es jedem Bürger und jeder Bürgerin möglich sein sollte, sich aus einem bunten Topf an Informationsquellen bedienen zu können, ist eine durch die Medien verbreitete Informationsvielfalt unabdinglich. Die Publizistik steht nicht nur als Mitgestalterin zur Verfügung, sondern sie ist auch ein Sprachrohr öffentlicher Meinungen.

Es sei also sowohl von den Medien als auch Politikern und sämtlichen PR Fachleuten wohl überlegt welche Informationen sie veröffentlichen und wie diese kommuniziert werden.

Wird etwas zu einer bestimmten Zeit als nicht veröffentlichungswürdig angesehen, weil es nicht als für das öffentliche Interesse relevant angesehen wird, so muss dies nicht auch für andere Zeiten gelten. Die Ansichten was als Privatsphäre angesehen und somit die Einstellung dazu, ob eine bestimmte Sache für die Öffentlichkeit und deren Meinung wichtig ist, ändert sich im Laufe der Zeit.

*„Wie entwickeln Massen von Menschen, deren jeder ein eigenes Gefühl für eine abstrakte Vorstellung besitzt, einen gemeinsamen Willen? (...) Wie kristallisieren sich Dinge wie der Volkswille, die nationalen Ziele oder die öffentliche Meinung (...)?“<sup>121</sup>*

Tatsache ist, dass Berichte keinesfalls die absolute Wirklichkeit abbilden können. Allerdings können sie Gefühlsebenen durch und durch erregen. Der geschriebene Text möchte Bilder in den Köpfen entwerfen, da dadurch die Gefühlsebene der Menschen erreicht wird. Diese Bilder werden aber nicht auf Dauer in den Köpfen abrufbar sein, ebenso wenig die genauen Sätze. Stattdessen bleibt das Gefühl, das beim Rezipieren aufkommt - dieses ist von Dauer.<sup>122</sup>

Menschen sind in ihrer Zugänglichkeit für Ideen und Meinungen sehr verschieden. Gelingt es aber verschiedene Menschen, die unterschiedliche Ängste haben, mit einem Symbol anzusprechen, kann es gelingen einen Gefühlsbund entstehen zu lassen. Dieser Bund gleicht einem „strategischen Straßenknotenpunkt, an dem viele Straßen ohne Bezug auf ihren letzten Ursprung oder ihr letztes Ziel zusammenlaufen.“<sup>123</sup>

---

<sup>120</sup> Lippmann (1964): S.16

<sup>121</sup> Lippmann (1964): S.137

<sup>122</sup> Vgl. Lippmann (1964): S.144

<sup>123</sup> Lippmann (1964): S.146

Um darzulegen was als „öffentliche Meinung“ verstanden wird, soll auf frühere Definitionen zurückgegangen werden.

Die im Jahre 1961 erlassene Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts besagt, dass sich öffentliche Meinung in Freiheit bildet und ein Rechtsgut ist, das der Staatsmacht dienen soll.<sup>124</sup> Das Bundesverfassungsgericht erklärt die freie Meinungsäußerung also zu einem fixen Bestandteil der Demokratie. Öffentliche Meinung, so Arndt, findet sich aber in keinem rechtlichen Raum wieder, da sie etwas Immaterielles ist und durch die Presse bzw. den Rundfunk (im Geiste) gebildet wird. Wird etwas als „öffentliche Meinung“ bezeichnet, so ist das nicht die Meinung eines Einzelnen, sondern die Ansicht einer ganzen Gruppe und lässt ein kollektives Bewusstsein entstehen. In einem demokratisch geführten Staat ist die Wechselwirkung zwischen rechtlich verfasstem Staat und politisch freier Gesellschaft von höchster Bedeutung. Die öffentliche Meinung hat (in Demokratien) großen Einfluss auf die Politik und so wird sie zu einem wichtigen Aspekt für den Staat.<sup>125</sup>

Es darf nicht mehr mit polizeilicher Gewalt gegen Personen mit einer bestimmten Meinung vorgegangen werden. Dies kann dazu führen, dass es zu unterschweligen Manipulationen der Menschen kommt, die weit weniger erkennbar und somit abwehrbar sind. Arndt spricht vom „Manipulieren der Menschen in der gefälligen Form der Unterhaltung.“<sup>126</sup> Diese durch die Medien vermittelte Unterhaltung erzeugt zum einen Anreiz, zum anderen Bilder. Die Bilder wiederum erzeugen für uns eine Scheinwelt, die durch Propaganda und Manipulation hervorgerufen werden kann.<sup>127</sup>

Arndt stellt fünf Eigenschaften auf, weshalb Meinung öffentlich ist:

Die Meinung ist öffentlich...

- aufgrund der Tatsache, dass sie sich auf öffentliche Interessen bezieht.
- weil sie für jeden zugänglich ist.
- weil sie durch Massenmedien verbreitet wird.
- weil sie sich aus einer Meinungsgesamtheit zusammensetzt und dies zu einem kollektiven Bewusstsein in der Gesellschaft führt.
- weil die Verfassung erwartet, dass die öffentliche Meinung eine öffentliche Aufgabe erfüllt.<sup>128</sup>

---

<sup>124</sup> Vgl. Arndt (1962): S.1

<sup>125</sup> Vgl. Arndt (1962): S.2ff

<sup>126</sup> Arndt (1962): S.9

<sup>127</sup> Vgl. Arndt (1962): S.9

<sup>128</sup> Vgl. Arndt (1962): S.14

1965 stellte der Amerikaner Harwood Childs sogar 50 Definitionen für den Begriff öffentliche Meinung auf. Dies führte aber bei weitem nicht zu einer eindeutigen Klärung des Terminus. In den Jahren darauf wurde sogar gefordert, den Begriff aufzugeben, da er eine Fiktion wäre. Eines dürfte sich aber trotz unterschiedlicher begrifflicher Ansätze immer wieder erhärtet haben, nämlich die Gleichsetzung »öffentlicher Meinung« mit »herrschender Meinung«. Es soll andeuten, dass die öffentliche Meinung in der Lage ist, jemanden zu einem Verhalten zu bringen, auch wenn dies entgegen seiner eigentlichen Meinung ist.<sup>129</sup>

Elisabeth Noelle-Neumann geht von folgender Begrifflichkeit aus: Es geht dabei um Fragen des Gemeinwesens, die (in den Massenmedien) veröffentlicht werden. Die Träger dieser Inhalte sind Personen, die sich zu diesen Fragen verantwortungsbewusst öffentlich äußern, wobei Kritik und Kontrolle ebenso zu ihren Aufgaben zählen.<sup>130</sup>

#### **4.2.1 Die Schweigespirale**

Elisabeth Noelle-Neumann, Gründerin des ersten deutschen Meinungsforschungsinstitutes, entwickelte eine Theorie über die Wirkung von Medien, in der die Entstehung der öffentlichen Meinung der Fokus ist. Sie nennt diese Theorie die „*Schweigespirale*“ und bezieht diese vor allem auf die Wahlentscheidung von Menschen.

Basis dieser Theorie ist die Annahme, dass der Mensch eine grundlegende Angst vor sozialer Isolation hat. „Es ist seine Furcht vor Isolation, vor Missachtung, vor Unbeliebtheit, es ist sein Bedürfnis nach Zustimmung durch die Umwelt.“<sup>131</sup> Entspricht eine Meinung (oder ein Handeln) nicht der Meinung (oder dem Handeln) der Masse, so wird diese eher verschwiegen, geht sie allerdings mit der großen Mehrheit konform, so wird sie öffentlich gezeigt. Den Grund für dieses Verhalten sieht Noelle-Neumann in einem „Urbedürfnis“ des Menschen durch seine Umwelt Zustimmung und Anerkennung zu erhalten. Sie bezeichnet die öffentliche Meinung als „unsere soziale Haut“.<sup>132</sup>

Folgende Annahmen/Meinungsentwicklungen werden in diesem Zusammenhang aufgestellt:<sup>133</sup>

- 1) Da sich Menschen sozial nicht isolieren möchten, äußern sie ihre Meinung unter Kenntnis der Meinung anderer Menschen.

---

<sup>129</sup> Vgl. Noelle-Neumann (1989): S.84ff

<sup>130</sup> Vgl. Noelle-Neumann (1989): S.90

<sup>131</sup> Noelle-Neumann(1989): S.90

<sup>132</sup> Burkart (2004): S.263

<sup>133</sup> Vgl. Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.321

- 2) Die Wahrnehmung der Meinung anderer passiert entweder direkt oder durch die Medien.
- 3) Es können nun sowohl die aktuellen Meinungen wahrgenommen werden, als auch deren Veränderung.
- 4) Entspricht die eigene Meinung nun der dominanten Meinung, traut man sich diese eher zu äußern, als wenn sie nicht der Mehrheit entspricht.
- 5) Die bisher dominante Meinung wird in der Öffentlichkeit noch weiter bestärkt, wodurch sich deren Vertreter ihrer Meinung noch sicherer werden und sich die Gegner noch mehr zurückziehen.
- 6) Schließlich wird die vermeintlich dominante Meinung auch tatsächlich zur führenden Meinung.

Auch wenn Noelle-Neumann in nachfolgenden Veröffentlichungen immer wieder betont, für den Prozess der Schweigspirale müssen bestimmte Randbedingungen gegeben sein, ist dieser Ansatz nicht ganz unumstritten. Vor allem stehen ihre empirischen Methoden in der Kritik.

Der so genannte „Eisenbahntest“ stellte z.B. eine gern verwendete Methode dar. Hierfür verwickelte man Menschen während einer Eisenbahnfahrt in ein Gespräch über ein bestimmtes Thema (z.B.: Kindererziehung oder Politik).

Als problematisch wird die Validität des Messinstrumentes gesehen, da die Gesprächsbereitschaft durch psychische Faktoren und nicht durch soziale bestimmt werden, „nämlich durch das (politische) Interesse, die subjektiv empfundene Wichtigkeit des Themas und des Glauben, Kommunikationspartner auch beeinflussen zu können.“<sup>134</sup>

Trotz der Kritik muss festgehalten werden, dass dieser Ansatz eine ganz wesentliche Rolle für die Kommunikationswissenschaft eingenommen hat.

#### **4.2.2 Meinungsführer – der Two Step Flow**

Der Auslöser für die „Entdeckung“ dieses Ansatzes gab die 1940 von Paul Lazarsfeld durchgeführte Wahluntersuchung „The Peoples Choice“. Grundlage für diese Untersuchung war das Stimulus-Response Konzept. Lazarsfeld befragte rund 600 Leute mehrmals, um Meinungsveränderungen erkennen zu können. Entgegen seinen Erwartungen änderte nur ein geringer Anteil an Leuten ihre Wahlabsicht während des Wahlkampfes. Dies führte zu der

---

<sup>134</sup> Burkart (2004): S.268

Annahme, dass die starke Wirkung der Massenmedien überschätzt wurde. Durch weitere Befragungen stieß man auf die Figur des „Opinion Leaders“ – des Meinungsführers. Menschen lassen sich demnach eher durch andere Menschen, als durch Medien in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen. Lazarsfeld sprach vom „Zweistufenfluss der Kommunikation“.<sup>135</sup> Die Annahme dahinter besagt, dass Informationen von Medien zu Meinungsführern gelangen und von diesen dann zu dem Bevölkerungsteil, der weniger aktiv in diesem Zusammenhang ist. Die Opinion-Follower erhalten also ihre Informationen durch persönlichen Kontakt zu den Opinion-Leader, die sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: sie sind überdurchschnittlich gesellig und kommunikativ, nutzen Medien verstärkt, werden von anderen als „Experten“ angesehen und sind äußerst interessiert an bestimmten Themenbereichen.<sup>136</sup> Etwas später ging man davon aus, auch die Opinion-Leader haben wiederum ihren Opinion-Leader, von denen sie sich, unabhängig der Medien, ihre Informationen bzw. Meinungen holen.

In den 60er Jahren ist dieser Ansatz allerdings verworfen worden, da man erkannte:<sup>137</sup>

- Man kann nicht davon ausgehen, dass jeder der Informationen sucht automatisch in einer sozialen Gruppe integriert ist.
- Der Kontakt zu den Medien kann von jedem Ratsuchenden hergestellt werden.
- Es ist ungewiss, ob der Meinungsführer Informationen oder Meinungen weitergibt.
- Die Unterscheidung zwischen „Ratgeber“ und „Ratsuchendem“ ist zu einfach für die Definition eines Meinungsführers.

Ein weiterer Kritikpunkt liegt in der unterlassenen Unterscheidung zwischen Übermittlung einer Nachricht und der Beeinflussung durch eine Nachricht. Denn die Tatsache, dass jemand von den Medien erreicht wird, bedeutet nicht automatisch, dass er davon auch beeinflusst wird.<sup>138</sup>

Troldahl und Van Dam sprechen Mitte der 60er Jahre von „opinion-sharing“. Dies besagt, dass es bei einem Gespräch zwischen Opinion-Leader und Opinion-Asker nicht nur zu einem einseitigen, sondern zu einem wechselseitigen Informationsfluss kommt. Es handelt sich also eher um einen Diskurs zwischen gleichinteressierten Personen.

---

<sup>135</sup> Vgl. Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.316

<sup>136</sup> Vgl. Burkart (2004): S.210

<sup>137</sup> Vgl. Merten/Schmidt/Weischenberg (1994): S.316

<sup>138</sup> Vgl. Burkart (2004): S. 211



Gliedert man die Widersprüche des Ansatzes aus, ist Folgendes festzustellen:

Für das Einholen von Informationen sind die Medien Quelle Nummer eins, geht es aber um die Beurteilung über Wichtigkeit und Richtigkeit eines Themas, so sind Meinungen zur Interpretation wichtig. Auf diesem Wege kann die persönliche Entscheidung zur Akzeptanz oder Ablehnung erleichtert werden. Als Quelle für diese Meinungen kommen in Frage:<sup>139</sup>

- Glaubwürdige Personen aus dem persönlichen Umfeld (Opinion-Leaders)
- Glaubwürdige Personen aus den Medien, wie z.B.: Prominente, Politiker (virtuelle Opinion-Leaders)
- Diskussionen mit anderen Personen bzw. rezipieren von Diskussionen in den Medien.

## **5. Medien und ihr Einfluss auf die Einstellung zur Politik**

Medien sind Vermittlungsinstanz zwischen Bürgern und der Regierung bzw. den Politikern. Dementsprechend wichtig ist die Qualität der veröffentlichten Informationen, um politisch relevantes Wissen „an den Mann“ zu bringen.

Easton vertritt die Meinung, Medien agieren hier als neutrale Stelle, die Informationen unverändert an die Bürger bringt.<sup>140</sup> Maurer bringt dieser Einstellung entgegen, dass Medien „einen eigenständigen Einfluss auf das Bild (haben), das sie den Rezipienten vom politischen Geschehen vermitteln.“<sup>141</sup>

Hauptquelle politischer Information sind die Massenmedien, denn nur die wenigsten erlangen sie durch direkten Kontakt mit Parteien oder Politikern. Wenn Entscheidungen getroffen werden, die für Bürger nicht unmittelbar spürbar oder beobachtbar sind, dann bleibt schließlich nur die Wahrnehmung durch die Medien. Somit wird das als wichtig empfunden, was häufig in den Medien vorzufinden ist und Beurteilungen basieren auf medialer Darstellung.<sup>142</sup> Maurer führt hierzu drei Beispiele an:

Rezipienten beurteilen Risiken, die wirtschaftliche Lage und Politiker bzw. Parteien entsprechend ihrer Darstellung in den Medien.<sup>143</sup>

---

<sup>139</sup> Vgl. Merten/ Schmidt/ Weischenberg (1994): S.317

<sup>140</sup> Vgl. Maurer (2003): S.53

<sup>141</sup> Maurer (2003): S.53

<sup>142</sup> Vgl. Maurer (2003): S.58f

<sup>143</sup> Vgl. Maurer (2003): S.59

Für das Fortbestehen einer Demokratie ist eine Sache unerlässlich: Die Unterstützung und das Bekenntnis der Bevölkerung. Wenden sich die Menschen von der Politik ab und entsteht eine immer größer werdende Politikverdrossenheit, so kann dies die Stabilität einer Demokratie beeinflussen. Zeichen für eine solche Politikverdrossenheit können z.B.: sinkende Wahlbeteiligung, vermehrte Zuwendung zu radikalen Parteien oder verstärkter politischer Protest sein.

Wodurch entsteht eine solche Verbitterung über die Politik?

Immer wieder wird vermutet, „dass die Medienberichterstattung eine der wesentlichen Ursachen dafür sein könnten.“<sup>144</sup>

Dies begründet Wolling durch zwei Gegebenheiten:<sup>145</sup>

- zum einen sind Medien in Demokratien die primäre und bedeutendste Informationsquelle der Bürger,
- zum anderen wurde untersucht, dass die politische Berichterstattung vorwiegend negativ behaftet ist.

Es gibt zwei Gründe, weshalb negative Informationen stärkere Wirkung besitzen als positive Informationen:

Zum einen werden negative Berichte eher rezipiert, auch wenn die negativen Informationen nicht der eigenen politischen Meinung entsprechen. Dies ist bei positiven Berichten nicht der Fall. Zum anderen erhöhen negative Darstellungen die Aufmerksamkeit und sind somit, aufgrund ihres höheren Erinnerungswertes, für die politische Meinungsbildung relevanter als positive. Weiters werden sie als glaubwürdiger empfunden als positive Informationen.<sup>146</sup>

## 5.1 Medien und Politikverdrossenheit

Politik muss öffentlich sein und Medien müssen politisch sein – so kommen die beiden Bereiche fast zwangsläufig in ein Konkurrenzverhältnis und so viele Möglichkeiten dieses Verhältnis in sich birgt, so viel Risiko enthält es auch.

---

<sup>144</sup> Wolling (oJ): S.1

<sup>145</sup> Vgl. Wolling (oJ): S.1

<sup>146</sup> Vgl. Maurer (2003): S.81

Vorerst sollen unterschiedliche Dimensionen und Definitionen des Begriffes der Politikverdrossenheit dargelegt werden.

Welche sind die *Objekte der Verdrossenheit*?

Greiffenhagen & Greiffenhagen sehen Politiker, Parteien, Verwaltung und Regierung als wesentlich. Küchler hingegen unterscheidet zwischen Staat, Parteien und Politik und weiters zwischen Staatsverdrossenheit (Unzufriedenheit mit der eigentlichen Staatsform), Parteienverdrossenheit (Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien) und schließlich Politikverdrossenheit (Unzufriedenheit mit der Arbeitsweise der Politik), wobei er die Staatsverdrossenheit als die bedrohlichste Form sieht. Eine weitere Unterscheidung nimmt Riehl-Heyse vor und zwar zwischen Politik-, Staats- und Demokratieverdrossenheit. Demokratieverdrossenheit meint die Ablehnung der ganzen demokratischen Idee.<sup>147</sup>

Pöttker kam nach einer Reihe von empirischen Erhebungen zu dem Schluss, dass es unterschiedliche Indikatoren für das Phänomen der Politikverdrossenheit gibt. Zum einen wächst der Unmut über die Durchführung von Politik durch die Parteien, zum anderen hat dies aber keine Auswirkung auf die generelle Meinung über die Staatsform der Demokratie und deren Grundordnung.

Schedler hingegen sieht die Unterschiede nicht in der Art des Objektes, sondern in der jeweiligen Beziehung. Er sieht Politikverdrossenheit als eine generelle Negativbewertung der Politik, die von Begriffen wie Misstrauen, Unzufriedenheit und Dissens begleitet wird. Gleichgültigkeit und Desinteresse resultieren daraus.<sup>148</sup>

Wie wird *Politikverdrossenheit erkannt*?

Ein gern genannter Indikator hierfür ist die sinkende Wahlbeteiligung, also wenn das Volk sein Wahlrecht nicht nutzt und dem parlamentarischen System die Legitimierung abschlägt. Diese Auffassung ist umstritten, da erhoben wurde, dass je schlechter die politische Situation empfunden wird, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Umgekehrt sinkt sie, wenn die Menschen im Großen und Ganzen mit der Situation zufrieden sind. Ein weiterer Indikator ist neben der Wahlbeteiligung, die unkonventionellere Form der Partizipation durch Demonstrationen oder Bürgerinitiativen. Doch muss man auch bedenken, dass diese Aktionen gerade von politisch aktiveren und somit politisch interessierten Menschen ins Leben gerufen werden.

Man sieht also, dass die Ausdrucksformen von Politikverdrossenheit nicht eindeutig gelesen bzw. zugeordnet werden können.

---

<sup>147</sup> Vgl. Wolling (1999): S.9

<sup>148</sup> Vgl. Wolling (1999): S.10

## 5.2 Ursachen von Politikverdrossenheit

Grob gesagt liegt die „Quelle“ der Politikverdrossenheit nicht in einem einzelnen Faktor. Mehrere Aspekte spielen hier eine Rolle (vgl. Abb.3). Einerseits die Politik, andererseits die Bürger und als dritter Faktor wird die mediale Politikvermittlung häufig als Grund gesehen. Auf diese drei Bereiche soll nun genauer eingegangen werden, mit besonderem Augenmerk auf den Einfluss der Medien.

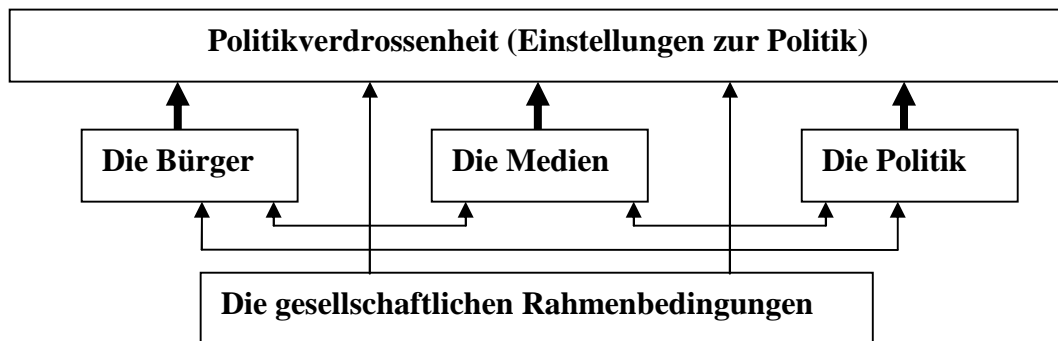


Abb.3: Einflüsse auf Politikverdrossenheit

Quelle: Wolling (1999): S.37

### **- Ursache Politik**

Argumente zur Erklärung der Politikverdrossenheit durch die Politik beinhalten Kritik über die politische Praxis, die zu Desinformationen, Unwahrheiten, Skandalen und Doppelmoral führt. Zu diesen *moralischen Defiziten* kommen aber noch Leistungsdefizite hinzu, nämlich die Erfolglosigkeit seitens der Politik, tagespolitische Problematiken (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Staatsverschulden) sinnvoll und langfristig zu lösen. Ein weiterer Punkt bezieht sich auf das Gefühl der Bürger, dass es zwar politische Partizipationsmöglichkeiten gibt, diese allerdings ohne Folgen bleiben.<sup>149</sup>

Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass Politiker die Selektionskriterien der Journalisten kennen und ihr Verhalten darauf abstimmen. So ist es nicht Zufall, wenn Politiker sich gegenseitig mangelnder Leistungen beschuldigen, da dies einen hohen Nachrichtenwert garantiert. Die eigene Bekanntheit kann somit erhöht werden.<sup>150</sup>

<sup>149</sup> Vgl. Wolling (1999): S.39

<sup>150</sup> Vgl. Maurer (2003): S.89

### **- Ursache Werte und Einstellungen der Bürger**

Auf gesellschaftlicher Seite kann es durch einen Wertewandel zu Politikverdrossenheit kommen, ausgelöst durch „grenzenloses Anspruchsdenken der Bürger“.<sup>151</sup> An erster Stelle stehe das eigene Interesse, das von den Politikern nicht für jeden einzelnen bedient werden kann.

### **- Ursache gesellschaftliche Rahmenbedingungen**

Einige Autoren gehen davon aus, dass die Grundlage politischer Probleme in deren Komplexität liegt. Die Diskrepanz zwischen den Anforderungen, die an die Politik gestellt werden und deren Handlungs- bzw. Leistungsmöglichkeiten, verbirgt ein grundlegendes strukturelles Problem. Herzog sieht das Problem darin, dass der Staat zu viele Aufgaben übernommen hat und diese nicht alle zur Zufriedenheit der Bürger umsetzen kann. Somit fällt die Kritik nicht auf einen einzelnen Politiker, sondern auf die Politik im Allgemeinen. Grafe ist der Meinung, dass die eigentliche Schwierigkeit in der Verharmlosung von Problemen liegt und weniger in deren Komplexität.<sup>152</sup>

### **- Ursache MEDIEN**

Die gerade erwähnten Ursachen fließen in die Medienberichterstattung mit ein, denn Medien sind auch Ergebnisse der Gesellschaft und Journalisten sind Teil der Gesellschaft.

Aus unterschiedlichen empirischen Befunden können drei wesentliche Punkte angenommen werden, die die Annahme unterstützen, dass Medien einen nicht unwesentlichen Beitrag zu Politikverdrossenheit leisten.

Eine Erklärung beruht auf den Ergebnissen, dass die *Parteien und Politiker* von einem großen Teil der Bevölkerung *negativ bewertet* werden. Weiters zeigen *Inhaltsanalysen*, dass Politiker und die Parteien in den Berichten der Medien vorwiegend und stetig negativ dargestellt werden. Der dritte Punkt bezieht sich auf Befunde, die zeigen, dass sich die *Bevölkerung* in erster Linie *durch die Medien über politische Ereignisse informieren*. Die wenigsten holen sich Informationen aus erster Hand. Das Institut für Demoskopie Allensbach fragte 1984, wie die Bevölkerung Neuigkeiten aus der Welt erfährt. 97% nannten die Medien an erster Stelle.<sup>153</sup>

Westerstahl und Johansson sehen weiters den Nachrichtenfaktor Negativismus als einen, der stark an Bedeutung gewonnen hat. Einst bedeutete kritischer Journalismus, Informationen gründlich zu überprüfen, heute jedoch, so Westerstahl und Johansson, bedeute er Kritik an

---

<sup>151</sup> Wolling (1999): S.40

<sup>152</sup> Vgl. Wolling (1999): S.41f

<sup>153</sup> Vgl. Wolling (1999): S.42f

anderen zu üben.<sup>154</sup> Gründe für diese Veränderung werden in einem journalistischen Generationen- und somit Arbeitsstilwechsel gesehen. Das Kriterium des Berufsidealismus rückt in den Hintergrund, umstrittene Recherchemethoden werden eher angewendet und der Objektivitätsbegriff wird nicht als Perspektivenvielfalt gesehen, sondern bedeutet die Suche nach Fakten.

Aus diesen Befunden lässt sich die politische Berichterstattung der Medien als Mitursache für Politikverdrossenheit erkennen.

Wolfgang Donsbach stellt acht Punkte auf, die er an der Politikberichterstattung der Medien kritisiert:<sup>155</sup>

- Negativismus
- Personalisierung
- Betonung von Affären
- Vernachlässigung von wichtigen Sachthemen
- narrative anstatt problemorientierte Darstellung
- sound-bite-Berichterstattung
- horse-race-Journalismus
- Missbrauch von Meinungsumfragen

Die meisten Autoren sehen im Negativismus die Hauptursache von Politikverdrossenheit, doch Weischenberg sieht das Problem nicht so sehr in diesem Punkt, als vielmehr in der fehlenden Auseinandersetzung des Journalismus mit politischen Hintergründen.<sup>156</sup>

„Nicht die Fakten sind interessant, sondern die Standpunkte, Interpretationen und Deutungen.“<sup>157</sup>

Medien können in Krisen, Konflikten und Kriegen verschiedene Rollen einnehmen.<sup>158</sup>

- *Co-Konfliktpartei*: In dieser Rolle übernehmen Medien die Struktur der eigenen Regierung bzw. des jeweiligen gesellschaftlichen Systems. Die dahinter stehende Annahme beläuft sich darauf, dass Medien weniger eigenständige Akteure sind, sondern eher Apparat des politischen Systems.
- *Konfliktvermittler*: Umfassende Konfliktanalyse, Förderung von Verhandlungslösungen und gegenseitiger Akzeptanz stehen hier im Mittelpunkt. In diesem Rollenbild werden Medien zu eigenständigen Akteuren.

---

<sup>154</sup> Vgl. Maurer (2003):88f

<sup>155</sup> Vgl. Donsbach (1993) S.253; zit. nach Wolling, Jens (1999) S.44

<sup>156</sup> Vgl. Wolling (1999): S.51

<sup>157</sup> Busek (1998): S.11

<sup>158</sup> Vgl. Bilke (2008): S.180

- *Medien als dritte Konfliktpartei*: Im Zentrum der Berichte steht der Konflikt und die Eskalation, indem sie wird hervorgehoben und verstärkt werden. Medien handeln hier ebenfalls im Sinne der Eigenständigkeit, allerdings nicht ohne Hintergedanken.

Hat ein Medium eine Rolle eingenommen, bedeutet dies nicht, dass es nicht zu Mischformen kommen kann.

Die Frage wer, wen, in welchem Maße beeinflusst, ist nicht ganz einfach zu beantworten. Verschieden Möglichkeiten existieren:

Die einseitigste ist, dass die Politiker die Medien beeinflussen und diese wiederum die Öffentlichkeit. Doch es kann auch zu Wechselwirkungen kommen. So kann die Regierung in einer bestimmten Argumentation durch die öffentliche Meinung beeinflusst werden und Medien geben dies dann als Politikermeinung wieder. Somit können Medien sowohl direkt als auch indirekt Einfluss auf Strategien politischer Entscheidungsträger nehmen.<sup>159</sup>

Herrscht bei einer politischen Entscheidung Einstimmigkeit unter den bedeutenden Akteuren (auch Legislative und Exekutive) und der Öffentlichkeit, so gelingt es der Medienberichterstattung kaum Einfluss zu nehmen. Gibt es einen klaren Konsens innerhalb der Politik, bleibt eine konträre Berichterstattung relativ wirkungslos.

Die Annahmen eines direkten Ursachen-Wirkungszusammenhanges ist allerdings etwas komplexitätsreduzierend, da die Wirkung der Presse auf außenpolitische Entscheidungen in ein vielschichtiges und vielseitiges System eingebettet ist.<sup>160</sup> Im Grunde müsste man die Instanzen Politik, Medien und Öffentlichkeit erweitern, denn andere Gruppen wie etwa Nichtregierungsorganisationen oder z.B. NGOs nehmen ebenfalls Einfluss.

### **5.3 Ein Forschungsüberblick**

#### **Die Videomalaise Hypothese (Mediengattungshypothese)**

Auch wenn diese Arbeit auf die Analyse von Zeitungsberichten hinausläuft, ist die Videomalaise Hypothese betrachtenswert, um die Basis für den weiteren Schritt, nämlich die Wirkung der Zeitung auf die politische Meinung, zu finden.

Schon früh begann die Diskussion über Medien und deren Auswirkung auf die Demokratie. Im Jahre 1976 formulierte Michael J. Robinson die sog. „Videomalaise“ Hypothese, die

---

<sup>159</sup> Vgl. Bilke (2008): S.184

<sup>160</sup> Vgl. Bilke (2008): S.186

besagt, dass die Ursache der amerikanischen Politikverdrossenheit bzw. Entfremdung nicht so sehr auf die Printmedien zurückzuführen ist, sondern auf das politische Informationsangebot des Fernsehens.<sup>161</sup>

Seine Argumente beziehen sich auf:<sup>162</sup>

- die vermehrte Darstellung negativer Ereignisse (ohne Hintergrundinformation)
- die Konzentration der Berichterstattung auf politische Konflikte und Gewalt, Korruption, Verlust der Bürgernähe.

Politische Verdrossenheit der Bürger ist gekennzeichnet durch sinkendes Vertrauen in die Politik, das Gefühl immer weniger beeinflussen zu können, wachsender Komplexität und fehlender Transparenz. Diese Faktoren bringt Robinson mit der Häufigkeit der Fernsehnutzung in Verbindung und stellt einen Zusammenhang zwischen Vielsehern und politischer Frustration auf. Personen, die ihre Information aus Printmedien bekommen, seien demnach politisch nicht so entfremdet, wie Fernsehnutzer.

Nach mehrfacher Prüfung dieser These im deutschsprachigen Raum, wurde sie verworfen, da die Belege als nicht ausreichend anerkannt werden mussten und Drittvariablen zu wenig berücksichtigt wurden. „Immer wieder wurde nicht nur der umgekehrte Zusammenhang erkennbar: (nämlich eine positive Beziehung zwischen medialem Konsum politischer Informationen und niedriger Entfremdung), sondern auch die Relevanz weitere Faktoren (wie Bildung und politisches Interesse).“<sup>163</sup>

### **Weiterentwickelte Untersuchungen basierend auf dem Ansatz der Videomalaise**

1979 führten Miller, Goldenberg und Erbring eine Untersuchung durch, bei der sie 94 US-Tageszeitungen in einer Zeitspanne von drei Wochen auf ihren Anteil an negativen Bewertungen und Kritik analysierten. Diese Ergebnisse wurden mit einer repräsentativen Wahlumfrage aus dem Jahr 1974 in Verbindung gesetzt. Die Umfrage ergab, dass je kritischer Tageszeitungen ihre Berichte verfassten, desto geringer war die Responsivitätseinschätzung, vor allem aber das Vertrauen in die Regierung.

In Deutschland wurden Aspekte wie politische Kompetenz und Einflussüberzeugung stärker in Zusammenhang mit der Mediennutzung gesetzt, als mit den Variablen Responsivität,

---

<sup>161</sup> Vgl. Maurer (2003): S.66

<sup>162</sup> Vgl. Wolling (oJ): S.2

<sup>163</sup> Burkart (2004): S.361



Legitimität und Effektivität. Während in der Untersuchung das Politikbild in den Tageszeitungen vorwiegend positiv ist, so ergibt sich bei Unterhaltungsmedien ein eher negatives Bild, das sich auf die Einstellung zur Politik auswirkt. Doch auch hier kam man zu dem Schluss, keinen eindeutigen Befund für den Ansatz der Video- bzw. Mediamalaise erkennen zu können.<sup>164</sup>

Mit der in den 80er Jahren vermehrt eingesetzten Satelliten- und Kabeltechnik im Bereich des Fernsehens, wurde die Anzahl der zu wählenden Programme immer größer. Der Aspekt des Nutzungsverhaltens wurde auch in diesem Zusammenhang demokratiepolitisch wieder hoch interessant.

Im Zeitraum von März bis Juni 1996 wurde in Dresden eine (für die wahlberechtigte Bevölkerung) repräsentative Umfrage durchgeführt. Mittels Befragung und einer Inhaltsanalyse von den sieben Nachrichtensendungen mit der größten Reichweite sowie der vier in Dresden erscheinenden Tageszeitungen wurde diese Untersuchung durchgeführt.

Folgendes wurde erhoben:

Bei den Boulevardblättern sowie den Privatsendern RTL und SAT.1 waren unpolitische Beiträge weit öfter zu finden, negative Berichte über die Wirtschaftslage hingegen vermehrt in den öffentlich-rechtlichen Programmen sowie Abonnementzeitungen. Bei der Befragung konnte festgestellt werden, dass generell die Möglichkeit der Einflussnahme auf die politische Willensbildung nicht sehr hoch eingeschätzt wird, wobei hier jüngere und politisch aktivere ihre Chancen zur Mitbestimmung deutlich höher einschätzen. Befragte, die vorwiegend unterhaltende Inhalte rezipieren, stehen dieser Einflussnahme eher misstrauisch gegenüber.<sup>165</sup> Auch in dieser Untersuchung konnte keine Videomalaise nachgewiesen werden, im Gegenteil, die Befunde sprechen gegen diese Hypothese. Dies soll aber nicht bedeuten, dass es zu gar keiner Wirkung kommt.

Zusammenfassend kommt die Untersuchung zu folgenden Ergebnissen:<sup>166</sup>

- Speziell die *Printmedien* können Einfluss auf das politische Bild in der Bevölkerung nehmen, wobei es weniger auf die Nutzungsdauer, als vielmehr darauf ankommt *welche* Zeitung gelesen wird.

---

<sup>164</sup> Vgl. Wolling (oJ): S.5f

<sup>165</sup> Vgl. Wolling (oJ): S.11ff

<sup>166</sup> Vgl. Wolling (oJ): S.18ff

- *Unterhaltende Medieninhalte* verringern den Glauben an Einflussnahme, gleichzeitig lassen sie in den Augen der Rezipienten die Effektivität des Regierungssystems positiver erscheinen.
- Soziodemographisch haben *Bildung, Geschlecht und die Einschätzung der persönlichen politischen Kompetenz* in diesem Zusammenhang großteils keinen Einfluss.
- Das *Alter* hingegen schon. Denn je älter die Befragten, desto positiver wird die Effektivität der Politik eingeschätzt, gleichzeitig aber sinkt die Überzeugung Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können.
- Die Variable der *Parteiidentifikation* erweist sich ebenfalls als wichtig. Besteht ein hohes Maß an Parteiverbundenheit, so wird sowohl die Einflussüberzeugung als auch die Effektivität der Regierung positiver bewertet.
- Auch die *interpersonelle Kommunikation* nimmt Einfluss auf die politische Sichtweise. Je häufiger sich jemand mit einer Person unterhält, die politisch gesehen eine andere Meinung vertritt, desto positiver sieht sie ihre Einflussmöglichkeit und die Regierungseffektivität.
- Ebenso spielen *ökonomische Indikatoren* und *persönliche Erfahrungen* eine Rolle. Menschen, die durch politische Entscheidungen persönliche Nachteile erleiden mussten, besitzen eine negativere Einschätzung der Politik, als solche die Vorteile genießen konnten. Dies gilt auch für diejenigen, die die Wirtschaftslage negativer beurteilen.

Diese Ergebnisse lassen erkennen, dass Journalismus in Bezug auf die Einstellung zu Politik, politischen Institutionen und demokratischen Grundlagen nicht ganz wirkungslos ist. Auch wenn es falsch wäre zu behaupten, Medien seien die einzige Ursache, da Drittvariablen, wie etwa soziodemographische Bedingungen oder persönliche Erfahrungen zu berücksichtigen sind, so spielt die Politikdarstellung der Massenmedien (**Politikdarstellungshypothese**) und der jeweilige Inhalt der Berichte (**Medieninhaltsanalyse**) eine nicht unbedeutende Rolle.<sup>167</sup> Es ist wichtig, dass Journalisten eine adäquate und qualitativ hochwertige Berichterstattung produzieren. Das Ziel soll nicht eine unkritische Presse sein, doch wird den Bürgern tagtäglich ein ausgeprägter Negativismus vorgesetzt, so darf man die daraus entstehenden Folgen nicht vergessen und unterschätzen.

---

<sup>167</sup> Vgl. Maurer (2003): S. 63

„Wenn die Demokratie ihre Akzeptanz verliert, wird der Ruf nach autoritären Lösungen wahrscheinlicher, und solche Entwicklungen bedrohen letztendlich auch die Freiheit der Presse.“<sup>168</sup>

---

<sup>168</sup> Wolling (oJ): S.20

## II Themenbezogene Hintergrundinformationen

### 1. Österreichs Neutralität und Sicherheitspolitik

#### 1.1 Grundlagen zu Struktur und Leitbilder österreichischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik

##### Neutralität Österreichs

Ursprünglich kommt der Begriff Neutralität aus dem Kriegsrecht und bedeutet, Neutralität tritt erst in Kraft, wenn es zu einem Krieg kommt. Unterschieden wird hierbei zwischen einer „gewöhnlichen (temporären) und einer *dauernden* (immerwährenden) Neutralität.“<sup>169</sup>

Völkerrechtlich ergeben sich drei Pflichten, die auch in Zeiten des Friedens gelten:

- Der Staat ist verpflichtet, Angriffe zu verteidigen und muss dafür schon in Friedenszeiten Vorkehrungen treffen.
- Der Staat ist verpflichtet, Verbindungen, die zur Teilnahme an einem Krieg führen können, zu unterlassen. Die beinhaltet, dass keine militärischen Stützpunkte auf eigenem Gebiet gebilligt werden und kein militärisches Bündnis eingegangen werden darf.
- Finden Kriege zwischen anderen Staaten statt, so muss „der dauernd neutrale Staat die Normen des völkerrechtlichen Neutralitätsrechtes“ beobachten.<sup>170</sup>

Diese Punkte bilden die Basis für die am 26. Oktober 1955 erklärte immerwährende Neutralität Österreichs. Genau genommen sprach der damalige Bundeskanzler, Julius Raab, von einer „militärischen Neutralität, die keinerlei Verpflichtungen auf anderen Gebieten mit sich bringe.“<sup>171</sup> Gleichzeitig wurde damit aber eine Teilnahme von nicht-militärischen Bündnissen nicht automatisch ausgeschlossen.

Im Laufe der Jahre wurde die genaue Definition der österreichischen Neutralität immer wieder erweitert (bezogen auf diverse gesellschaftliche und politische Dimensionen) und abgeändert. Auch wenn die Neutralität Österreich zu seiner neuen Identität verhalf, so wurde sie fast zu einem Mythos, der einen höheren Stellenwert zu erlangen schien als die Idee der

---

<sup>169</sup> Kernic (2002): S.28

<sup>170</sup> Vgl. Kernic (2002): S.28

<sup>171</sup> Kernic (2002): S.29

Demokratie.<sup>172</sup> Kernic sieht hier die Ursache für die Schwierigkeit Österreichs die Neutralität zukunftsorientiert zu hinterfragen, denn immerwährend meint nicht unabänderlich.

### **Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin**

Im Jahre 2001 wurde in Österreich vom Nationalrat eine neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin beschlossen, die folgende Grundprinzipien beinhaltet:

- *das Prinzip der umfassenden Sicherheit, die sowohl den militärischen als auch den nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit entsprechende Bedeutung beimisst,*
- *das Prinzip der präventiven Sicherheit, wodurch das Bedrohungsreaktionskonzept abgelöst wird und*
- *das Prinzip der europäischen Solidarität, die das Konzept einer autonomen Sicherheitspolitik ersetzt.*<sup>173</sup>

Weiters wurde die Bundesregierung ersucht die Sicherheitspolitik nach gewissen Grundsätzen zu gestalten. In diesem Zusammenhang soll nicht auf alle eingegangen werden, sondern nur die für den Zusammenhang dieser Arbeit interessanten Aspekte erläutert werden.<sup>174</sup>

Ø Allgemeine Empfehlungen: z.B.:

- *Die österreichische Bevölkerung soll über die Sicherheitslage im In- und Ausland umfassend und laufend informiert werden.*
- *Die bereits eingeleitete europäische Kooperation beim nachrichtendienstlichen Informationsaustausch soll intensiviert werden.*
- *Die Katastrophenhilfe im internationalen Rahmen hat für Österreich eine historisch gewachsene Bedeutung. Österreich hat dabei eine international respektierte Vorreiterrolle eingenommen und sollte diese weiter ausbauen.*

---

<sup>172</sup>Vgl. Kernic (2002): S. 29

<sup>173</sup> <http://www.bmi.gv.at/zivilschutz/sicherheitsdoktrin.asp>

<sup>174</sup> [http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR\\_2001/PK0871/PK0871.shtml](http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2001/PK0871/PK0871.shtml)

Ø Außenpolitische Aspekte: z.B.:

- *Konsequentes Eintreten für die weltweite Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechtes.*
- *Leistungen eines angemessenen Beitrags zu internationalen Bemühungen um Friedenssicherung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge.*
- *Fortsetzung des traditionellen österreichischen Engagements in multilateralen Institutionen, wie UNO, UN-Spezialorganisationen, OSZE, NATO-PfP/EAPC und Europarat.*
- *Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei ihren Bemühungen um wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung.*
- *Aktive und solidarische Mitwirkung an der ESVP, die zur Zeit das Ziel verfolgt, die EU mit den nötigen Mitteln und Fähigkeiten sowie mit wirksamen Entscheidungsstrukturen für ziviles und militärisches Krisenmanagement auszustatten. Österreich wird einen angemessenen Beitrag zu den militärischen Planungs- und Fähigkeitszielen der ESVP in entsprechender Quantität und Qualität leisten.*

Ø Innere Sicherheit: z.B.:

- *Aktiver Beitrag zur Stärkung der nicht-militärischen Fähigkeiten der EU zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigungen sowie Teilnahme an internationalen Maßnahmen, die diesem Ziel dienen.*
- *Bereitstellung der für das internationale zivile Krisenmanagement notwendigen Kräfte der Exekutive (...) nach Maßgabe der Möglichkeiten, insbesondere der budgetmäßigen Bedeckung, inklusive der erforderlichen Ausbildung und Rahmenbedingungen für deren Einsatz sowie Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für lokale Polizeikräfte in Krisenregionen.*
- *Vorbereitung, Schulung und gegebenenfalls Entsendung von zivilen Spezialisten (Verwaltungsbeamte, Richter, Staatsanwälte usw.) im Rahmen des internationalen zivilen Krisenmanagements zur Unterstützung und Herstellung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse.*

## **Sicherheitspolitische Beteiligung Österreichs in Europa**

Die EU ist gekennzeichnet durch „drei Säulen“, bestehend aus der supranationalen Europäischen Gemeinschaft (EG), der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit und der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP).

Die WEU Staaten beschlossen 1992 auf dem Bonner Petersberg die zukünftigen gemeinsamen Krisenmanagementaufgaben, die Folgendes beinhalteten: Rettungseinsätze, friedenserhaltende Einsätze, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen und humanitärer Aufgaben. Im Zuge des Vertrages von Amsterdam 1997 wurden die sog. „Petersberg Aufgaben“ in die Liste der Aufgaben der EU eingegliedert.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, beschloss die EU 1999 den Aufbau eigener militärischer Kapazitäten, das sog. *Headline Goal* (diese Einheit, bestehend aus 50.000 bis 60.000 Mann, soll innerhalb von 60 Tagen bereit sein, einen bis zu einem Jahr langen Einsatz bestreiten zu können).<sup>175</sup>

Österreich wurde 1995 Mitglied der EU und auch Teil der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“. Der Gedanke dahinter war dadurch Stabilität durch die Intensivierung sowohl der politischen als auch der militärischen Zusammenarbeit in Europa und eine erfolgreiche Kooperation zur Friedenswahrung.<sup>176</sup>

### **1.2 Öffentliche Meinung zur österreichischen bzw. europäischen Sicherheitspolitik**

Anfang 1996 kam es in Österreich zu einer intensiven öffentlichen und politischen Diskussion über die zukünftige Sicherheitspolitik, genauer gesagt ging es um einen möglichen NATO Beitritt Österreichs. Es wurden Konsequenzen von Schritten erläutert, noch bevor die eigentliche Diskussion darüber geführt wurde. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Vereinbarkeit eines Beitritts mit der österreichischen Neutralität.

Während Veröffentlichungen zu diesem Thema einem NATO-Beitritt vorwiegend positiv gestimmt waren, sah die Meinung in der Bevölkerung deutlich negativer aus. Es wurden sowohl die Ablehnung einer Mitgliedschaft in einem Militärbündnis als auch die Bekennung zur Neutralität als Hauptargumente gegen einen Beitritt angeführt.<sup>177</sup>

---

<sup>175</sup> Vgl. Hazdra (2003): S. 9

<sup>176</sup> Vgl. Hazdra (2003): S. 12

<sup>177</sup> Vgl. Giller (1999): S.8

Umfrageergebnisse aus den Jahren 1995 bis 1998 bezogen auf die Einstellung der Österreicher zu Neutralität, EU und NATO ergaben:

In einer vom Institut *Market* durchgeführten Umfrage Ende 1997 waren 54 Prozent der Befragten der Meinung, dass Österreich der NATO beitreten werde, ein Jahr später waren es 58 Prozent. Gleichzeitig gab es in dieser Zeit aber keine Umfrage, in der eine NATO Mitgliedschaft der Beibehaltung der Neutralität vorgezogen wurde. Soziodemographische Daten zeigen, dass Männer und Menschen der oberen Bildungsschicht den Beitritt eher befürworten.<sup>178</sup>

In einer ebenfalls vom Institut *Market* durchgeführten Befragung im Jahr 1997 gaben zwar 56 Prozent an, die Neutralität sei zeitgemäß doch ist dies, verglichen zu früheren Daten, eine sinkende Tendenz. Und obwohl zu dieser Zeit „nur“ 46 Prozent der Meinung sind, die Neutralität könne ihren Auftrag gut erfüllen, so halten doch zwei Drittel an ihr fest. Interessant ist auch zu sehen, dass in einer SWS (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft) Umfrage 1998 ca. 50 Prozent der Befragten sagen, im Falle einer militärischen Bedrohung könne die Neutralität Österreich keine Sicherheit geben.

Das Institut Gallup erhob 1996, dass sich 76 Prozent der Befragten einen NATO Beitritt theoretisch vorstellen können. Wird der Beitritt aber mit der Abschaffung der Neutralität in Verbindung gebracht, so sinkt der Anteil der Befürworter auf 12 Prozent.

Das IMAS Institut erhob 1998 in einer repräsentativen Umfrage, was für eine gute Zukunft Österreichs geschehen muss. An erster und somit wichtigster Stelle trat die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit (77 Prozent), an letzter Stelle stand der NATO Beitritt (12 Prozent). Ein ähnliches Bild zeigt die Frage, welche Themen bei den Befragten in letzter Zeit für Diskussionen gesorgt haben. Auch hier bildete der Nato Beitritt das Schlusslicht (an erster Stelle stand der EURO, an zweiter das Arbeitsplatzproblem).

Das nächste Ergebnis ist sehr bezeichnend für das sicherheitspolitische Verständnis der ÖsterreicherInnen. Einige Monate nach dem Beitritt Österreichs zu EU wurde im Zuge einer Umfrage (Institut *Market*) erhoben, welche politischen Aufgaben in der EU nun besser bewältigt werden können. An erster Stelle stand die Sicherung des Friedens in Europa, an Stelle 20 (von 32) der Schutz der Bevölkerung vor militärischen Angriffen. Dies zeigt, dass Österreicher zwar einen ausgeprägten Sinn für die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik haben, doch wird diese nicht mit militärischen Aspekten verbunden.<sup>179</sup>

Schon gar nicht möchte man dafür die Neutralität aufgeben müssen. Diese Einstellung wird heute ebenso von Politikern selbst hervorgehoben:

---

<sup>178</sup> Vgl. Giller (1999): S.13

<sup>179</sup> Vgl. Giller (1999): S.15ff



Der österreichische Außenminister Michael Spindelegger „strich hervor, dass Österreich nicht mehr in dem Sinne neutral sei, wie im Staatsvertrag von 1955 festgelegt, sondern im Sinne einer Solidarität innerhalb der Europäischen Union, bei gleichzeitiger Neutralität nach außen.“ (Quelle: Die Presse, 4.12.2008)

Aus all diesen Erhebungen lässt sich ein Bild massiver Meinungsverschiebungen erkennen, das aber gleichzeitig ein stetiges Festhalten an traditionellen Sichtweisen aufzeigt.

Mit Sicherheit ist die öffentliche Meinung zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu politischen Veränderungen generell von zentraler Bedeutung, da nicht nur die Zustimmung von Experten und Politiker entscheidend ist, sondern in hohem Maße auch die der Bevölkerung.<sup>180</sup>

Die *Stiftungsprofessur für europäische Sicherheitspolitik* unternahm im Jahre 2006 eine Umfrage unter Studierenden mit dem Titel: „Die gesellschaftliche Tragfähigkeit Europäischer Sicherheitspolitik und internationalen Krisenmanagements unter Beteiligung von Streitkräften im Falle der Republik Österreich“. Ein paar ausgewählte Ergebnisse:<sup>181</sup>

Bei der Frage nach der am wahrscheinlichsten empfundenen Sicherheitsbedrohung für Österreich werden an erster Stelle spontane Naturkatastrophen, gefolgt von organisierter Kriminalität und Naturkatastrophen, die durch Menschen verursacht werden, genannt. 84 Prozent der Befragten fühlen sich „sehr sicher“ bzw. „sicher“. Als Gründe dafür werden die geringe Inlandskriminalität, kaum erwartete Terrorgefahr und gute Polizei genannt. Erst an sechster Stelle (von elf) wird die Neutralität genannt.

EU Kampfeinsätze werden von 42 Prozent abgelehnt, doch gäbe es ein UN-Mandat, so befürworten 46 Prozent einen Einsatz des Österreichischen Bundesheeres. Bei sog. „Peacekeeping“ Einsätzen des Bundesheeres erklären sich 49 Prozent dafür, 48 Prozent sind nur dafür, wenn wiederum ein UN-Mandat vorliegt. Eine große Mehrheit (72 Prozent) befürwortet internationale Einsätze des Bundesheeres im Zuge von humanitären Aktionen, 23 Prozent davon allerdings nur wenn z.B. ein UN-Mandat vorliegt.

Ein auffallendes Wissensdefizit zeigt sich bei der Frage nach dem Entwicklungsstand der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik), da knapp 30 Prozent der Befragten meinen, die ESVP wäre (2006) noch in der Planungsphase. Ähnlich verhält es sich bei der Frage, seit wann Österreich Mitglied des Programms Partnership for Peace der NATO ist. Nur 33 Prozent wussten, dass dies seit 11 Jahren der Fall ist, etwa genauso viele

---

<sup>180</sup> Vgl. Ernst/ Kernie (2002): S. 7ff

<sup>181</sup> Vgl. Siedschlag/Jindra (2006):S.3ff

kreuzten „gar nicht“ oder falsche Angaben an. Obwohl Medien als „die“ Informationsquelle angegeben wird (Nachrichten sehen/hören 82%, Zeitung lesen 73%), geben knapp 60 Prozent an, dass sie sich über die ESVP nicht gut informiert fühlen.

## 2. Österreich in internationalen Einsätzen

Im Jahre 1960 beteiligten sich österreichische Soldaten mit einem Feldspital erstmals an einer UNO-Friedensmission. Als politischer Hintergrund dafür galt die Absicht Österreichs, die Südtirolfrage zu internationalisieren, was in Form eines Resolutionsentwurfes bei der XV. Generalversammlung der UNO 1960 geschehen sollte. Der Kongo-Einsatz sollte hierfür eine gute Basis schaffen. 1961 wurde die Verlängerung des Einsatzes beschlossen, um langfristiges Bestreben versichern zu können. Österreich gelang es in den Jahren darauf sich internationales Ansehen durch die Beteiligung an Friedensmissionen zu verschaffen und die Teilnahme an solchen Einsätzen wurde ein essentieller Bestandteil der aktiven österreichischen Neutralitätspolitik.<sup>182</sup>

Es folgten eine Reihe an Einsätzen (vgl. Abb.4).

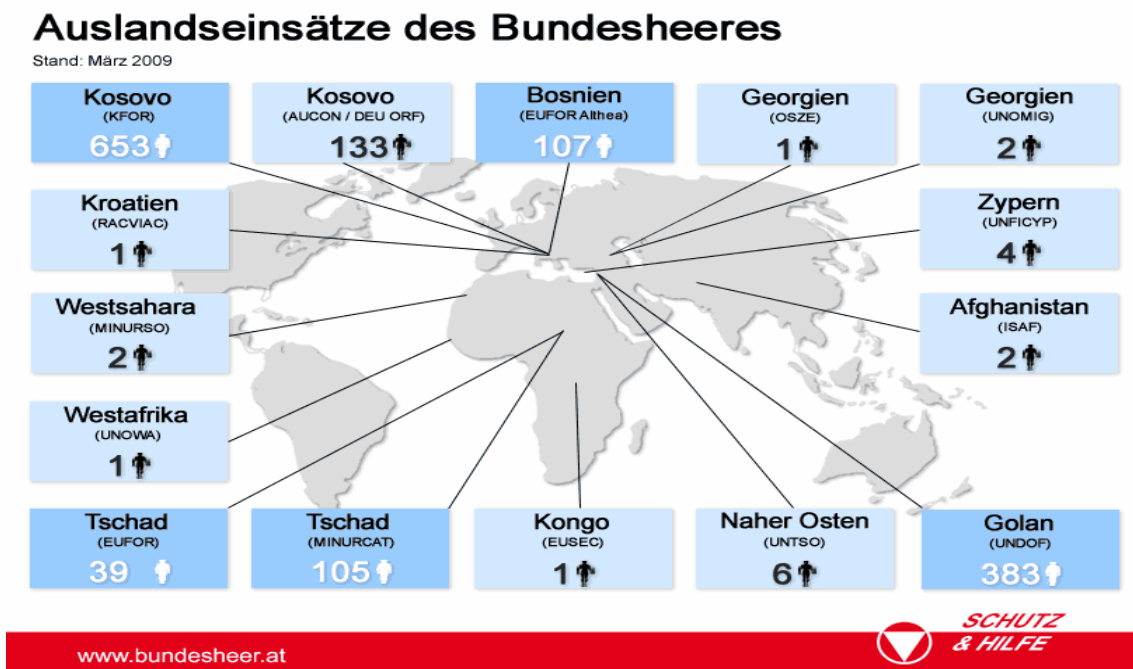


Abb.4: Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheers.

Quelle: <http://www.bmlv.gv.at/ausle/index.shtml>

<sup>182</sup> Vgl. Hazdra (2003): S.2

## 2.1 Sicherheitspolitisches Profil Österreichs

Die folgende Ausführung zu dieser Thematik soll in kleinem Rahmen bleiben und nur einen kurzen Überblick verschaffen.

Heiko Borchert sieht in seiner Publikation über das sicherheitspolitische Profil Österreichs einen dringenden Paradigmenwechsel in Bezug auf das Bild von Auslandseinsätzen. Der militärische Aspekt bleibt erhalten doch werden neue Interpretationen notwendig. Einerseits geht es „von militärischen Einsätzen zum Einsatz der sicherheitspolitischen Fähigkeiten“<sup>183</sup>, andererseits müssen die „Fähigkeiten in Abhängigkeit von den zu erreichende Zielen und Wirkungen deutlich stärker und besser aufeinander abgestimmt werden...“<sup>184</sup>

Erwartungen und Ambitionen in Bezug auf internationale Einsätze sind von vielen Faktoren, die sich auch gegenseitig beeinflussen, abhängig:

Einflüsse im Bereich **Ambitionen**:<sup>185</sup>

- Ø *Politische Kultur*: hier fließen Weltbilder, nationale Identität, historische Erfahrungen und die öffentliche Meinung ein.
- Ø *Internationale Stellung*: Mitgliedschaften, Geographische Lage, Wirtschaftliche Verflechtungen und Systemmerkmale.
- Ø *Fähigkeiten und Mittel*: Militärisch bzw. Nicht-militärisch (z.B. Doktrin, Wehrsystem).
- Ø *Handlungsfähigkeit*: Entscheidungsprozesse, Interessensgruppen, Kompetenzverteilungen.

Einflüsse im Bereich **Erwartungen**:<sup>186</sup>

- Ø *Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft*: Ressourcen, Reichweite des Einflusses, Merkmale des Staatensystems, Leitwerte und Handlungsgrundlage.
- Ø *Problem*: Faktor Zeit (z.B. langfristige Herausforderung), Ursache (Krieg, Wirtschaft, Missachtung zentraler Werte usw.) Betroffenheit (mehrere Länder, Randregionen, führende Länder).
- Ø *Rolle nicht-staatlicher Akteure*: Form des Engagements (Druck, Unterstützung, Überwachung), Wirkungsdeterminanten.
- Ø *Rolle der Medien*: Agenda Setting, Katalysator, politischer Kontrollverlust.

---

<sup>183</sup> Borchert (2007): S. 33

<sup>184</sup> Borchert (2007): S.34

<sup>185</sup> Vgl. Borchert (2007): S.22

<sup>186</sup> Vgl. Borchert (2007): S. 14

### 2.1.1 Einsatz-Beurteilungskriterien

Zunächst muss geklärt werden, durch welche Ereignisse internationale Aktionen verursacht werden, wobei politische und gesellschaftliche Bereiche gemeinsam betrachtet werden müssen. Hierzu zählen vor allem „Missachtungen des demokratisch-rechtsstaatlichen Staats- und Gesellschaftsmodells“ und „Verstöße gegen die Menschen- und Minderheitenrechte.“<sup>187</sup> Im weiteren Schritt wird mittels internationalen Beteiligungskriterien untersucht, ob eine österreichische Beteiligung möglich bzw. notwendig ist (bei nationalen Beteiligungen werden nationale Beteiligungskriterien analysiert).

#### **Internationale Beteiligungskriterien:**

An oberster Stelle stehen Ziel und Aufgabe des Einsatzes. Handelt es sich z.B. um einen Einsatz zur Sicherung eines Regimewechsels mit Waffeneinsatz dürfte sich Österreich nicht daran beteiligen.<sup>188</sup> Borchert bemerkt hier: „Die Beurteilung ist jedoch (...) in höchstem Maße subjektiv. Hinsichtlich der Beurteilungsergebnisse sind daher keine Standardaussagen möglich.“<sup>189</sup> Bezogen auf die Akzeptanz, werden multilaterale Aktionen eher angenommen als die Zusage zu „ad-hoc Koalitionen“.

Eine Grundvoraussetzung für die Beteiligung an internationalen Aktionen ist die Finanzierung, wobei Borchert darlegt, dass dieser Punkt (im Verhältnis zu allen andern sicherheitspolitischen Fähigkeiten) einen weit weniger hohen Stellenwert einnimmt, als in den Diskussionen um derartige Einsätze.

Auch der Einsatzort spielt eine Rolle, da nicht jedes Land die Möglichkeit hat, seine sicherheitspolitischen Instrumente an jedem Ort einzusetzen.

Gärtner und Pucher geben verschiedene Arten von „Intervention“ an, die eine klare Unterscheidung zwischen Peacebuilding und Krieg aufweisen. Ein paar Auszüge:<sup>190</sup>

- *Peacebuilding*: mit dieser Form soll der Einsatz von Gewalt verhindert werden und kann entweder präventiv oder nach Beendigung eines Konfliktes eingesetzt werden.

- *Klassisches Peacebuilding*: soll mit Hilfe von leichtbewaffneten Einheiten bzw. unabhängigen Beobachtern helfen, Spannungen zu verringern.

---

<sup>187</sup> Vgl. Borchert (2007): S.37

<sup>188</sup> Vgl. Borchert (2007): S.39

<sup>189</sup> Borchert (2007): S.39

<sup>190</sup> Vgl. Gärtner/Pucher (2000): S.9

- *Extended Peacekeeping*: beinhaltet Waffeneinsammlung, Flüchtlingsrückführung, Wahlbeobachtung und Polizeiausbildung.

- *Krieg*: „beschreibt einen Zustand, bei dem der Einsatz von Waffengewalt zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien auf der Basis von Parteilichkeit erfolgt. Bei Krieg gibt es klar definierte Feinde.“<sup>191</sup>

### **3. Krisenmanagement in Afrika**

Bevor der Konflikt im Tschad näher erläutert wird, möchte soll zunächst kurz allgemein das politische Krisenmanagement in Afrika analysiert werden.

Erst im Jahre 2002 startete mit der Gründung der *Afrikanischen Union* (AU) eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Afrika und internationalen Organisationen. Das *Peace and Security Council* (PSC) sollte ab dem Zeitpunkt ein Krisenmanagement ermöglichen.

Gründe für viele Konflikte in Afrika sind zum einen Religionen, zum anderen Ethnizität bzw. ethnische Identität.<sup>192</sup>

#### ***Die Vereinten Nationen (UNO) in Afrika***

Der erste UNO Einsatz in Afrika fand von 1960 bis 1964 im Kongo statt (ONUC) und seitdem stieg die Zahl der UNO Missionen stetig.<sup>193</sup>

---

<sup>191</sup> Gärtner/Pucher (2000): S.9

<sup>192</sup> Vgl. Hainzl (oJ): S.147f

<sup>193</sup> Vgl. Hainzl (oJ): S.148

Aktuell ist die UNO in Afrika mit folgenden Missionen tätig:<sup>194</sup>

Zentral Afrika/Tschad à MINCURAT (seit 2007)

Darfur à UNAMID (seit 2007)

Sudan à UNMIS (seit 2005)

Côte d'Ivoire à UNOCI (seit 2004)

Liberia à UNMIL (seit 2003)

Demokratische Republik Kongo à MONUC (seit 1999)

Westsahara à MINURSO (seit 1991)

Auch die EU entwickelte eine gemeinsame Afrika-Strategie, die mit ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie und der Strategischen Partnerschaft mit Afrika umgesetzt werden soll. Die NATO ist ebenfalls (nicht unumstritten) seit 2005 im Sudan. Betont wird seitens der NATO die logistische Unterstützung der AU ohne Entsendung von Truppen.

Gerald Hainzl vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, sieht in der Konfliktregion Sudan, in der die AU, die EU, die UNO sowie die NATO ihre Konzepte in einer Kooperation umzusetzen, eine erfolgreiche Zusammenarbeit: „AU, EU, NATO und UNO zeigen im Sudan jedenfalls, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit dieser Organisationen im Krisenmanagement in Afrika möglich ist und jeder Partner einen wertvollen Beitrag leisten kann.“<sup>195</sup>

## **4. Der Tschad**

### **4.1 Die Präsidentialrepublik Tschad**

In der Geschichte des Tschads ist erkennbar hatten sehr viele verschiedene Kulturen Einfluss auf dieses Land, beginnend bei den Römern (100-105 n. Chr.), Arabern (7.Jhd.) bis hin zur Französischen Kolonialmacht im 19.Jhd.<sup>196</sup> Der muslimisch geprägte Norden leistete mehr Widerstand gegen die Franzosen, der Süden allerdings (auch „Tchad utile“ genannt) war ohnedies aufgrund des Baumwollvorkommens strategisch interessanter.<sup>197</sup>

---

<sup>194</sup> Vgl. <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/currentops.shtml#africa>

<sup>195</sup> Hainzl (oJ): S.156

<sup>196</sup> Vgl. Soulas de Russel (1981): S.6

<sup>197</sup> Vgl. Wirz (1982): S.306

Am 11. August 1960 wurde das Land schließlich unabhängig von Frankreich und der erste Präsident der neuen Republik, François Tombalbaye, entwickelte mit seinem Einparteiensystem eine radikale Machtpolitik. Der Widerstand lies nicht lange auf sich warten. Der Nachbarstaat Sudan beherbergte zu dieser Zeit schon Opponenten, die sich dort organisierten. Immer wieder entstanden verschiedene Rebellengruppen, die sich wenn notwendig auch verbündeten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen und immer wieder wurde Frankreich zu Hilfe gerufen. Im Juni 1960 schlossen einige äquatorialafrikanische Staaten, darunter auch der Tschad, ein multilaterales Verteidigungsabkommen mit Frankreich. Darin verpflichtet sich Frankreich u.a. Ausbildung und Ausrüstung für eine nationale Armee zu übernehmen und behielt sich gleichzeitig ein Interventionsrecht, falls es zu inneren bzw. äußeren Aggressionen kommt. Ebenso gibt es bilaterale Abkommen, die personelle und finanzielle Leistungen für den Tschad regeln, womit sich Frankreich auch nach seiner Kolonialherrschaft Kontrolle und Einfluss sichert.<sup>198</sup>

Nachdem Tombalbaye 1975 ermordet wurde, lebte die Hoffnung auf eine neue Regierung wieder auf, doch die Probleme bekam man nicht in den Griff. Im Jahr 1979 (12. Februar-5. März) brach in N'Djaména schließlich Bürgerkrieg aus. Nun siegten die Gruppierungen des Nordens und diese kamen an die Macht.<sup>199</sup>

Geprägt von gegenseitigem Misstrauen und unzähligen Konflikten, kam das Land nie zur Ruhe.

Soulas de Russel schreibt 1981: „Wirtschaftlich ruiniert, politisch zerrissen und instabil, hat der Tschad so viel an Hass und Groll angehäuft, dass selbst die größten Optimisten enttäuscht sind. Eine Lösung könnte nur durch einen Wechsel der mit einer zu großen Hypothek belasteten politischen Führung erzielt werden sowie durch die tatkräftige Unterstützung internationaler Organisationen, die eine Einmischung von Nachbarstaaten, die interventionistische oder imperialistische Ziele verfolgen, verhindert.“<sup>200</sup>

Heute hat der Tschad eine Gesamtfläche von 1.284.000 km<sup>2</sup> (mit 18 Regionen) und ist somit eines der größten Länder Afrikas. Die Bevölkerungszahl beläuft sich auf 10,11 Mio. Einwohner (Stand Juli 2008), die sich in ca. 200 verschiedene Völker aufteilen und größtenteils ihre eigene Sprache bzw. Dialekt besitzen. Während der Norden von arabisch-islamischen Menschen bewohnt ist, finden sich im Süden christliche und schwarzafrikanisch-animistische BürgerInnen. Mit 27,7 Prozent stellen die Sara das größte

---

<sup>198</sup> Vgl. Wirz (1982): S.330

<sup>199</sup> Vgl. Soulas de Russel (1981): S.7ff

<sup>200</sup> Soulas de Russel (1981): S.14

Volk, danach kommen Araber (12,3%), Mayo-Kebbi (11,5%) und Kanem-Bornou mit 9 Prozent.<sup>201</sup>

Die Hauptstadt der Präsidentialrepublik ist N'Djaména, mit 753.000 Einwohnern (Stand 2006). Der heutige Präsident Idriss Dèby (er ist mit Hilfe des Sudans an die Macht gekommen) ist seit 1990 im Amt und der aktuelle Regierungschef Youssouf Saleh Abbas seit 2008.<sup>202</sup>

Das Land ist nicht nur geprägt durch etliche Sprachen, wobei Französisch und Arabisch die Amtssprachen sind, sondern auch durch viele unterschiedliche Religionen:<sup>203</sup>

- Moslems: 53%,
- Katholiken: 20%
- Protestanten: 14%
- Anhänger traditionell afrikanischer Religionen: 7%
- Andere: 0,5%
- Unbekannt: 1,7%
- Atheisten: 3,1%

Der Tschad grenzt an Libyen, den Sudan, die Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Nigeria und Niger (vgl. Abb.5).



Abb.5: Der Tschad

Quelle: [http://www.bmlv.gv.at/pool/img/ausle\\_tschad\\_new.jpg](http://www.bmlv.gv.at/pool/img/ausle_tschad_new.jpg)

<sup>201</sup> Vgl. o.V.: <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/tschad/eckdaten.php>

<sup>202</sup> Vgl. o.V.: <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/tschad/eckdaten.php>

<sup>203</sup> Vgl. o.V.: <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/tschad/eckdaten.php>



## 4.2 Hintergründe der Konflikte

Die Konflikte in dieser Region haben eine lange Geschichte und reichen viele Jahre zurück. Dementsprechend komplex sind die Faktoren, die hierbei eine Rolle spielen. Ich möchte versuchen einen Überblick zum Verständnis der heutigen Lage zu geben, bin mir in diesem Zusammenhang aber auch bewusst, dass diese Zusammenfassung nur eine Vereinfachte Darstellung ohne detaillierte Hintergründe sein kann.

Im Mittelpunkt der Konflikte stehen an sich drei Länder: der Tschad, der Sudan und die Zentralafrikanische Republik. Wobei Darfur, als Teil des Sudans, eine besondere Stellung einnimmt (vgl. Abb.6).

Die Verflechtungen dieser Konflikte sind nicht mehr an räumliche oder soziale Grenzen zu binden. Sowohl zwischen den Ländern, als auch innerhalb der Länder herrschen Auseinandersetzungen. Grob gesagt ist hier zum einen der sudanesische Nord-Süd-Konflikt, weiters stellen sowohl der Sudan als auch Libyen herrschaftliche Ansprüche an den Tschad, gleichzeitig unterstützt der Tschad die Zentralafrikanische Republik mit Soldaten. Darüber hinaus führte der im Jahre 2003 ausgebrochene Aufstand in Darfur dazu, dass bis Ende 2004 200.000 Menschen in den Tschad flüchteten. So wird der Tschad ebenso für Darfur-Rebellen als Basis und Rekrutierungsmöglichkeit genutzt.<sup>204</sup>



Abb.6 Region Darfur

Quelle: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/chad?page=maps>

<sup>204</sup> Vgl. Pabst (2009): S.101

Faktoren, die zu den Auseinandersetzungen beitragen sind u.a.: Land- und Wasserknappheit, Missachtung der Grenzen und Waffenzirkulation. Die Knappheit an Land und Wasser führt zu Bevölkerungsverschiebungen im Tschad Richtung Osten bzw. Darfur. Zusätzlich bestehen Unterschiede zwischen der Bevölkerung, da es einerseits die Vieh züchtenden Nomaden und Halbnomaden gibt, andererseits sesshafte Ackerbauern.<sup>205</sup>

Waffen machen vor den Grenzen wenig halt und wechseln je nach politischer Unterstützung den Besitzer. So ist es nichts Ungewöhnliches, dass tschadische Rebellen französische Waffen von tschadischen Streitkräften haben. Je nachdem in welcher Allianz (bzw. Rebellengruppe) sich jemand befindet, werden die Waffen unkontrolliert weitergegeben.<sup>206</sup>

Wie weiter oben schon erwähnt, nutzten Rebellen aus dem Tschad schon seit jeher den Sudan, um sich dort zu organisieren. Der Darfur Konflikt betrifft nicht nur den Sudan, sondern spielt auch bei den Konflikten im Tschad eine Rolle.

Von großer Bedeutung erweisen sich die vielen verschiedenen Allianzen bzw. Rebellengruppen. Je nach Bedarf herrscht ein Wechsel zwischen Gruppierungen, neue werden gegründet, andere werden wiederum aufgelöst. „Dabei steht weniger die Verfolgung gemeinsamer Interessen im Vordergrund. Es geht vielmehr darum durch die Auswahl starker Partner Schutz zu erhalten sowie eigene Wünsche und Vorstellungen besser umsetzen zu können.“<sup>207</sup> So war es nichts ungewöhnliches, eine Allianz mit der gegnerischen Gruppierung einzugehen, wenn der Unmut über die eigene Herrschaft wuchs. Nach erfolgreicher Arbeit, trennte man sich wieder oder wechselte.

Das ist heute nicht anders. Allianzen werden gebildet, gebrochen und neu zusammengefügt; Rebellenführer schließen sich den mächtigen Partnern an und wechseln die Seiten. Darüber hinaus versuchen afrikanische Regierungen oft, Nachbarländer zu destabilisieren (z.B. durch Unterstützung dortiger Rebellengruppierungen), um selbst Vorteile daraus ziehen zu können.<sup>208</sup>

„Staaten wie der Tschad und die Zentralafrikanische Republik können als „gescheiterte Staaten“ gelten, deren regierende Eliten sich schamlos bereichern, kaum Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und keine Legitimität genießen.“<sup>209</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. Pabst (2009): S.87

<sup>206</sup> Vgl. Hainzl/Walter (2008): S.8

<sup>207</sup> Hainzl/Walter (2008): S.10

<sup>208</sup> Vgl. Pabst (2009): S.86

<sup>209</sup> Pabst (2009): S.87

Geprägt von Bürgerkriegen und Flucht werden die Interessen hinter den Konflikten dieser Regionen immer weit reichender.

#### 4.3 Die humanitäre EU-Mission

Die Friedensmissionen UNAMID (United Nations-African Union Mission in Darfur), MINCURAT (Mission des Nations Unies en République centrafricaine et au Tchad) und EUFOR Tchad/RCA (European Union Force Tchad/République centrafricaine) wurden 2007/08 erstmals entsandt.

UNAMID ist eine Kooperationsmission zwischen UNO und der Afrikanischen Union (AU), wobei die Kampftruppen von afrikanischen Staaten gestellt werden, Führungs- und Kampfunterstützungstruppen überwiegend aus Asien stammen.

EUFOR Tchad/RCA ist die militärische Mission der EU; MINCURAT eine zivile und gemeinsam besitzen sie (erstmalig in der Geschichte des UN-Peacekeeping) *ein* Mandat, nämlich die Sicherheitsresolution SR-Res 1778 vom 27. September 2007.<sup>210</sup>

Ein paar Details der **Resolution 1778**:

Betont wird die Sorge, „über die Aktivitäten bewaffneter Gruppen und die anderen Angriffe im Osten Tschads, im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik und im Westen Sudans, die die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Durchführung der humanitären Einsätze in diesen Gebieten und die Stabilität dieser Länder gefährden und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu Folge haben.“<sup>211</sup>

Ziel soll sein, den Friedensprozess wiederzubeleben und die Waffenruhe zu festigen. Dazu gehört auch, den „zivilen Charakter der Flüchtlingslager“ zu schützen, jegliche Rekrutierung in den Lagern und deren Umgebung zu verhindern. Gemeinsam soll eine freiwillige, sichere und dauerhafte Rückkehr von Flüchtlingen erreicht werden, sowie eine Basis für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen.<sup>212</sup>

In Anbetracht dieser Sorgen und Ziele wird „die Errichtung einer multidimensionalen Präsenz in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (...) in Absprache mit den offiziellen Stellen Tschads und der Zentralafrikanischen Republik (...)“<sup>213</sup> genehmigt.

---

<sup>210</sup> Vgl. Pabst (2009): S.85

<sup>211</sup> Vereinte Nationen, Sicherheitsrat; Resolution 1778 (2007): S.1

<sup>212</sup> Vgl. Vereinte Nationen, Sicherheitsrat; Resolution 1778 (2007): S.2

<sup>213</sup> Vereinte Nationen, Sicherheitsrat; Resolution 1778 (2007): S.2

Der vorgesehen Einsatz-Zeitraum wurde mit 12 Monaten angelegt, danach soll die Mission der UNO übergeben werden.

UN-Angaben zufolge sind seit dem Jahr 2003 ca. 300.000 Menschen in Darfur ermordet worden, weitere 2,5 Mio. wurden vertrieben. Humanitäre Organisationen sind keineswegs ausgeschlossen von Raubüberfällen und Anschlägen, wodurch die Arbeit der Helfer schwer eingeschränkt wird.<sup>214</sup>

Zunächst mussten die Zuständigen mit Problemen der Rekrutierung von Truppen und Ausrüstung zurecht kommen, wodurch es zu einer monatelangen Verzögerung des Einsatzes kam. Am 28.Jänner 2008 bekam EUFOR Tchad/RCA durch den Beschluss des Europäischen Rates den Startschuss zu ihrem Einsatz.

Folgende Punkte umfasst das Mandat:<sup>215</sup>

Ø Für MINCURAT:

- Rekrutierung, Ausbildung, Beratung und Unterstützung der Schutzpolizei des Tschad
- Unterstützung der tschadischen Regierung und des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) bei der Verlagerung der Flüchtlingslager von den Grenzen ins Hinterland
- Verbindung zu den Sicherheitskräften des Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, der sudanesischen Regierung, zur AU, UNAMID
- Unterstützung bei der Überwachung und Verbreitung der Menschenrechte, sowie bei der Ausbildung von Beamten und Zivilisten in Menschenrechtsfragen
- Mitwirkung bei der Verbreitung rechtsstaatlicher Prinzipien und Beendigung der Rekrutierung von Kindersoldaten.

Ø Für EUFOR Tchad/RCA:<sup>216</sup>

- Beitrag, um bedrohte Zivilisten zu schützen, vor allem Flüchtlinge und Vertriebene
- Verbesserung der Sicherheitslage, um humanitäre Hilfsoperationen durchführen zu können
- Beitrag zum Schutz von UN-Mitarbeitern
- Unterstützung von MINCURAT
- Verbindung zu UNAMID, zur UN-Friedesmission BONUCA in der Zentralafrikanischen Republik.

---

<sup>214</sup> Vgl. Pabst (2009): S.99

<sup>215</sup> Vgl. Pabst (2009): S.104

<sup>216</sup> Vgl. Pabst (2009): S.105

EUFOR Tchad/RCA soll mit einer Truppenstärke von genehmigten 4300 Soldaten ein sicheres Umfeld für die Aufgabenerfüllung von MINCURAT schaffen. Im Juli 2008 waren 3322 Soldaten im Einsatz, gestellt von 14 EU-Mitgliedsstaaten. Haupttruppensteller sind: Frankreich mit 2500 Soldaten, Irland mit 450 und Polen mit 400.<sup>217</sup>

Der Rat der Europäischen Union legt am 22. Juli 2008 Schlussfolgerungen in Bezug auf die EUFOR TCHAD/RCA Mission dar. Enthalten sind u.a folgende Beratungsergebnisse:

- *Der Rat weist auf eine Schlussfolgerung vom 16.Juni 2008 hin und betont, welchen wesentlichen Beitrag die Operation EUFOR TCHAD/RCA, die MINCURAT und die UNAMID zur Verwirklichung der Sicherheit in der Region und damit zu den Bemühungen um Friedenskonsolidierung und Aussöhnung sowie zur Verbesserung der humanitären Lage leisten. Im Einklang mit der Resolution 1778 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen führt die Europäische Union die militärische Überbrückungsoperation EUFOR TCHAD/RCA ein Jahr lang ab dem Datum, an dem die vorläufige Einsatzfähigkeit erreicht wurde, d.h. ab dem 15. März 2008, durch.*
- *Seit der Erklärung ihrer vorläufigen Einsatzfähigkeit am 15.März 2008 hat die Operation EUFOR TCHAD/RCA eine bedeutende Rolle für die Sicherheit der Gebiete gespielt, in denen sie präsent ist, insbesondere bei den Angriffen von Rebellenbewegungen Mitte Juni in der Region von Goz Beida. Mit dem Schutz der Flüchtlinge, Vertriebenen und des humanitären Personals hat die Operation EUFOR TCHAD/RCA somit ihrem Mandat entsprochen. EUFOR TCHAD/RCA wird auch weiterhin in unparteiischer, neutraler und unabhängiger Weise tätig sein.<sup>218</sup>*

Am 24.September 2008 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1834, die eine UN-Blauhelmsuppe als Nachfolge der EUFOR ab 15.März 2009 vorsieht.<sup>219</sup> 6000 Blauhelme sollen hier im Einsatz sein, wobei in der Übergabephase die EUFOR noch vor Ort ist.

---

<sup>217</sup> Vgl. Pabst (2009): S.106

<sup>218</sup> Rat der Europäischen Union (2008): S.2

<sup>219</sup> Vgl. Vereinte Nationen, Sicherheitsrat; Resolution 1834 (2008), S.2

## **III Empirische Untersuchung**

Vorweg möchte ich festhalten, dass ich die „Sinnhaftigkeit“ des Einsatzes nicht zum Thema der Arbeit machen möchte und somit politische Entscheidungen hierzu nicht diskutiert werden. Ebenso liegt es mir fern Werbung oder Negativwerbung für das Österreichische Bundesheer zu machen.

Mittels Inhaltsanalyse möchte ich Auffälligkeiten und Tendenzen der Berichte analysieren, darlegen auf welche Aspekte sich die Medien konzentriert haben.

### **1. Forschungsfragen und Hypothesen**

Konkret werde ich folgende Forschungsfragen und Hypothesen bearbeiten:

F1: Welche OTS Meldungen seitens der österreichischen Parteien werden in Bezug auf den Tschad Einsatz bevorzugt?

H1: Wenn Meldungen der Opposition (BZÖ, FPÖ und Grüne) als Informationsquelle zu Verfügung stehen, dann werden diese Informationen eher in den Medien verarbeitet als Aussendungen der SPÖ, ÖVP, BMLVS und BMeiA.

F2: Inwieweit werden positive und negative Aspekte des Einsatzes thematisiert?

H2: Wenn Aspekte zu dem Einsatz in den Berichten vorkommen, dann sind diese vermehrt negativ und beziehen sich vor allem auf die Gefährdung der österreichischen Neutralität.

F3: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen negativen Szenarien und deren Herkunft?

H3: Wenn es zur Veröffentlichung negativer Szenarien kommt, dann stammen diese vorwiegend von österreichischen Politikern.

F4: Welche negativen Szenarien werden seitens der Medien vorwiegend benutzt?

H3: Wenn negative Szenarien in Bezug auf den Tschad-Einsatz thematisiert werden, dann beziehen sich diese vermehrt auf die Gefahr der Neutralität durch einen möglichen aktiven Kampfeinsatz im Tschad.

F5: Welche inhaltlichen Veränderungen gibt es über den Zeitverlauf?

H5: Je länger die Entscheidung zur Beteiligung des Einsatzes zurückliegt, desto sachlicher werden die Berichte.

F6: Welche Beziehung gibt es zwischen der von OGM durchgeführten Umfrageergebnissen und Inhalt der Berichte.

H6: Wenn Ergebnisse der Umfrage zur Verfügung standen, dann tendierten danach die in den Berichten vorkommenden Argumente vermehrt in Richtung dieser Ergebnisse.

FF7: Wie sieht das Verhältnis zwischen Themendichte (Häufigkeit von Themen) und Themenbreite (Vielfalt von Themen) aus?

H7: Es herrscht eher eine geringe Themenbreite bei gleichzeitig hoher Themendichte.

## 2. Methodisches Vorgehen

Bevor das Forschungsdesign im Detail vorgestellt wird, soll eine kurze Einführung in die Methode der Inhaltsanalyse gegeben werden.

„Gegenstand der Inhaltsanalyse sind alle Kommunikationsinhalte, sofern sie in irgendeiner Weise manifest, also als Text abgebildet werden können.“<sup>220</sup> Das Ziel ist, von Textmerkmalen auf Merkmale der sozialen Wirklichkeit zu schließen. Daraus ergeben sich drei Hauptziele: Schlüsse ziehen vom Text auf den *Sender*, den *Empfänger* oder die *Situation*.<sup>221</sup>

---

<sup>220</sup> Merten (1995): S.16

<sup>221</sup> Vgl. Merten (1995): S.16

Klassische Definitionen der Inhaltsanalyse:

Berelson und Lazarsfeld stellen 1948 eine Definition vor, die später als Grundlage dienen soll:

„*Content analysis is a research technique for the objective, systematic, and quantitative description of the manifest content of communication.*“<sup>222</sup>

Nach Früh und Merten wird die Inhaltsanalyse wiederum eigens interpretiert:

„*Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen; (häufig mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz)*“<sup>223</sup>

In Anlehnung an Krippendorff lautet eine weitere Definition von Merten:

„*Inhaltsanalyse ist eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nichtmanifesten Kontextes geschlossen wird.*“<sup>224</sup>

Die Inhaltsanalyse hat das Ziel:<sup>225</sup>

- § *Kommunikation analysieren*
- § *fixierte Kommunikation analysieren*
- § *dabei systematisch vorgehen*
- § *das heißt regelgeleitet vorgehen*
- § *das heißt auch theoriegeleitet vorgehen*
- § *mit dem Ziel, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen*

Zum Unterschied der Methode des Interviews oder der teilnehmenden Beobachtung gilt die Inhaltsanalyse als reaktivitätsfrei, da er sich im Moment der Rezeption nicht verändert.<sup>226</sup>

Dieser Umstand darf aber nicht zu der Annahme verleiten, dass somit eine objektive Analyse sichergestellt ist. Denn Wertfeststellungen können nie komplett frei von subjektiver Interpretation sein. Es gilt aber sich dessen bewusst zu sein und bestmöglich auszuschalten.

---

<sup>222</sup> Merten (1995): S.48

<sup>223</sup> Brosius/Koschel/Haas (2008): S.140

<sup>224</sup> Brosius/Koschel/Haas S.59

<sup>225</sup> Mayring (2008): S.12

<sup>226</sup> Vgl. Merten (1995): S.92



Merten betont in seiner Definition der Inhaltsanalyse den Rückschluss auf den Kontext. Das erst macht die Inhaltsanalyse verständlich und aussagekräftig. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Aspekte einer Gesellschaft berücksichtigt:<sup>227</sup>

- Historischer bzw. aktueller Kontext
- Kultureller Kontext
- Sozioökonomischer Kontext

### **Grundlagen des Messens**

Im weitesten Sinn kann *Messen* „als eine Methode des Vergleichs von Objekten (Fällen, Untersuchungseinheiten, Versuchspersonen) hinsichtlich einer bestimmten Eigenschaft (Variable, Merkmal)“<sup>228</sup> bezeichnet werden.

Im engeren Sinn gilt messen als „Zuordnung erhobener Merkmalsausprägungen zu bestimmten Symbolen und Codes (meist Ziffern oder Zahlenwerte).“<sup>229</sup>

Gilt als *Untersuchungseinheit* z.B. ein Zeitungsartikel können die verschiedenen *Merkmale* z.B. Thema, Umfang, Lesbarkeit sein. Die *Merkmalsausprägungen* der vorher definierten Merkmale können schließlich durch empirische oder numerische Relationen beschrieben werden. Dies passiert mittels *Codes*: im einfachsten Fall: 1-Politik, 2-Chronik usw.

Von einer *Skala* spricht man, wenn empirische Relationen in numerische transformiert werden. Stevens (1946) unterscheidet vier Skalentypen:<sup>230</sup>

- *Nominalskalen*
- *Ordinalskalen*
- *Intervallskalen*
- *Rationalskalen*

An ein inhaltsanalytisches Kategoriensystem, das als zentrales Instrument der Analyse gilt, werden sechs Anforderungen gestellt:<sup>231</sup>

- es soll theoretisch abgeleitet sein, also mit den Zielen der Untersuchung übereinstimmen
- es soll vollständig sein; alle möglichen Inhalte sollen erfasst werden können
- die Kategorien sollen wechselseitig exklusiv angelegt werden

---

<sup>227</sup> Vgl. Brosius/Koschel/Haas (2008): S.145

<sup>228</sup> Merten (1995) S.95

<sup>229</sup> Merten (1995) S.95

<sup>230</sup> Merten (1995): S.96

<sup>231</sup> Merten (1995): S.98

- die Kategorien sollen unabhängig voneinander sein
- die Kategorien sollen einem einheitlichen Klassifikationsprinzip genügen
- die Kategorien sollen eindeutig sein.

## 2.1 Das Methodendesign

**Grundgesamtheit:** alle Print-Ausgaben von folgenden Medien werden untersucht: Krone, Kurier, Der Standard, Die Presse im Zeitraum von Oktober 2007 bis Juni 2008, in denen Berichte über den Tschad-Einsatz zu finden sind (keine Kommentare, keine Leserbriefe). Als optische Erkennungsmöglichkeit dienen Titel und Subtitel.

Begründung der Medienauswahl: Diese Blätter haben die größte Reichweite, weiters ist die Bandbreite von Boulevard, Midrange und Qualitätspresse vertreten.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen bezogen auf OTS Meldungen werden weiters die OTS Aussendungen des BM für Landesverteidigung und Sport, des BM für europäische und internationale Angelegenheiten, sowie die der Parteien SPÖ, ÖVP, BZÖ, FPÖ und der Grünen zu diesem Thema in diesem Zeitraum untersucht.

**Auswahleinheit:** Printausgaben ausgewählter Medien (die Onlineportale der jeweiligen Blätter werden nicht einbezogen), gesucht mittels des Pressespiegels des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS). Die OTS Meldungen stammen aus dem Online Archiv [www.ots.at](http://www.ots.at).

**Analyseeinheit:** der jeweilige Artikel mit Inhalt über den Tschad-Einsatz in festgelegtem Zeitrahmen sowie die jeweilige OTS Meldung.

**Kontexteinheit:** Artikel

**Datenerhebung:** Codierung

**Datenauswertung:** mittels SPSS. Signifikanzen sind bei einem Signifikanzniveau von bis zu 0,05 gegeben, analysiert mittels „Nichtparametrischem Test“ (zwei unabhängige Stichproben) bzw. Kreuztabellen (Phi).

### Auswahlverfahren/Sample

Klumpenauswahl: Es sollen alle Artikel im Zeitraum Oktober 2007 bis Juni 2008 untersucht werden. Weiters die OTS Meldungen in diesem Zeitraum, die den Tschad als Thema haben.

## Validität (Gültigkeit)/ Reliabilität (Zuverlässigkeit)

Allgemein:

*Externe Gültigkeit* → Übereinstimmung von Analyseergebnis und sozialer Wirklichkeit

*Interne Gültigkeit* → Zuverlässigkeit: Übereinstimmung zwischen dem, was durch das Erhebungsinstrument gemessen wird und dem was gemessen werden soll.

*Zuverlässigkeit* ist somit „das Ausmaß der Reproduzierbarkeit von Messergebnissen bei wiederholter Anwendung des gleichen Instruments auf das gleiche Messobjekt.“<sup>232</sup>

Da die Analyse nur von mir unternommen wird, gilt an sich die *Intrakoderreliabilität* (nicht die *Interkoderreliabilität*). Hier wird der Grad der Übereinstimmung bei wiederholter Bearbeitung durch die *gleiche* Person geprüft.

Dennoch wird die *Interkoderreliabilität* stattfinden, indem in Zuge eines Pretests andere Personen die Verständlichkeit und Vermittelbarkeit der Begriffe im Codebuch überprüfen sollen.

## **2.2 Kategorien und Codebuch**

Eine Differenzierung geschieht durch die Aufspaltung in einzelne Ausprägungen, die dann zu einem Kategoriensystem zusammengestellt werden. Um einordnen zu können, ob ein Textbestandteil unter eine Kategorie fällt, werden mir folgende Schritte behilflich sein:<sup>233</sup>

1. *Definition der Kategorien*: genaue Definition, welche Textbestandteile unter eine Kategorie fallen.
2. *Ankerbeispiele*: Textstellen, die unter eine Kategorie fallen werden angeführt und als Beispiel für die jeweilige Kategorie gelten.
3. *Kodierregeln*: Um Abgrenzungsproblemen entgegenzuwirken, werden Regeln formuliert, um eindeutige Zuordnungen ermöglichen zu können.

Kategorien werden in formale und inhaltliche Bereiche geteilt.

---

<sup>232</sup> Merten (1995): S.302

<sup>233</sup> Vgl. Meyring (2008): S.83

**Formale Kategorien:** beschreiben formale Merkmale der Untersuchungseinheit (vgl. Tab.1)

Kategorie		Ausprägung
Medium		
	1	Der Standard
	2	Die Presse
	3	Kurier
	4	Kronen Zeitung
Datum	TTMMJJ	
Ressort		
	1	Inland
	2	Ausland
	3	Chronik

Tab.1: Bsp. formale Kategorien

Auch wenn die formalen Kategorien nicht im Mittelpunkt der Erhebung stehen, so liefern sie doch wichtige zusätzlichen Informationen.

**Inhaltliche Kategorien:**

In diesen Kategorien wird das, was erhoben werden soll, genauer definiert (vgl. Tab.2).

Kategorie		Ausprägung
Informationsquelle		
	1	OTS Meldung
	2	BMLVS
	3	andere
Genaue Quellenherkunft		
	1	SPÖ
	2	ÖVP
	3	Die Grünen
	4	FPÖ
	5	BZÖ
	6	Andere Partei
	7	Politikexperte
	8	BMLVS
Zitierung		
	1	Direkt zitiert
	2	Indirekt zitiert

Tab.2: Bsp. inhaltliche Kategorien

Besonders aufmerksam und genau muss vor allem bei wertenden Ausprägungen gearbeitet werden. Eine einfache Einteilung in „positiv“, „negativ“, „neutral“ ist nicht ausreichend und muss gezielter eingeteilt werden.

## Der Codebogen

Protokollierung der Untersuchung (vgl. Tab.3):

Erscheinungsdatum	TT.MM.JJ	10.11.07	10.11.07			
Medium	1 Der Standard					
	2 Die Presse					
	3 Kurier	x				
	4 Krone		x			
Platzierung	1 Ereignis auf Titelseite					
	2 Ereignis nicht auf Titelseite	x	x			
Ressort	1 Ausland					
	2 Inland	x	x			
	3 Chronik					

Tab.3: Bsp. Codebogen

### 2.3 Der Pretest

Zunächst wurden Kategorien und Variablen gebildet, sowie Codierregeln um etwaige Zweideutigkeiten zu verhindern. Eine Schwierigkeit ergab sich zunächst aus der Tatsache, dass für die Frage bezüglich der OTS Meldungen ein zweites Material zu analysieren war und es nicht klar, war ob dafür ein eigener Bogen erstellt werden sollte. Nach ersten Prüfungen wurde entschieden die Kategorien für die OTS bezogene Forschungsfrage extra zu gestalten, um nicht zu komplex zu werden.

Bei den ersten Versuchen stellte sich heraus, dass die Kategorien und deren Variablen zu umfassend waren und somit für die Untersuchung nichts Relevantes erfragen würde (die Validität, genau genommen die interne Gültigkeit war somit nicht gegeben). Stück für Stück wurde der Codebogen angepasst, bis schließlich die Erhebung gestartet werden konnte. Die Prüfung auf Verständlichkeit des Codebogens und dessen Codierregeln ist geprüft worden, indem dieser untersuchungsfremden Personen vorgelegt wurde. Hier wurde klar, dass unter anderem explizit erwähnt werden sollte, dass Aussagen von Verteidigungsminister Darabos ausschließlich zu „Herkunft BMLVS“ zählen und nicht zu „Herkunft SPÖ“.

Zusätzlich wurde durch erneutes Codieren einiger Artikel auch die Reliabilität gewährt.

### 3. Untersuchungsergebnisse und Hypothesenprüfung

**F1: Welche OTS Meldungen seitens der österreichischen Parteien werden in Bezug auf den Tschad Einsatz bevorzugt?**

**H1: Wenn Meldungen der Opposition (BZÖ, FPÖ und Grüne) als Informationsquelle zu Verfügung stehen, dann werden diese Informationen eher in den Medien verarbeitet als Aussendungen der SPÖ, ÖVP, BMLVS und BMeiA.**

Untersucht wurden zunächst die Häufigkeiten der Aussendungen der österreichischen Parteien, des Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und des Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BmeiA).

Im Zeitraum von Oktober 2007 bis Juni 2008 wurden zum Thema Tschad-Einsatz insgesamt 195 Meldungen im OTS gefunden. Mit 67 (34,36%) Aussendungen veröffentlichte die FPÖ mit Abstand am meisten, gefolgt vom BZÖ mit 41 (21,03%), dem BMLVS mit 35 (17,95%) und der SPÖ mit 31 (15,9%). Die ÖVP bildet mit 6 Veröffentlichungen (3,06%) das Schlusslicht (Vgl. Abb.7).

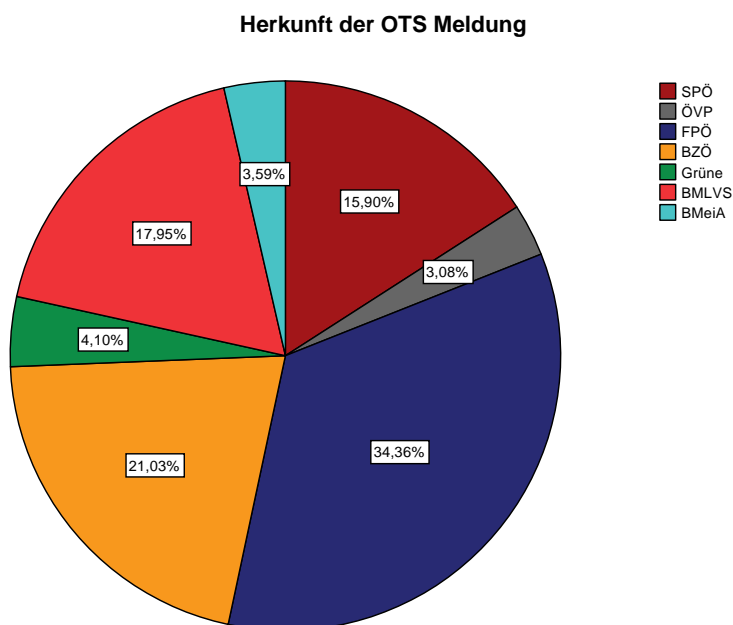


Abb.7: Herkunft der OTS Meldungen

Rechnet man nun BZÖ, FPÖ und die Grünen zusammen zu „Einsatzgegnern“ und SPÖ, ÖVP, BMLVS und BmeiA zu „Einsatzbefürworter“, ergibt sich Folgendes: 60% der Aussendungen stammen von der Oppositionsseite und 40% von der Befürworterseite.

Dies ergibt ein vermehrtes Vorhandensein an Oppositionsmaterial, das den Medien (seitens OTS) zu Verfügung steht.

Es sollen nun die einzelnen Medien und ihrer Verwendung der OTS Meldungen betrachtet werden:

Der **Standard** hat insgesamt 35, also 17,9% der vorhandenen Aussendungen in seine Artikel eingebaut, wobei 21mal nur eine Aussage entnommen wurde. Parteimäßig ist die Entnahme der OTS Meldungen relativ ausgeglichen (Vgl. Abb.8).

**Die Presse** entnahm 27 Aussendungen, somit 13,8% des vorhanden OTS Materials von Parteien und Ministerien, doch auch meistens, nämlich 17mal nur eine Aussage. In der Häufigkeit sind vermehrt Aussagen von Meldungen der SPÖ und des BMLVS vorzufinden. (Vgl. Abb.9).

Der **Kurier** verwendete 22 Aussendungen für seine Artikel, also 11,3 % aller untersuchten Aussendungen fanden den Weg diese Printmedium. Davon wurde in 14 Fällen eine Aussage übernommen. Die übernommen Aussagen stammen im Kurier überwiegend vom BMLVS (54,6%) gefolgt von der FPÖ mit 18,18% (Vgl. Abb.10).

Die **Kronen** Zeitung nahm in 18 und damit in den wenigsten Fällen Inhalte aus den Presseaussendungen. Wenn etwas übernommen wurde, dann eher Aussagen aus BMLVS Aussendungen, wenn auch nicht deutlich mehr. Im Gesamten scheint die Verarbeitung relativ ausgeglichen (Vgl. Abb.11).

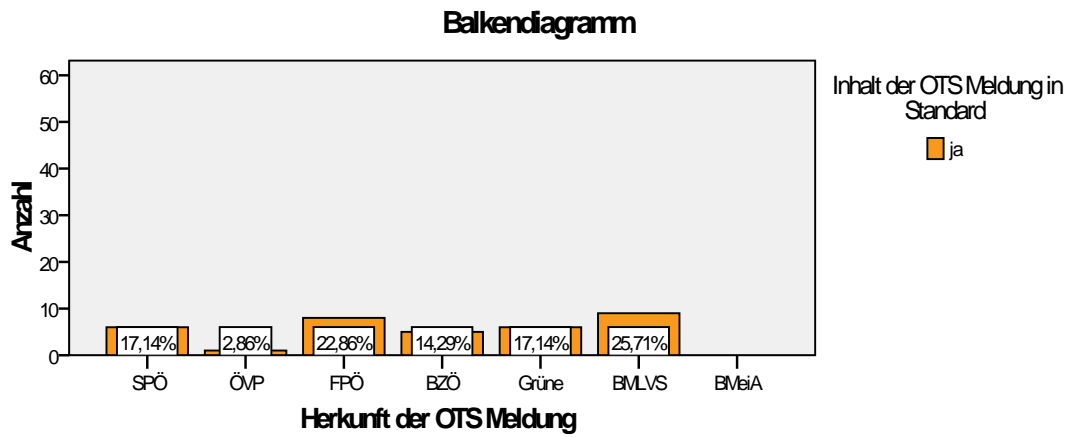


Abb.8: OTS Meldungen in Standard

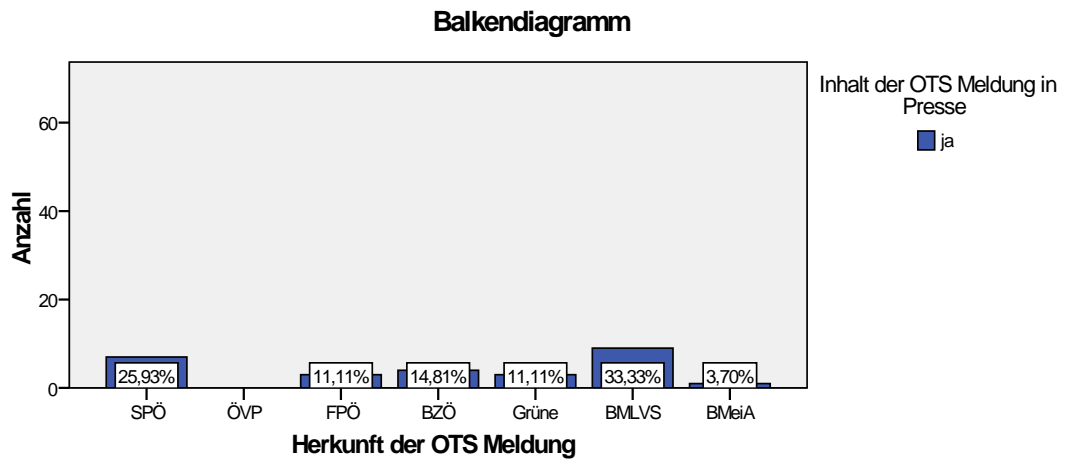


Abb.9: OTS Meldungen in Presse

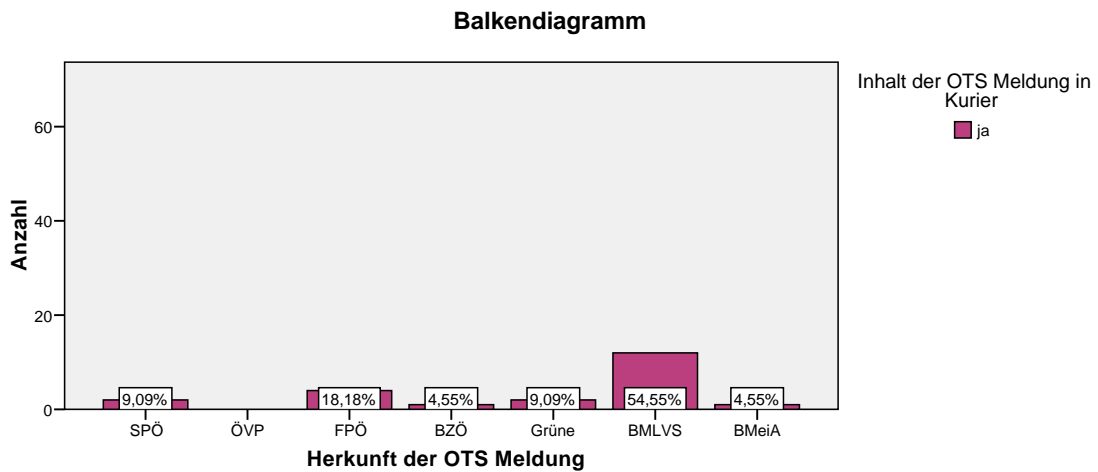


Abb.10: OTS Meldungen in Kurier



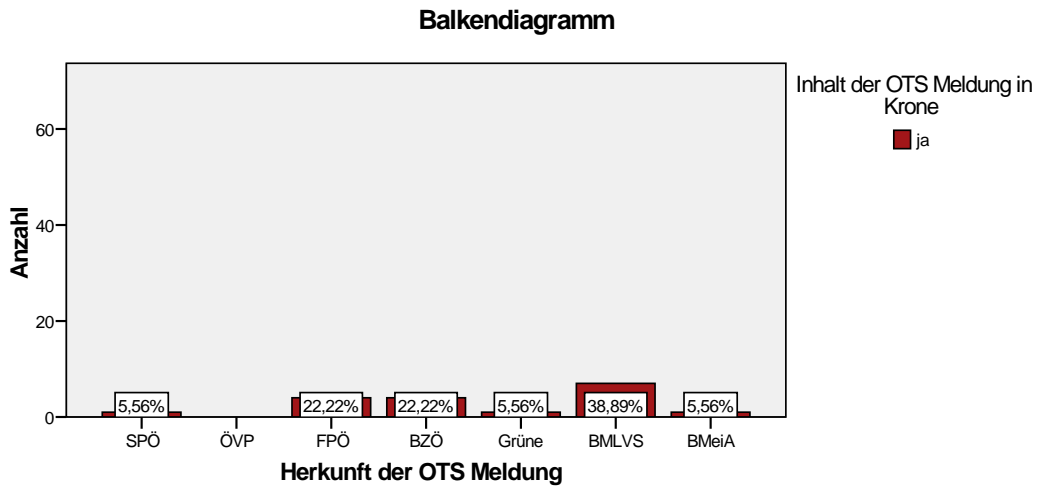


Abb.11: OTS Meldungen in Kronen

Zusammengefasst in Verarbeitung von Befürworter- und Oppositionsmeldungen ergibt dies bei Kurier und Presse eine Tendenz Richtung Befürworter, bei Kronen und Standard herrscht Ausgeglichenheit (Vgl. Abb.12-15).

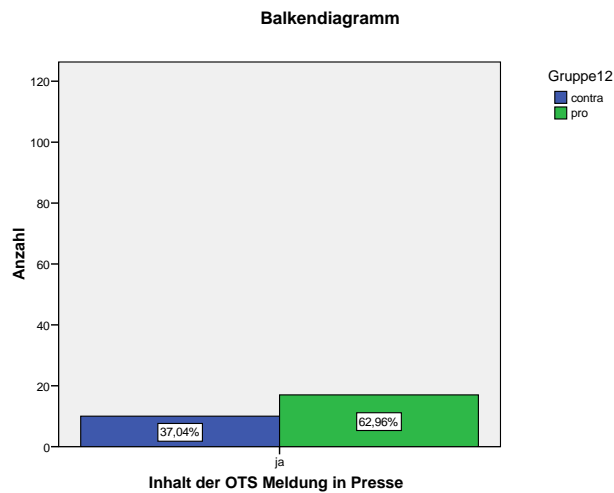


Abb.12: Pro/Contra Inhalte Presse

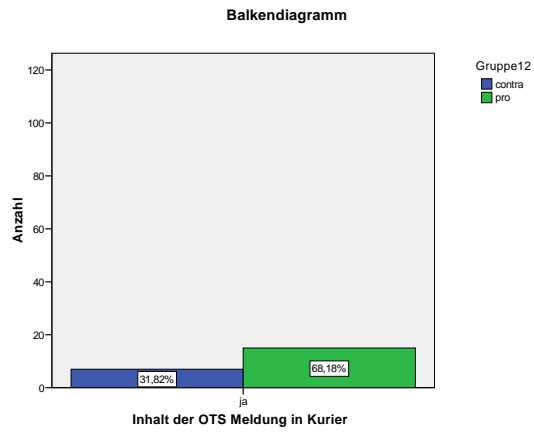


Abb.13: Pro/Contra Inhalte Kurier

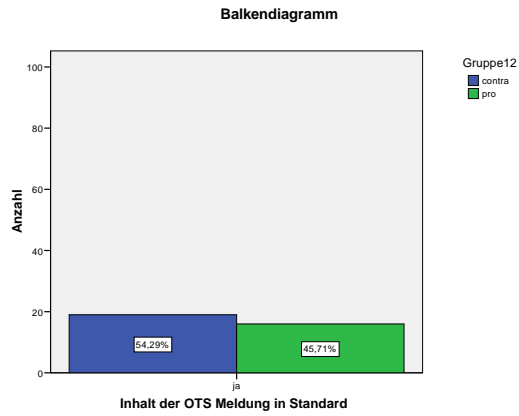


Abb.14: Pro/Contra Inhalte Standard

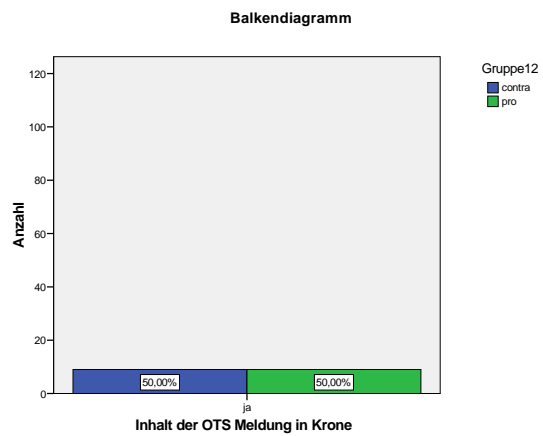


Abb.15: Pro/Contra Inhalte Krone

Die Krone entnimmt allgemein den OTS Meldungen in diesen Zusammenhang am wenigsten Information für ihre Artikel, der Standard, gefolgt von der Presse am meisten.

Die Hypothese, dass eher Meldungen der Opposition von den Medien aufgegriffen werden kann nicht verifiziert werden. Auch der hohe Anteil der vorhandenen Aussendungen seitens BZÖ und vor allem FPÖ (34%) erhöhen nicht die Chance auf eine vermehrte Verwendung in den untersuchten Medien.

Es soll darauf hingewiesen werden, dass an diesem Punkt nicht gesagt werden kann, in welchem Rahmen Aussagen aus verschiedenen Quellen weiterverarbeitet werden und ob ein Artikel bzw. die Haltung des Mediums insgesamt in eine zustimmende, ablehnende oder neutrale Richtung tendiert. Es kann durchaus möglich sein, dass Aussagen einer Oppositionspartei in einen Artikel eingebaut werden, der Einsatzzustimmend ist, und umgekehrt könnte es sein, dass die Aussage einer Einsatzbefürworterpartei in einen Artikel eingebaut wird, der schließlich eine negative Haltung zu dem Bundesheer Einsatz aufweist.

Herkunft der Aussagen in den Berichten:

Am häufigsten verwenden die Medien Aussagen des BMLVS (22,8%) und aus höherer Militärebene (17,4%). Experten für Afrika und Politikwissenschaftler spielen als Informationsquelle so gut wie keine Rolle, auch aus der ÖVP sind so gut wie keine Argumente zu finden (vgl. Tab.4).

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
BMLVS	22,8 %	76
Höhere Militärs	17,4%	58
FPÖ	10,2 %	34
Grüne	10,5 %	35
BmeiA	8,1 %	27
BZÖ	7,2 %	24
NGO/UNHCR	6,3 %	21
SPÖ	4,5 %	15
Eu-Ebene	3,6 %	12
ÖVP	1,8 %	6
Bundespräsident Fischer	1,8 %	6
Politikwissenschaftler	0,6 %	2
Afrika Experte	0,6 %	2

Tab.4: Aussagen in Berichten nach Herkunft

Zum Vergleich hier noch einmal die Häufigkeiten der OTS Meldungen nach Parteien und Ministerien (vgl. Tab.5):

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
FPÖ	34,4 %	67
BZÖ	21,0 %	41
BMLVS	18 %	35
SPÖ	16 %	31
Grüne	4 %	8
BMeiA	3,6 %	7
ÖVP	3 %	6

Tab.5: OTS Meldungen nach Parteien

Es ist erkennbar, dass es keinen Zusammenhang zwischen Häufigkeit der OTS-Parteiensendungen und der Häufigkeit der Aussagenherkunft in den Medien gibt.

Als Basis für die folgenden Ergebnisse bezogen auf die Artikel der Presse, des Standards, der Krone und des Kuriers, sollen ein paar Basis Erhebungen dargelegt werden.

Insgesamt gab es im Zeitraum von Oktober 2007 bis Juni 2008 in den untersuchten Printmedien 333 Artikel zum Thema Tschad Einsatz (Kommentare, Glosse, Leserbriefe wurden nicht in die Untersuchung miteinbezogen).

Folgende, ausgeglichene Aufteilung ergibt sich:

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
Standard	25%	84
Presse	23%	76
Kurier	28%	92
Krone	24%	81
		333

Tab.6: Berichte nach Printmedium

Im November 2007 und im Februar 2008 gab es eine besonders hohe Anzahl an Berichten, nämlich: 72 (21,6% aller Berichte) im November, 79 (23,7%) im Februar (vgl. Abb. 16). Im Vergleich dazu beläuft sich die Zahl der Beiträge im Mai auf 9 und im Juni auf 19.

Nähere Erläuterungen zum zeitlichen Ablauf wird die Beantwortung der vierten Forschungsfrage bringen.

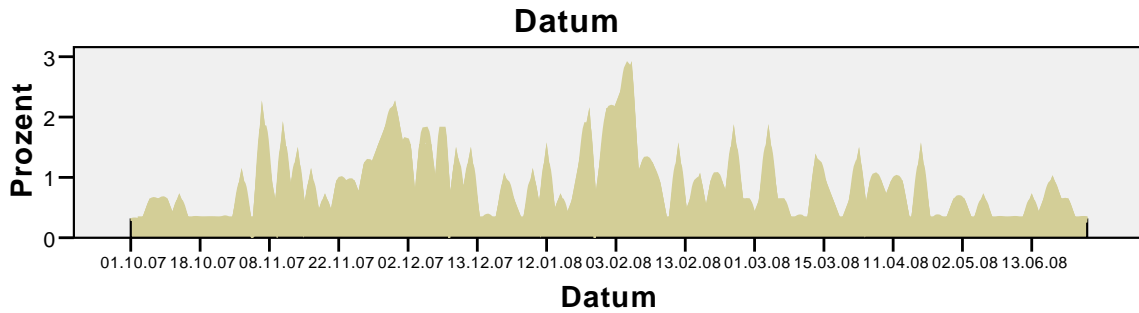


Abb.16: Artikelmenge/Zeitverlauf

Da alle Artikel durch den Pressespiegel auf A4 vorhanden waren, entstanden keine Probleme, die Länge der jeweiligen Berichte, mittels Zeilenmenge mit zu codieren.

Dies ergab, dass mehr als die Hälfte aller untersuchten Artikel (63,1%) zwischen einer und 20 Zeilen lang waren (vgl. Tab.7). Je länger die Artikel, desto weniger waren diese bei Krone und Kurier zu finden. Während in der Kronen Zeitung 2,5% der Berichte zwischen 31 und 40 Zeilen waren, so waren dies 14,3% im Standard und 15,8% in der Presse.

	<b>1-10</b>	<b>11-20</b>	<b>21-30</b>	<b>31-40</b>	<b>41-50</b>	<b>51-60</b>	<b>61-70</b>	
<b>Krone</b>	32	39	6	<b>2</b>	1	1	0	81
<b>Kurier</b>	30	26	28	8	0	0	0	92
<b>Standard</b>	15	26	28	<b>12</b>	3	0	0	84
<b>Presse</b>	24	18	15	<b>12</b>	4	2	1	76
	101 (30,3%)	109 (32,7%)	77 (23,1%)	34 (10,2%)	8 (2,4%)	3 (0,9%)	1 (0,3%)	333

Tab.7: Artikellänge nach Printmedium

Dies spricht dafür, dass die Qualitätsblätter eher darauf bedacht sind, mehr Inhalt in ihre Berichte zu bringen.

**F2: Inwieweit werden positive und negative Aspekte des Einsatzes thematisiert?**

**H2: Wenn Aspekte zu dem Einsatz in den Berichten vorkommen, dann sind diese vermehrt negativ und beziehen sich vor allem auf die Gefährdung der österreichischen Neutralität.**

Alles in allem ist das Verhältnis der Pro und Contra Aspekte zu dem Bundesheereinsatz recht ausgeglichen. Von den 333 enthalten 22% Pro-Argumente und 24% Contra-Argumente. Das bedeutet, in 54% der Artikel sind weder Pro noch Contra Argumente vorzufinden.

Die Aufteilung unter den analysierten Medien zeigt folgendes Bild (vgl. Abb.17 und 18):

Die Presse enthält ein sehr ausgeglichenes Maß an Pro und Contra Argumenten, Standard und Kurier halten die Argumente ebenfalls recht ausgeglichen. Die Krone fällt mit einer Tendenz in Richtung Contra Argumenten auf 18,9% pro vs. 29,11% contra.

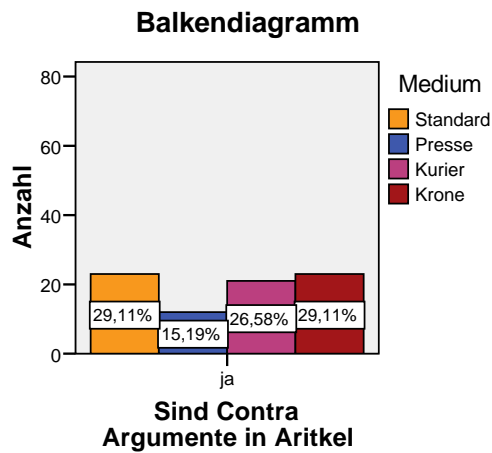


Abb.17: Contra Inhalt nach Medium

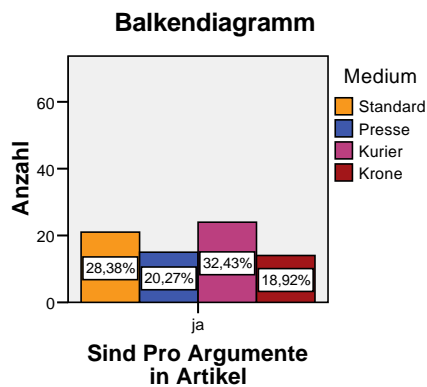


Abb.18: Pro Inhalt nach Medium

Es wurden die in den Medien enthaltenen positiven und negativen Aspekte genauer analysiert.

Bei den negativen Aspekten gab sich thematisch folgende Rahmung:

Der am häufigsten genannte negative Aspekt in Bezug auf den Einsatz war die unsichere Lage im Krisengebiet und die daraus resultierende Gefahr (in 12% der Artikel). Wobei die dezidierte Gefahr für die Soldaten erst an vierter Stelle kommt. An zweiter Stelle kommt die unzureichende Ausrüstung der Soldaten (in 6,3% der Artikel) gefolgt vom französischen Einfluss auf die Mission (4,8%). Die Gefährdung der österreichischen Neutralität ist in der Häufigkeit der negativen Aspekte erst an fünfter Stelle mit 3,9%. Der Aspekt, „Einmischung in eine fremde Kultur“ spielt keine Rolle (vgl. Tab.8).

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
Unsichere Lage/Gefahr	12 %	40
Soldaten-Ausrüstung unzureichend	6,3 %	21
Französischer Einfluss	4,8 %	16
Gefahr für Soldaten	4,2 %	14
Gefährdung der Neutralität	3,9 %	13
Soldaten-Ausbildung unzureichend	3,6 %	12
Kosten	1,8 %	6
Einmischen in fremde Kultur	0,9 %	3
	37,5 %	125

Tab.8: Negative Einsatz-Aspekte

Interessant in diesem Zusammenhang ist der Aspekt „Kosten“, der als negativer Punkt kaum Relevanz hat. Borchert erklärt in seinen Einsatz-Beurteilungskriterien die Finanzierung zwar als nötige Voraussetzung, doch nimmt dieser Punkt einen weit weniger hohen Stellenwert ein, als in den Diskussionen rund um derartige Einsätze.<sup>234</sup> Das Argument der Finanzierung dürfte in diesen Zusammenhang medial aber keine Rolle gespielt haben, vielmehr ist es der emotionale Aspekt der Gefahr vor Ort und der unzureichenden Ausrüstung, die in weiterer Folge die Gefahr für die Soldaten erhöhen kann. Im Vergleich zur Presse thematisiert die Krone die Gefahr für Soldaten signifikant öfter (Sign.wert: 0,009).

Der Vergleich zwischen Standard und Kurier ergibt, dass der Kurier das Argument der Neutralitätsgefährdung signifikant öfter verwendet als der Standard (Sign.wert: 0,010). Auf alle Medien bezogen sind folgende Argumente deutlich *nicht* in den Berichten enthalten: Die Einsatzkosten (Sign.wert: 0,054) sowie die Ansicht, dass man sich in eine fremde Kultur einmischt (Sign.wert: 0,056).

<sup>234</sup> Vgl. Kap.II/2: Österreich in internationalen Einsätzen: S.68

Die Argumentation, der Tschad-Einsatz stellt eine humanitäre Hilfe (zum Schutz von Flüchtlingen in der Krisenregion) dar, ist die am häufigsten berichtete (11,4%). An zweiter Stelle, mit 6,6%, steht das gute Know-how des österreichischen Bundesheeres (vgl. Tab.9). Bei den negativen Aspekten befindet sich der Punkt „Unzureichende Ausrüstung der Soldaten“ interessanterweise ebenso an zweiter Stelle, „Unzureichende Ausbildung der Soldaten“ allerdings an sechster Stelle. Der Aspekt der unzureichenden Ausrüstung kommt im Vergleich Presse/Krone in der Kronen Zeitung signifikant öfter vor (Signifikanzwert: 0,009), der Vergleich Presse/Kurier ergibt auch eine Signifikanz in Richtung Kurier (0,040). Der Aspekt einer Verminderung des Flüchtlingsstroms nach Europa wird mit einer Signifikanz von 0,044 *nicht* in den Berichten behandelt.

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
Humanitäre Hilfe	11,4 %	38
Know-how ÖBH	6,6 %	22
Internationales Ansehen ÖBH	3 %	10
Politischer Status Österreich	2,1 %	7
Verminderung Flüchtlingsstrom	2,1 %	7
Schutz für NGOs	1,8 %	6
Sicherheit für Afrika	1,8 %	6
Politischer Status EU	0,9 %	3
	29,7 %	99

Tab.9: Positive Einsatz-Aspekte

Wenn auch im Gesamten kein großer Unterschied an der Häufigkeit von positiven und negativen Aspekten besteht, so herrscht dennoch eine leichte Mehrheit in Richtung negativer Gesichtspunkte. Betrachtet man die einzelnen Medien, so ergibt sich ein verstärktes Bild. Den Punkt der humanitären Hilfe kann man, wie den der Gefahr vor Ort, der emotionalen Seite zuordnen. Im Grunde resultiert die Notwendigkeit der humanitären Hilfe aus der unsicheren Lage im Tschad. Bei der Kronen Zeitung etwa fällt auf, dass der Einwand der Gefahr vor Ort doppelt so oft zu finden ist, als der positive Aspekt der humanitären Hilfe (vgl. Abb.19 und Abb.20). In welcher Form der Einsatz (positiven) Einfluss auf den politischen Status der EU bzw. Österreichs haben kann, ist generell in den untersuchten Medien nicht von großer Bedeutung, bei der Kronen Zeitung bleibt dies allerdings gänzlich unberücksichtigt.



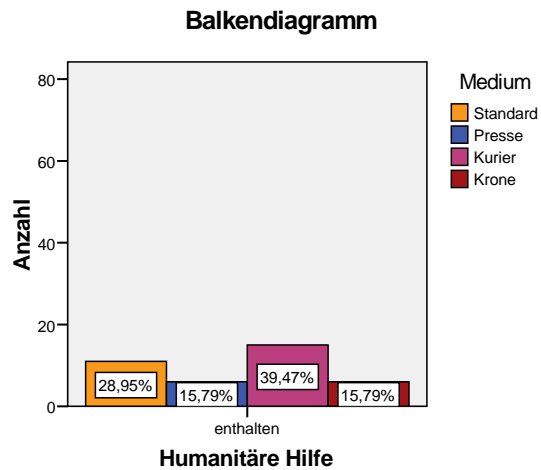


Abb.19: Aspekt Humanitäre Hilfe

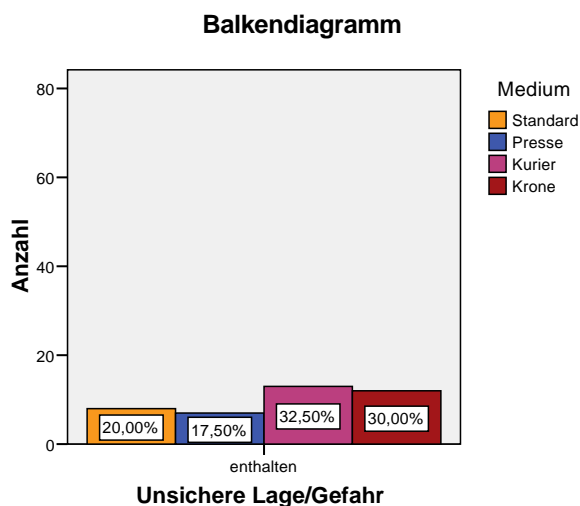


Abb.20: Aspekt Unsichere Lage/Gefahr

Es ist festzustellen, dass es lediglich bei der Kronen Zeitung eine Verifizierung der Hypothese einer vermehrten Thematisierung der Contra Aspekte vorzufinden ist. Abgesehen davon ist die Hypothese abzulehnen, da auch der Punkt Neutralitätsgefährdung nicht in dem Ausmaß als negativer Aspekt öffentlich dargestellt wie angenommen.

**F3: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen negativen Szenarien und deren Herkunft?**

**H3: Wenn es zur Veröffentlichung negativer Szenarien kommt, dann stammen diese vorwiegend von österreichischen Politikern.**

Insgesamt dominiert das Nicht-Vorhanden-Sein von negativen Szenarien. Schaut man sich unabhängig von Artikel, in denen keine negativen Szenarien vorkommen, die Ergebnisse vom vorhanden sein solcher Szenarien an, gibt es folgende Resultate:

In 16,2% der Artikel kommen negative Szenarien vor. Genau unterteilt stammen davon 8,1% vom Medium selbst, 6% von Politikern (vgl. Abb. 21).

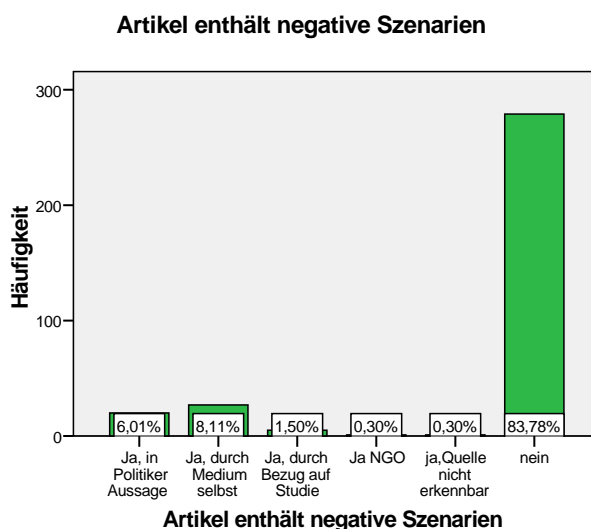


Abb.21: Negative Szenarien

Es zeigt sich also, dass negative Szenarien auch von den Medien selbst entworfen werden, sogar ein wenig mehr als von den Politikern. Doch kann man dies nicht auf alle vier untersuchten Medien generalisieren, was bei genauer medienpezifischer Betrachtung ersichtlich wird (vgl. Tab.10). In der Krone gibt es mit 26 die meisten Artikel mit negativen Szenarien, im Standard sind es 10 und in der Presse gar nur ein einziger.

	%	Abs.
Krone	7,8 %	26
Kurier	5,1 %	17
Standard	3 %	10
Presse	0,3 %	1
	16,2 %	54

Tab.10: Anteil negativer Szenarien nach Printmedium

Bei Presse und Standard sind im Grunde kaum negativen Szenarien vom Blatt selbst veröffentlicht. Wenn im Standard welche vorkamen, dann stammen diese deutlich von Politikern. In der Kronen Zeitung stammen derartige Szenarien mehrheitlich von der Redaktion selbst und im Kurier gibt es fast so viele Redaktions- wie von Politik gestaltete Szenarien (vgl. Abb.22).

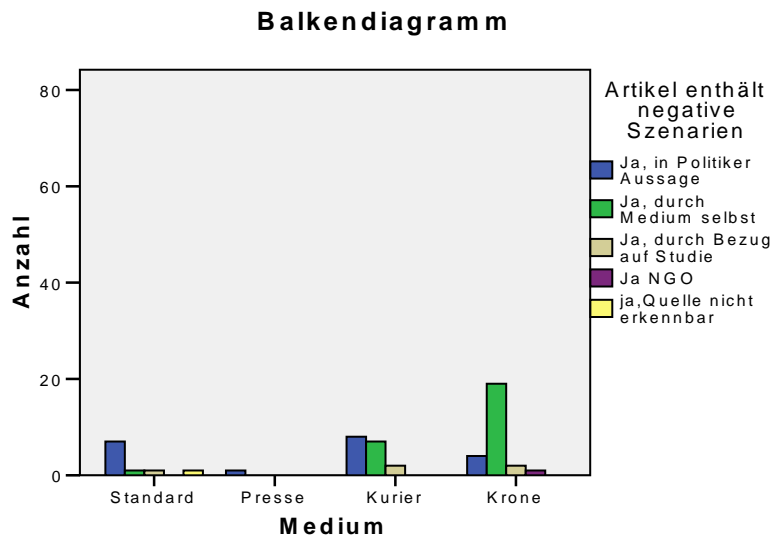


Abb.22: Negative Szenarien nach Medium

Die Hypothese, dass negative Szenarien eher von Politikern stammen ist also zu falsifizieren, da diese ausgeglichen mit der Häufigkeit von Medieninszenierten Szenarien vorkommen. Die Antwort ist aber auch Blattabhängig zu sehen, wobei sich Qualitätsblätter wie Standard und Presse davon entfernen, Szenarien aus eigener Ansicht zu veröffentlichen und eher Aussagen von Politiker kundtun. Im Boulevardbereich (Kronen Zeitung) verhält es sich genau umgekehrt, indem das Blatt selbst mögliche negative Ereignisse prognostiziert. Das Mid-Range Blatt Kurier agiert hier relativ ausgewogen, wobei der Anteil an selbst produzierten Szenarien zwischen dem der Qualitätsblätter und dem Boulevardblatt liegt.

**F4: Welche negativen Szenarien werden seitens der Medien vorwiegend benutzt?**

**H3: Wenn negative Szenarien in Bezug auf den Tschad-Einsatz thematisiert werden, dann beziehen sich diese vermehrt auf die Gefahr der Neutralität, also einen möglichen aktiven Kampfeinsatz im Tschad.**

Folgende negative Szenarien sind die am häufigsten genannten:

	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
Aktiver Kampfeinsatz	3,6 %	12
Tote Soldaten	3,6 %	12
Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung/ Ausbildung	3,3 %	11
Angriff auf die EUFOR	2,7 %	9
Probleme durch schlechte Ausrüstung/ Ausbildung	2,4 %	8
	15,6 %	52

Tab.11: Negative Szenarien

In 15,6% der untersuchten Artikel kommen mögliche negative Szenarien vor, wobei sich diese in der Häufigkeit nicht stark unterscheiden. Am ehesten war die Rede davon, dass die österreichischen Soldaten in einen Kampfeinsatz verwickelt werden könnten. Im gleichen Ausmaß wurde davon gesprochen, dass mit toten Soldaten gerechnet werden muss. Während das Szenarium, die EUFOR könnte von Rebellen angegriffen werden, vermehrt von den Medien selbst stammt (sechs Mal im Kurier), kommt das Szenarium, dass die unzureichende Ausrüstung des ÖBH zu Problemen führen kann, eher aus der Politik (vgl. Tab.12).

	Von Politik Abs.	Von Medium Abs.
Tote Soldaten	6	5
Angriff auf EUFOR	1	7
Aktiver Kampf	6	3
Probleme schl.Ausr./Ausb.	4	3
Probleme schl.ÖBH Ausr.	7	3
Andere als diese	4	8
	32	37

Tab.12: Negative Szenarien Herkunft

Während die Presse die Möglichkeit toter Soldaten nie zum Thema macht, tut dies der Kurier in sieben Artikeln. Im folgenden Beispiel verbindet der Kurier sogar mehrere negative Szenarien, nämlich das eines möglichen Rebellenangriffes und dass dies Leben

kosten könnte, was wiederum auch darauf zurückzuführen wäre, dass die Ausrüstung nicht ausreichend sein könnte: „Sollte aber aufgrund der verworrenen Lage ein tschadischer Rebellenführer zum Angriff ansetzen, hätten die 160 Bundesheersoldaten mit der bisher vorgesehenen Ausrüstung nur geringe Überlebenschancen“ (Kurier, 05.12.2007). Ein weiteres Beispiel stammt aus der Krone: „Jetzt sollen – wie berichtet – 160 österreichische Soldaten für Sicherheit sorgen – obwohl mit dem Tod rotweißbroter Einsatzkräfte zu rechnen ist.“ (Krone, 13.01.2008).

Die Krone arbeitet im Vergleich zur Presse signifikant mehr mit den Szenarien toter Soldaten (Signifikanzwert: 0,009) und möglicher Probleme durch schlechte Ausrüstung des Bundesheeres (Signifikanzwert: 0,05). Die Presse distanziert sich auch deutlich im Vergleich zum Kurier von dem Szenarium, dass die EUFOR angegriffen werden könnte (Signifikanzwert in Richtung Kurier: 0,014).

Die Hypothese, dass zumeist von aktivem Kampfeinsatz als negatives Szenarium gesprochen wurde, kann somit verifiziert werden, wenn auch die Häufigkeiten nicht in einem sehr großen Ausmaß zu finden war. Dass ebenso oft von möglichen toten Soldaten die Rede war, kann daran liegen, dass dies eben eine mögliche Folge eines etwaigen Kampfeinsatzes sein könnte.

#### **F5: Welche inhaltlichen Veränderungen gibt es über den Zeitverlauf?**

**H5: Je länger die Entscheidung zur Beteiligung des Einsatzes zurückliegt, desto sachlicher werden die Berichte.**

Die Mehrzahl der Artikel sind kurze, aktuelle Informationen (34,5%) und Ereignisdarstellungen (18,62%). Der Anteil der dramatisierenden Darstellungen beläuft sich auf 7,51%, wobei es starke Unterschiede im Vorkommen zwischen den Medien gibt, ebenso wie beim Anteil an narrativen Artikeln (vgl. Abb. 23).

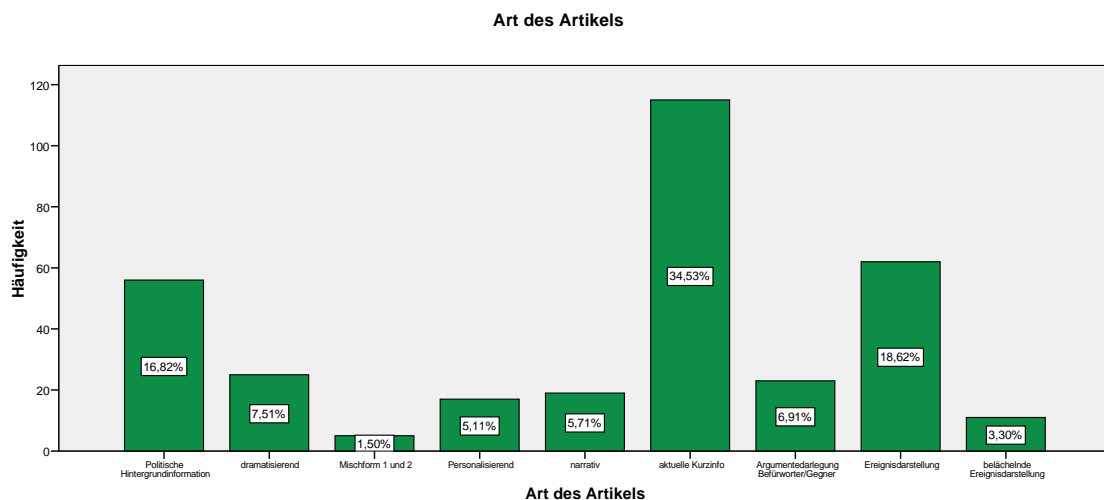


Abb.23: Artikelart

Bei genauer Betrachtung der unterschiedlichen Medien sind deutliche Unterschiede zu sehen (vgl. Abb. 24). Presse und Standard veröffentlichen zu keinem Zeitpunkt dramatisierende Berichte. Das heißt, die 7,5% an dramatisierenden Inhalten sind zwischen Krone und Kurier aufgeteilt. In der Kronen Zeitung waren in 20 von 81 Artikeln dramatisierende Inhalte. Dies verdeutlichen folgende Auszüge aus der Kronen Zeitung:

- ) „Aber wissen unsere Soldaten, ihre Frauen und Kinder auf welches Himmelfahrtskommando sie sich da einlassen?“ (Krone, 23.11.2007)
- ) „Und genau in diesem Hexenkessel landeten gestern die restlichen 71 Soldaten des österreichischen Wüstenkontingents.“ (Krone, 05.03.2008)
- ) „Im fernen Tschad, wo auch steirische Soldaten ihren Friedenseinsatz (!) leisten sollen, tobt der schwarze, brutale Bürgerkrieg ärger und blutiger denn je. Bei uns bangen Mütter, Väter, Frauen, Kinder, Geschwister, Freundinnen, Freunde um das Leben junger Soldaten.“ (Krone, 03.02.2008)

Der Standard mit 84 Artikeln und die Presse mit 76 Artikeln veröffentlichten keinen Artikel mit derartigen Inhalten. Im Gegenteil wurde politischer Hintergrund mehr von Presse (6,3%) und Standard (5,4%) in die Berichte eingebaut, was in etwa dem Anteil an Dramatisierung in der Krone (6,5%) entspricht (vgl. Abb. 30). Der Kurier weist einen hohen Anteil an narrativer und personalisierter Berichterstattung hervor. 17 von 92 Kurier Artikel (18,5%) enthielten narrative Züge, wie z.B.:

„Dann verschwand das Flugzeug im eisigen und dichten Nebel. In anderen Regionen Österreichs herrschte zu diesem Zeitpunkt Sonnenschein. Doch das war vermutlich nur Zufall.“ (Kurier, 27.02.2008)

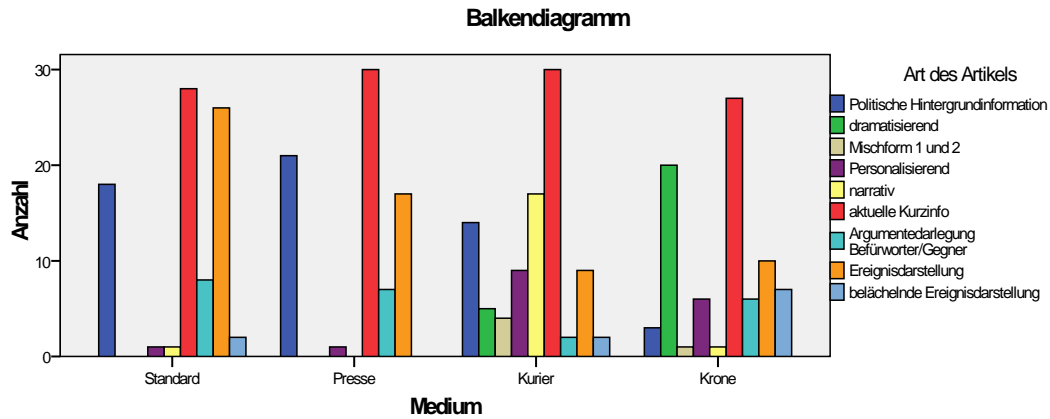


Abb.24: Artikelart nach Medium

Dramatisierungsgrad im Zeitverlauf:

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums gibt es so gut wie keine Berichte mit dramatisierenden Inhalten und danach gibt es zwei zeitliche Schwerpunkte. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums gibt es wieder so gut wie keine dramatisierenden Berichte in Krone und Kurier (vgl. Abb. 25).

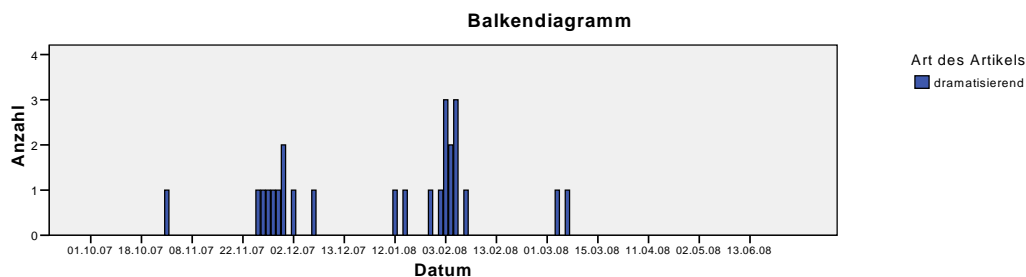


Abb.25: Zeitverlauf dramatisierender Berichte

Der Grund, dass Ende November 2007 vermehrt dramatische Berichte zu finden sind, liegt an der Anhäufung von Ereignissen in dieser Zeit: Zum einen wurde ein „Geheimpapier“ mit Informationen über die unsichere Lage im Tschad öffentlich, zum anderen kam es zu einer Verzögerung des Einsatzstartes. Weiters fingen die Rebellen an, der EUFOR zu drohen und nicht zuletzt kam es zu einem Zwischenfall am Flughafen Wien mit Angehörigen des Bundesheeres und deren mitgetragenen Waffen. Der zweite Höhepunkt Anfang Februar

2008 findet seine Ursache in den aufkommenden Rebellenangriffen. Verstärkt wurde dies durch das Vor-Ort sein österreichischer Soldaten. Hieraus folgten Forderungen, die Österreicher aus dem Krisengebiet zu holen und den Einsatz abubrechen.

All diese Umstände ergaben den Nährboden für dramatische Berichterstattung. Auch die negativen Szenarien seitens Politiker waren in dieser Zeit vermehrt vorzufinden (vgl. Abb.26). Nach Februar 2008 verschwinden die von Politikern geäußerten negativen Szenarien. Die Krone setzt ihre selbst geäußerten Szenarien noch bis Mitte März fort, danach enden aber auch diese.

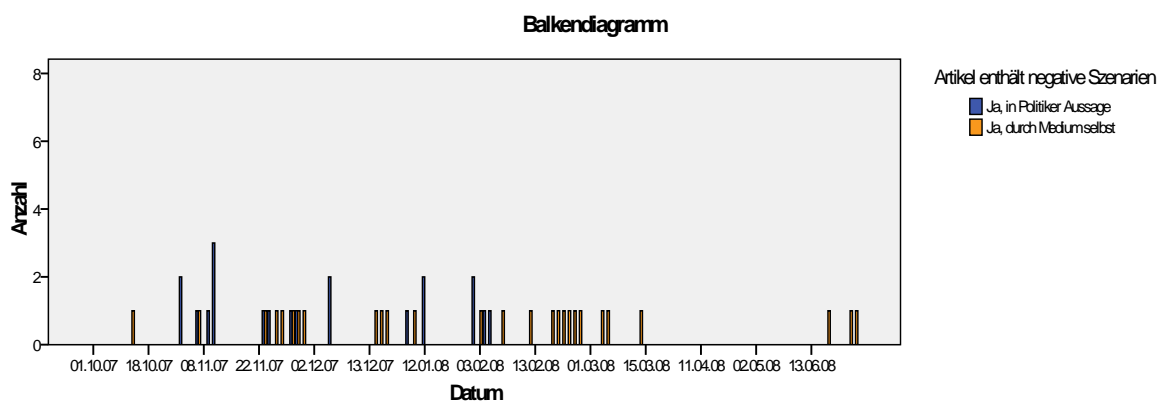


Abb.26: Zeitverlauf negative Szenarien

Der Anteil politischer Hintergrundinformation, der vor allem bei Standard und Presse vorkam, hält sich stetig. Wobei auffällt, dass im November eine Unterbrechung herrscht, also genau zu dem Zeitpunkt, in dem verstärkt dramatische Berichte in Krone und Kurier zu finden sind (vgl. Abb.27)

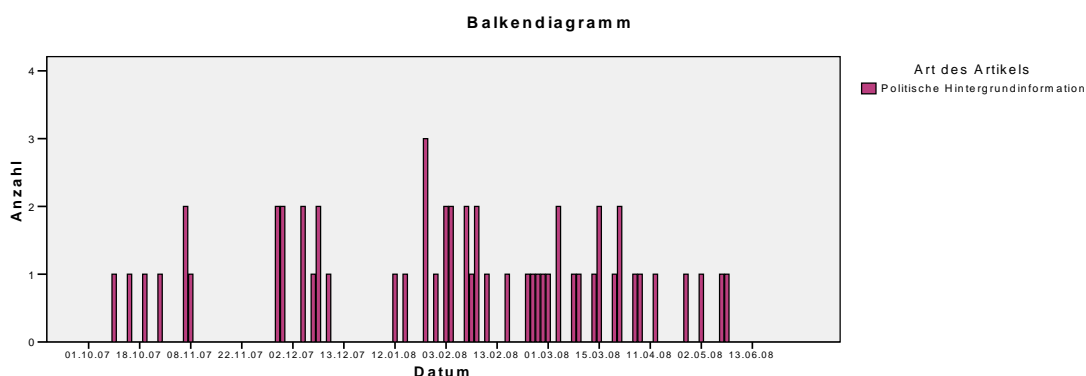


Abb.27: Zeitverlauf Information politischer Hintergrund



Wenn es „belächelnde“ Ereignisdarstellungen (die es im Grunde nur in der Kronen Zeitung gab) vorzufinden waren, so erschienen diese ab März 2008 nicht mehr (vgl. Abb.28).

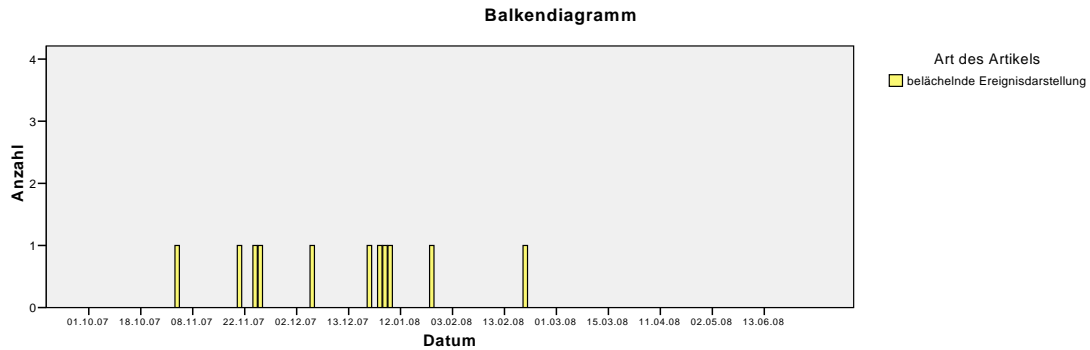


Abb.28: Zeitverlauf belächelnde Ereignisdarstellung

Zuletzt wurde noch untersucht, wie die Tendenz der letzten Aussage in den Artikeln aussah. Die eindeutige Mehrheit war neutral (70%). Wenn es eine Tendenz gab, dann eher in Richtung Befürworter Argument (12%), gefolgt von dramatisierenden Aussagen (10%) (vgl. Abb.29).

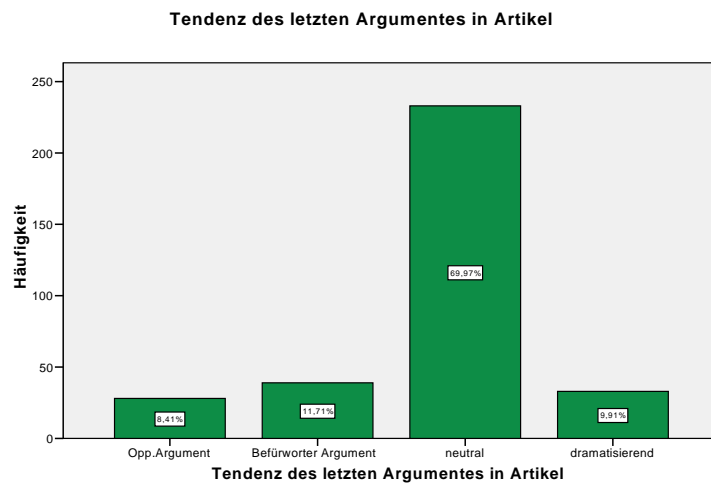


Abb.29: Tendenz letztes Artikelargument

Auch hier ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Qualitätsblatt und Boulevard. Bei Presse und Standard gibt es keinen Bericht, der als letztes Argument dramatisierend ist. Bei Kronen Zeitung und Kurier jedoch schon.

Hier fällt auf, dass die Verteilung der Tendenzen in fast identem Ausmaß stattfindet. Auch wenn dramatisierende Aussagen keine deutlichen Oppositionsmeinungen sind, haben sie dennoch einen negativen Beigeschmack und ergänzen Oppositionsargumente in ihrer Tendenz.

Bei der Presse, sind diese eher in Richtung Befürworter, wenn Tendenzen überhaupt vorzufinden sind, beim Standard ist dies ausgeglichen (vgl. Abb.30).

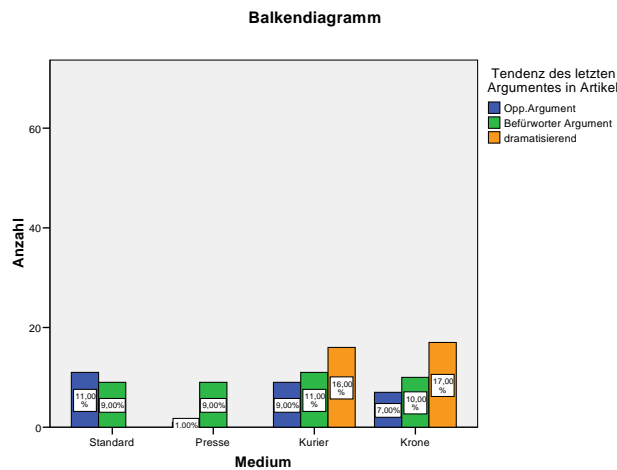
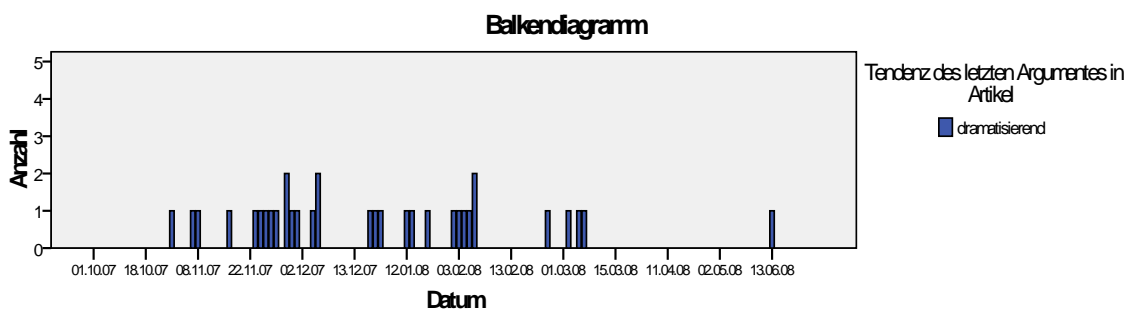


Abb.30: Tendenz letztes Artikelargument nach Medium

Im Zeitverlauf ergibt sich, dass nach März 2008 so gut wie kein Bericht mehr mit einer dramatisierenden Aussage endet (vgl. Abb.31).



**F6: Welche Beziehung gibt es zwischen der von OGM durchgeführten Umfrageergebnissen und Inhalt der Berichte.**

**H6: Wenn Ergebnisse der Umfrage zur Verfügung standen, dann tendierten danach die in den Berichten vorkommenden Argumente vermehrt in Richtung dieser Ergebnisse.**

OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) führte zu zwei verschiedenen Zeitpunkten Umfragen zum Thema Tschad-Einsatz durch. Die Zielgruppe waren wahlberichtigte Österreicher ab 18 Jahren, die Stichprobenmethode war einerseits mittels Zufallsauswahl der Haushalte aus dem öffentlichen Telefonverzeichnis, andererseits die Auswahl der Zielperson im jeweiligen Haushalt nach Quotenverfahren. Die Stichprobengröße beläuft sich bei der ersten Befragung auf 500.

Die erste Umfrage fand am **5. November 2007** statt und enthielt folgende Fragen<sup>235</sup>:

- 1) Es gibt den Vorschlag, dass sich Österreich mit 100 bis 170 österreichischen Soldaten im Rahmen eines EU-Einsatzes mit UN-Mandat im Tschad in Afrika beteiligt. Sind sie für diesen Einsatz des Bundesheeres oder sind Sie dagegen?

64% der Befragten stimmten gegen den Einsatz, 26% dafür (10% „weiß nicht/keine Angabe“)

- 2) Glauben Sie, ist das Bundesheer genügend ausgerüstet und ausgebildet, um sich bei Einsätzen in Krisengebieten wie im Tschad zu beteiligen? Eher ja oder eher nein?

Hier waren die Antworten sehr ausgeglichen: 43% stimmten für „eher nein“, 42% für „eher ja“ (15% „weiß nicht/keine Angabe“).

- 3) Ist dieser Einsatz im Tschad Ihrer Meinung nach mit der Neutralität vereinbar oder nicht?

59% der Befragten sagten, der Einsatz sei nicht mit Neutralität vereinbar. Nur 29% halten ihn für vereinbar (12% weiß nicht/keine Angabe).

Bei der Suche nach Aussagen, die sich dezidiert „gegen den Einsatz“ belaufen, ist zu bemerken, dass es vor dem 7. November nur einen Artikel gab, der dies beinhaltete. Nach der Befragung erst wurde dieser Punkt also immer wieder angesprochen (vgl. Abb.32).

---

<sup>235</sup> OGM Report-Fakten

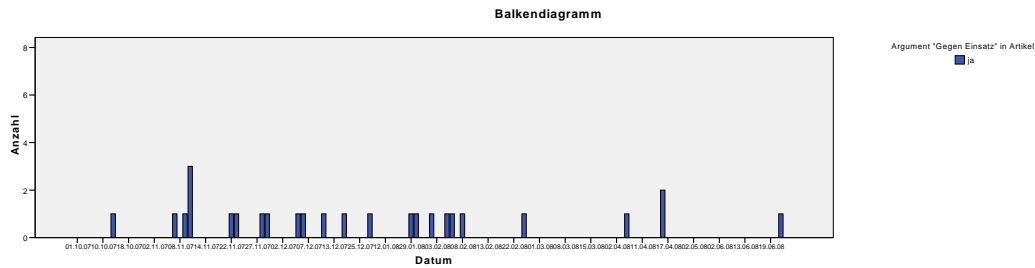


Abb.32: Zeitverlauf Argument „Gegen Einsatz“

Das Argument, die Ausrüstung bzw. Ausbildung der Soldaten sei unzureichend begann in den Berichten Anfang November, genau genommen am 2. und 3. November (Kurier), also ein paar Tage vor der Befragung am 5. November. Nach der Befragung wurde vereinzelt dieses Argument verwendet (vgl. Abb.33). Eine etwas erhöhte Häufigkeit gibt es am 9. November; ab diesem Zeitpunkt gab es auch einen Anstieg des negativen Szenariums, es könnte Probleme durch die schlechte Ausrüstung des ÖBH geben (vgl. Abb.34). Im Februar schon gab es keine ausdrücklichen Argumente mehr, die sich auf unzureichende Ausrüstung des ÖBH beziehen. Eventuell liegt dies daran, dass sich dieses Argument bzw. das Szenarium der daraus folgenden Probleme durch das Nicht-Eintreten eines damit verbundenen Vorfalles, nicht halten ließ.

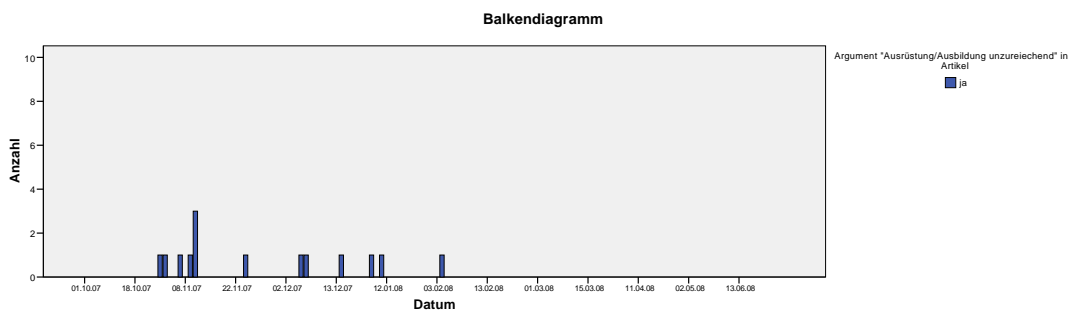


Abb.33: Zeitverlauf Argument „Ausrüstung/Ausbildung unzureichend“

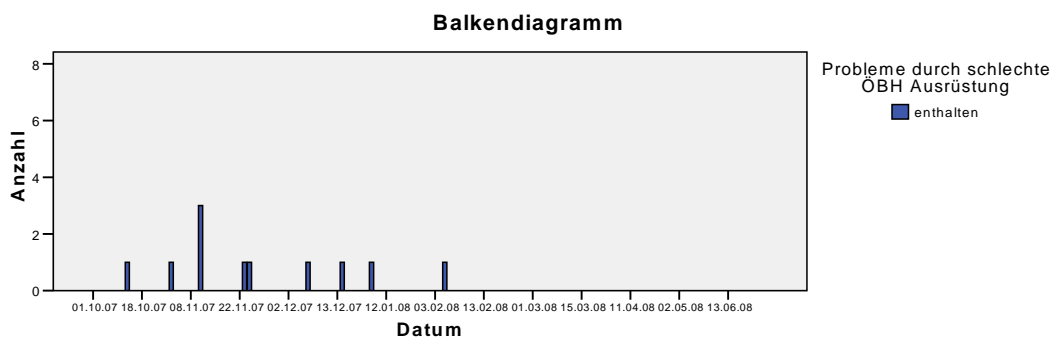
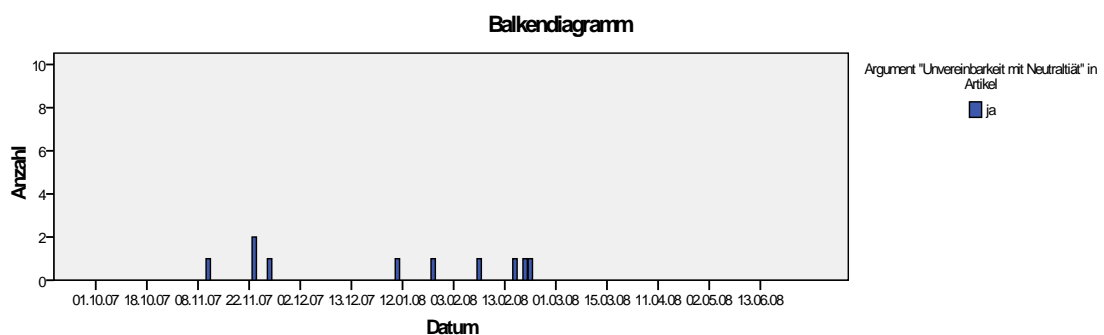


Abb.34: Zeitverlauf Szenarium „Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung“

Es zeigt sich, dass nach der Befragung mehr Berichte über diese Thematik erschienen, doch muss erwähnt werden, dass kurz davor im Kurier an zwei aneinanderfolgenden Tagen die mangelnde Ausrüstung schon Thema war. Eventuell hat dies die Beantwortung beeinflusst, doch ist an dieser Stelle nicht feststellbar, ob die Befragten diese Ausgaben des Kuriers gelesen haben oder nicht. Zu sagen, diese Artikel hätten Auswirkung auf die Einstellung der Befragten, wäre also nicht zulässig. Auffallend ist allerdings, dass hier das Politikerszenarium „Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung“ kurzfristig verstärkt geäußert wurde. Korreliert man das Datum mit den jeweiligen Argumenten, ergibt sich bei genau diesem Argument eine Signifikanz von 0,003.

Bei der Thematik, ob der Einsatz mit der Neutralität vereinbar ist oder nicht, kann gesagt werden, vor der Umfrage, dem 5. November, war dies kein Thema in den Printmedien, danach vereinzelt (vgl. Abb.35). Wie auch schon bei den negativen Aspekten ist auch hier festzustellen, dass das Thema Neutralität in nicht sehr großem Ausmaß in den Printmedien behandelt wurde. Ein negatives Szenarium eines aktiven Kampfeinsatzes der Österreicher, der gegen die Neutralität spricht wurde eher zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Umfrage angesprochen wurde (vgl. Abb.36).



Die zweite Umfrage, deren Zielgruppe ebenfalls Österreicher ab 18 Jahre war, enthält 502 Befragungen. Sie fand am **4. Februar 2008** statt, also zu dem Zeitpunkt an dem im Tschad Unruhen durch Rebellen herrschten und die Berichterstattung ihren Höhepunkt hatte.

Die Frage lautete<sup>236</sup>:

- 1) Sollen die im Tschad stationierten österreichischen Bundesheer-Soldaten weiterhin im Tschad bleiben oder soll der Einsatz abgebrochen werden?

61% der Befragten waren für den Abbruch des Einsatzes, 19% waren dafür, dass die Soldaten im Tschad bleiben sollten (20% „weiß nicht/keine Angaben“).

Am 2. Februar gab es zwei Artikel mit Aufforderungen den Einsatz abubrechen, am 3. Februar zwei, am 4. Februar zwei und am 5. Februar ebenfalls zwei Artikel. In der Zeit davor vereinzelt. Nach dem 12. Februar auch wieder nur selten (vgl. Abb.37). Es könnte also eventuell möglich sein, dass die etwas häufigeren Berichte so kurz vor der Umfrage, Einfluss auf die Meinung der Befragten hatte.

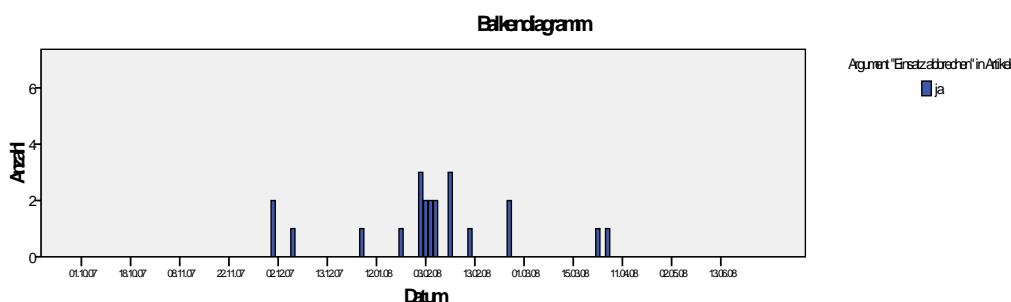


Abb.37: Zeitverlauf Argument „Einsatz abbrechen“

In Bezug auf die Hypothese, dass die Berichte nach der Befragung eher in die Richtung der Ergebnisse gehen, also dass die Meinung des Publikums von den Medien (bzw. auch Politikern) aufgenommen wird, kann Folgendes festgehalten werden:

Bei der ersten Umfrage gibt es Hinweise darauf, dass die Inhalte der Berichte etwas verstärkt in Richtung der Ergebnisse ausgelegt sind, womit die Hypothese bestätigt werden kann.

Die zweite Umfrage wurde zu einem für die Mission heiklen Zeitpunkt gemacht und es gab Anzeichen dafür, dass der vermehrte Aufruf nach einem Einsatzabbruch in den Medien durchaus auf die Antwort der Befragten Einfluss hatte. Somit wäre die Hypothese zu verwerfen.

<sup>236</sup> OGM Report-Fakten

**F7: Wie sieht das Verhältnis zwischen Themendichte (Häufigkeit von Themen) und Themenbreite (Vielfalt von Themen) aus?**

**H7: Es herrscht eher eine geringe Themenbreite bei gleichzeitig hoher Themendichte.**

Bei der unten angeführten Tabelle ist schnell erkennbar, dass es trotz der Vielfalt an Themen eine Konzentration vor allem auf 4 Themen gab, andere wurden wenig behandelt (vgl. Tab.13). Die Aspekte, die am häufigsten in den untersuchten Medien vorkamen, sind Informationen zur Struktur des ÖBH und dessen Einsatzplanung (24,3%). Danach waren die Unruhen ein beliebtes Thema (20,7%), die Erwähnung, dass die Aufgabe der EUFOR der Schutz von Flüchtlingen ist (16,5%) und die Sicherheitslage im Allgemeinen wurde ebenfalls im Verhältnis zu den anderen „verfügbaren“ Themen recht oft thematisiert (15,9%).

Wenn man die Häufigkeiten hochrechnet, dann wurden Informationen zum ÖBH in ca. jedem vierten Bericht gebracht, die Erwähnungen, dass dieser Einsatz einem UNO Mandat unterliegt dagegen nur in jedem 14ten Artikel. Auf politische Hintergrundinformationen wird im Folgenden noch genauer eingegangen, doch sei an dieser Stelle kurz erwähnt, dass sicherheitspolitische Aspekte in nur 6 Artikeln von 333 vorkamen. Ein signifikantes Nicht-Vorkommen auf alle Medien bezogen herrscht bei der Information der allgemeinen Aufgaben seitens der EUFOR im Einsatz (Sign.wert: 0,047).

Es scheint durchaus zulässig zu sagen, dass einige wenige Themenaspekte stark thematisiert wurden. Andere mögliche Informationen wurden so gut wie ausgelassen und nicht in den Berichten eingearbeitet.

<b>THEMEN</b>	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
ÖBH Truppeinfo/gr./Planung	24,3%	81
Aktuelle Unruhen	20,7%	69
Flüchtlingsschutz durch EUFOR	16,5%	55
Sicherheitslage Tschad	15,9%	53
(neg.) Rolle Frankreichs	12,6%	42
Verzögerung durch fehlende Ausrüstung	11,7%	39
Darlegung von Flüchtlingszahlen	9,0%	30
EU-Truppeninfo	9,0%	30
Flüchtlingssituation	8,1%	27
Aufgabe ÖBH im Einsatz	8,1%	27
Info über Tschad-Konflikt	7,5%	25
Erwähnung UNO Mandat	7,2%	24
Aufgabe EUFOR Allgemein	6,0%	20
Rebellendrohung	5,4%	18
Geschichte über Einsatzsoldaten	5,1%	17
Kosten	4,5%	15
Erwägung Einsatz Abbruch	3,6%	12
Beteiligung anderer neutraler Staaten	3,3%	11
Positives ÖBH Ereignis	3,3%	11
Fehlende ÖBH Ausrüstung	3,0%	10
Negatives ÖBH Ereignis	2,7%	9
Vereinbarkeit des Einsatzes mit Neutralität	2,4%	8
Sicherheitspolitische Informationen	1,8%	6
EU-Afrika Beziehungen	1,5%	5

Tab.13: Inhalte der Artikel

Es sollen nun diese Themenschwerpunkte nach dem Vorkommen im jeweiligen Medium untersucht werden.

Informationen über das ÖBH werden in allen Medien ähnlich oft behandelt (vgl. Abb.38). Ebenso verhält es sich mit Berichten, die die Sicherheitslage im Tschad zum Inhalt haben (vgl. Abb.39). Geht es um die Information, dass die EUFOR im Tschad Flüchtlinge schützt, so ist diese in den Artikeln der Kronen Zeitung am wenigsten zu finden (vgl. Abb. 40). Aufgrund der geringen Häufigkeiten werden in den folgenden Darstellungen die absoluten Zahlen beibehalten.



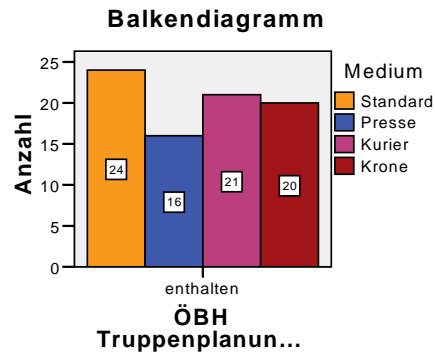


Abb.38: Thema ÖBH Truppenplanung nach Medium

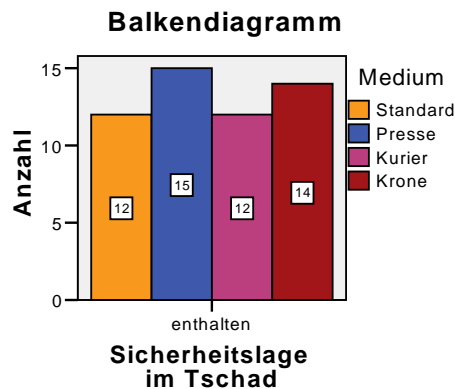


Abb.39: Thema Sicherheitslage Tschad nach Medium

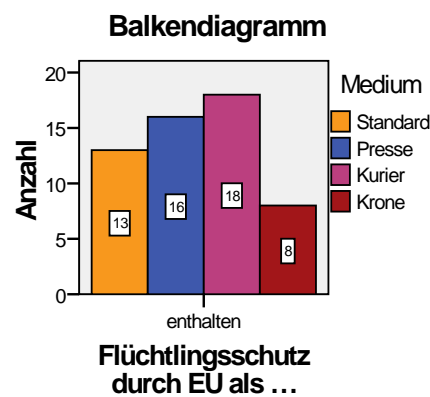


Abb.40: Thema Flüchtlingsschutz durch EU nach Medium

Sicherheitspolitische Informationen, scheinen in der Kronen Zeitung gar nicht auf, der Kurier bringt noch ehesten Berichte, die diese beinhalten, doch ist die generelle Anzahl in Anbetracht der 333 untersuchten Artikel kaum erwähnenswert (vgl. Abb.41). Dasselbe gilt im Grunde für Informationen, die die Beziehungen zwischen der EU und Afrika betreffen. Krone und Standard erwähnen dies in keinen ihrer Berichte, wenn dann kommen die äußerst wenigen Informationen aus Presse und Kurier (vgl. Abb. 42). Dafür erwähnt die Kronen

Zeitung am häufigsten von den untersuchten Medien die Verzögerung des Einsatzstarts aufgrund von fehlendem Material (vgl. Abb.43).

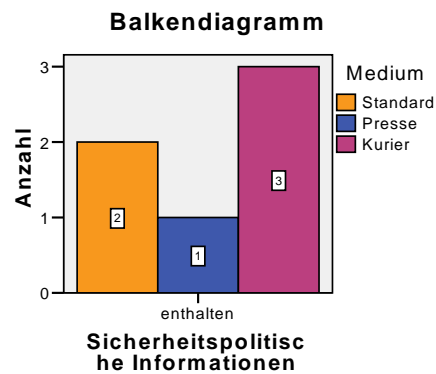


Abb.41: Sicherheitspolitische Informationen nach Medium

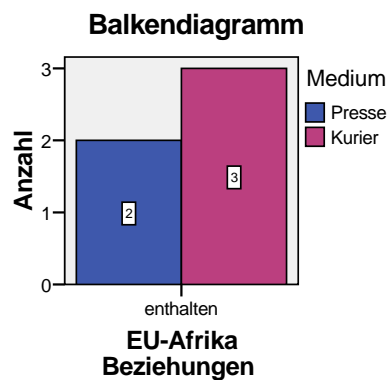


Abb.42: Thema EU-Afrika Beziehungen nach Medium

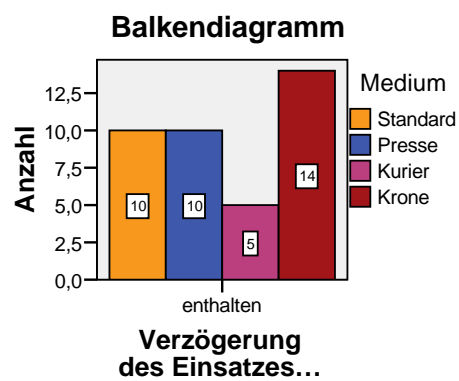


Abb.43: Thema Verzögerung des Einsatzes nach Medium

Folgende Signifikanzen ergeben sich durch den Vergleich zwischen den Medien:

Der Vergleich Standard/Krone und Standard/Kurier ergibt, eine signifikant vermehrte Erwähnung des UNO Mandats seitens des Standards (0,011 bzw. 0,002). Im Vergleich zur Krone, behandelt der Standard auch den politischen Status Österreichs in Bezug auf den Einsatz öfter (0,026). Der Kurier arbeitet öfter als Standard und Presse mit Berichten, die von Einsatzsoldaten handeln (0,003 bzw. 0,01). Die Kronen Zeitung erwähnt eher negative Bundesheerereignisse als die Presse (0,05).

Fügt man die vorhanden politischen Hintergrundinformationen (vgl. Tab.14) in die obere Liste ein, so reihen sie sich deutlich in die untere Hälfte der Themenhäufigkeiten ein. (vgl. Tab.15).

<b>Politische Hintergrundinformationen</b>	<b>%</b>	<b>Abs.</b>
Politische Information zum Tschad	6,9%	23
Aufgabe des ÖBH im Einsatz (außer Flüchtlingsschutz)	3,6%	12
Politische Rolle der EU durch/bei Einsatz	3,3%	11
Aufgabe ÖBH Flüchtlingsschutz	3,0%	10
Zukünftige Ziele durch Einsatz	2,7%	9
Information Neutralitätsstatus bei Einsatz	2,4%	8
Inhalt UNO Mandat	2,4%	8
Hintergrundinformationen zu EU Truppen	2,1%	7
Politische Rolle Österreichs durch Einsatz	2,1%	7
Politische Beziehungen EU-Afrika	1,8%	6
Information zu EUFOR/MINCURAT/UNAMID	0,9%	3

Tab.14: Politische Hintergrundinformation

Die politischen Informationen bilden das Schlusslicht an verwendeten Themen. Es werden eher immer wieder die Flüchtlingszahlen erwähnt (vgl. Abb. 44), als über Ziele des Einsatzes für die Zukunft (vgl. Abb.45) oder etwa Informationen über die Friedensmissionen UNAMID und MINCURAT zu berichten (vgl. Abb. 46).

THEMEN	%	Abs.
ÖBH Truppeinfo/gr./Planung	24,3%	81
Aktuelle Unruhen	20,7%	69
Flüchtlingsschutz durch EUFOR	16,5%	55
Sicherheitslage Tschad	15,9%	53
(neg.) Rolle Frankreichs	12,6%	42
Verzögerung durch fehlende Ausrüstung	11,7%	39
Darlegung von Flüchtlingszahlen	9,0%	30
EU-Truppeninfo	9,0%	30
Flüchtlingssituation	8,1%	27
Aufgabe ÖBH im Einsatz	8,1%	27
Info über Tschad-Konflikt	7,5%	25
Erwähnung UNO Mandat	7,2%	24
<b>Politische Information zum Tschad</b>	<b>6,9%</b>	<b>23</b>
Aufgabe EUFOR Allgemein	6,0%	20
Rebellendrohung	5,4%	18
Geschichte über Einsatzsoldaten	5,1%	17
Kosten	4,5%	15
Erwägung Einsatz Abbruch	3,6%	12
<b>Aufgaben des ÖBH im Einsatz (außer Flüchtlingsschutz)</b>	<b>3,6%</b>	<b>12</b>
<b>Politische Rolle der EU durch/bei Einsatz</b>	<b>3,3%</b>	<b>11</b>
Beteiligung anderer neutraler Staaten	3,3%	11
Positives ÖBH Ereignis	3,3%	11
<b>Aufgabe ÖBH Flüchtlingsschutz</b>	<b>3,0%</b>	<b>10</b>
Fehlende ÖBH Ausrüstung	3,0%	10
<b>Zukünftige Ziele durch Einsatz</b>	<b>2,7%</b>	<b>9</b>
Negatives ÖBH Ereignis	2,7%	9
<b>Information Neutralitätsstatus bei Einsatz</b>	<b>2,4%</b>	<b>8</b>
<b>Inhalt UNO Mandat</b>	<b>2,4%</b>	<b>8</b>
Vereinbarkeit des Einsatzes mit Neutralität	2,4%	8
<b>Hintergrundinformationen zu EU Truppen</b>	<b>2,1%</b>	<b>7</b>
<b>Politische Rolle Österreichs durch Einsatz</b>	<b>2,1%</b>	<b>7</b>
<b>Politische Beziehungen EU-Afrika</b>	<b>1,8%</b>	<b>6</b>
Sicherheitspolitische Informationen	1,8%	6
EU-Afrika Beziehungen	1,5%	5
<b>Information zu EUFOR/MINCURAT/UNAMID</b>	<b>0,9%</b>	<b>3</b>

Tab.15: Einordnung politischer Hintergrundinformation in Artikelinhalten

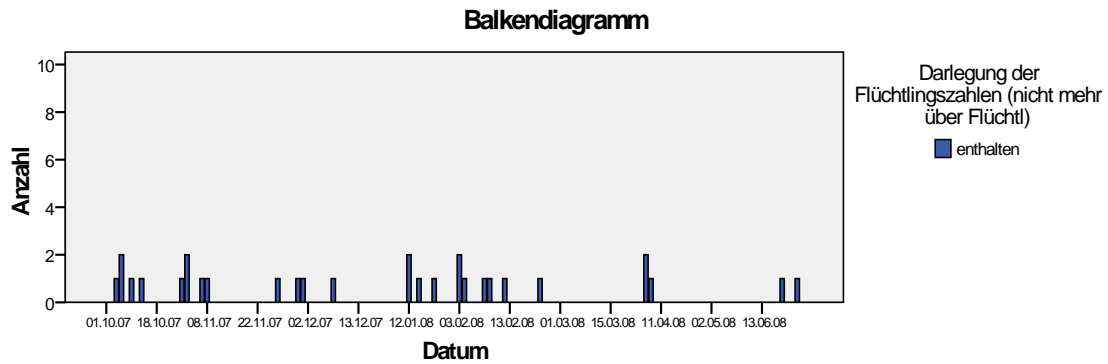


Abb.44 Zeitverlauf Darlegung Flüchtlingszahlen

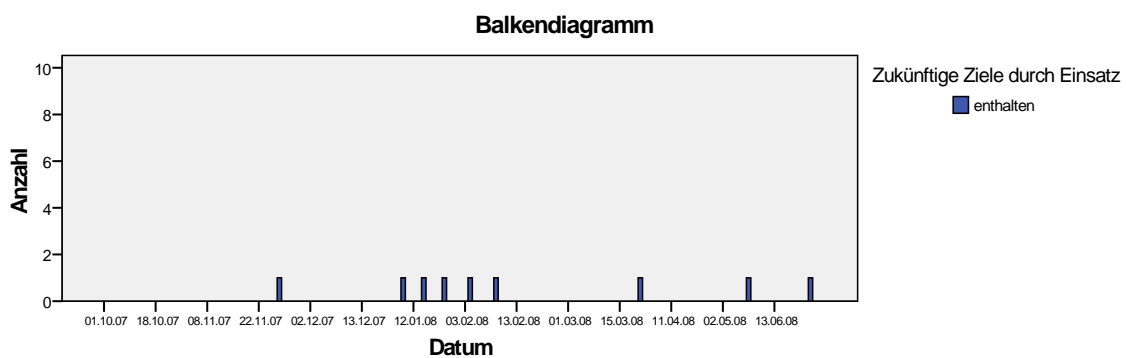


Abb.45: Zeitverlauf zukünftige Ziele durch Einsatz

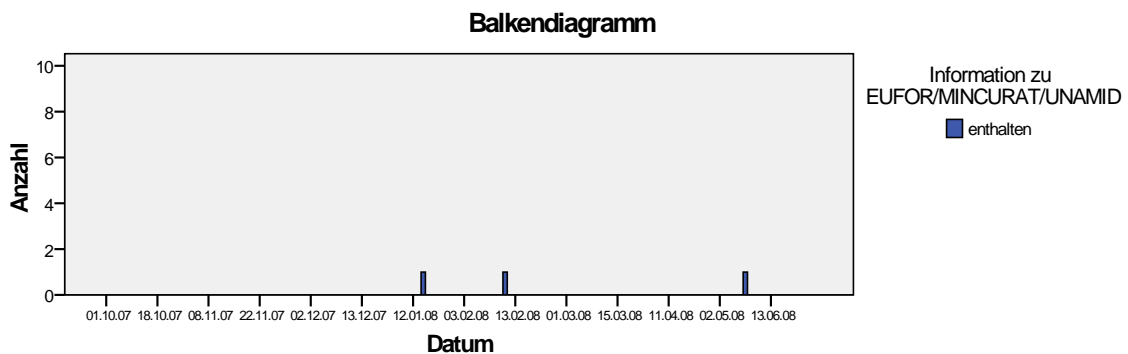


Abb.46: Zeitverlauf Information EUFOR/MINICURAT/UNAMID

Es wird auch in Kombination mit der Vermittlung von politischer Information deutlich, dass seitens der Medien auf ein paar wenige Themen das Hauptaugenmerk gelegt wird. Informationen über die Missionen EUFOR/UNAMID/MINCUAT sind erkennbar nicht in den untersuchten Medien enthalten (Sign.wert: 0,055). Noch deutlicher verhält es sich mit Informationen zur politischen Rolle Österreichs (Sign.wert: 0,036).

In der **Presse** werden vor allem folgende Themen dargestellt: Aktuelle Unruhen (27,6% aller Presse Berichte) Truppeninformation des ÖBH (21,1%), Flüchtlingsschutz durch die EUFOR (21,1%), Informationen zu den Truppen des ÖBH (21,1%) und die (negative) Rolle Frankreichs (21,1%).

Die Aufgaben des ÖBH im Einsatz (außer der des Flüchtlingsschutzes) werden mit einem Signifikanzwert von 0,019 eher in der Presse als in der Krone beschrieben. Die Darlegung des Neutralitätsstatus Österreichs im Einsatz ist in der Presse mit dem Signifikanzwert 0,055 nur knapp nicht signifikant, aber durchaus erwähnenswert.

Beim **Standard** sind folgende Themen vorrangig: ÖBH Truppeninformation (28,6%), Erwähnung des Vorhandenseins eines UNO-Mandates (15,5%), Flüchtlingsschutz als Aufgabe der EUFOR (15,5%) und in 14,3% aller 84 Standard Artikel wurde die über die aktuellen Unruhen im Krisengebiet berichtet.

Der **Kurier** setzt seinen Fokus auf die Themen: Aktuelle Unruhen im Tschad (23,9%), ÖBH Truppeninformation (22,8%), Flüchtlingsschutz durch die EUFOR (19,6%), Darlegung der Flüchtlingszahlen (13,0%), die Sicherheitslage im Tschad (13,0%). Ebenso sind 13% der 92 Berichte personalisiert über einen Soldaten der in den Einsatz geht.

Die **Kronen Zeitung** berichtet so wie der Standard und der Kurier mit über 20% der 81 Artikel über die Informationen bezüglich der Truppen des ÖBH (24,7%), danach kommen erst mit jeweils 17,3% die Sicherheitslage im Tschad, die aktuellen Unruhen und das Thema Verzögerung des Einsatzes aufgrund von fehlender Ausrüstung.

Die Hypothese, dass eine geringe Themenbreite bei gleichzeitig hoher Themendichte in den Artikel vorzufinden ist, kann mit den erhaltenen Ergebnissen verifiziert werden.

## 4. Interpretation und Resümee

Die Teilnahme des Österreichischen Bundesheeres an der humanitären Mission im Tschad war parteipolitisch umstritten. Dieser Umstand spiegelte sich zum Teil in der Berichterstattung der vier Printmedien wieder.

Die Anzahl der Berichte, die den Tschad zum Thema hatten, ist innerhalb der untersuchten Medien recht ausgeglichen. Sieht man sich die allgemeinen Tendenzen an, so scheinen auch diese ausgeglichen, nicht aber wenn die einzelnen Blätter genauer betrachtet werden.

Zunächst soll auf die Kriterien der Nachrichtenselektion eingegangen werden.

Eine Annahme war, dass vor allem dem Thema Neutralität und deren Unvereinbarkeit mit dem Einsatz große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dies konnte nicht bestätigt werden, denn wenn negative Aspekte erwähnt wurden, dann am ehesten die gefährliche Lage vor Ort. In Anlehnung an die Nachrichtenfaktoren von Lippmann könnte eine Erklärung folgendermaßen aussehen:<sup>237</sup>

Die Gefahr spielt auf mögliche Übergriffe auf die EUFOR an, sowie z.B. die Rebellendrohungen gegen die EUFOR. Hier wird mit Sensationalismus und Emotionen gearbeitet, wie etwa folgende Aussagen zeigen:

„Das verlangt vom Bundesheer einen Einsatz gegen verwilderte Wüstenkrieger - und gegen Kindersoldaten, die meist unter Drogeneinfluss hemmungslos morden“ (Kurier, 02.11.2007); „Geköpfte Kinder, aufgeschlitzte Frauenleiber, Massenvergewaltigungen eine unüberschaubare Vielzahl an Regierungs- und Nicht-Regierungsmilizen, die einander gegenseitig abschlachten.“ (Krone, 23.11.2007)

Um diesen „Informationen“ folgen zu können, braucht es kein Vorwissen. Die möglichen Konsequenzen, sind - wenn nicht schon vom Medium selbst ausgeführt – natürlich negativ und somit berichtenswert.

Die Neutralitätsfrage kann hier an Ungewöhnlichkeit und Emotion nicht mithalten. Österreicher identifizieren sich zwar sehr stark mit der Neutralität ihres Landes, doch hat sie keinen „Überraschungswert“ und vielleicht wirkt eine Definition der Neutralität Österreichs in militärischen Einsätzen im Rahmen einer Friedensmission auch zu komplex, um sie genauer und längerfristig zu thematisieren.

---

<sup>237</sup> Vgl. Kap.I/1. Grundlagen der Nachrichtenselektion: S.9

Die Kronen Zeitung lässt zum einen politische Aspekte in Bezug auf die EU aus, die Gefahr des Einsatzes wird allerdings am häufigsten von allen untersuchten Medien vermittelt.

Auch dies kann mit den Nachrichtenwerten und der Attraktivität emotionaler Themen begründet werden, während politischen Aspekten weniger Aufmerksamkeit zugeteilt wird. Der News Bias Ansatz spricht von verschiedenen Indikatoren, die zu einer Beeinflussung der Themendarstellung in den Medien führen können. Einer davon bezieht sich auf Auslassung und Verkürzung bzw. Betonung einzelner Aspekte. In diesem Fall schloss die Kronen Zeitung politische Aspekte aus und betonte im Gegenzug die Aspekte der Unsicherheit und der Gefahr.

In der Literatur sind folgende Umstände zu finden, die die Medienagenda beeinflussen: Das Ereignis hat Nachrichtenwert, Konzentration auf sensationelle Aspekte und Over-Reporting, also eine ständige Wiederholung von Themen.

Die Untersuchung ergab, dass vor allem die Themen, gleich ob positive oder negative Aspekte, eher vermittelt wurden, die emotional gestaltet werden können. Punkte wie Kosten, Neutralität oder politische Informationen sind deutlich weniger zu finden. Es war in Bezug auf die großen Themen auch zu erkennen, dass ein paar wenige Aspekte (v.a. ÖBH Truppeninformationen, Unruhen im Krisengebiet und die EUFOR Aufgabe Flüchtlinge zu schützen) wiederholt in den Berichten vorkamen. Dies kann nach dem Agenda Setting Ansatz dazu führen, dass diese Themen von den Rezipienten als wichtigere Themen angesehen werden als diese, über die eher nicht berichtet wird.

Einen fehlenden Aspekt stellt z.B. die Tatsache dar, dass es bei diesem Einsatz erstmals in der Geschichte des UN-Peacekeeping ein Mandat für eine militärische (EUFOR Tchad/RCA) und zivile Mission (MINCURAT) gab und wer für welche Aufgaben zuständig war. In der Kronen Zeitung wurde am 2. Juni 2008 *erstmalig erwähnt*: „Denn das eigentliche Ziel der EUFOR-Mission sei es, die UNO beim Aufbau der Polizeimission MINCURAT zu unterstützen.“

Nach dem Framing-Ansatz werden durch die Auswahl der Themen gewisse Informationen hervorgehoben, andere ausgelassen. Das ist bei der Krone und auch beim Kurier verstärkt geschehen.

Zunächst gibt es zwei Höhepunkte in der Menge der Berichte zum Thema Tschad Einsatz, die durch eine Häufung von Ereignissen verursacht wurden. Es handelt sich um November 2007 und Februar 2008. In diesen Monaten nahm auch die Zahl der dramatisierten Berichte zu, allerdings nur bei Krone und Kurier. Standard und Presse übernehmen diese



Darstellungsformen nicht. Artikel mit politischem Hintergrund in Standard und Presse erschienen im November 2008 nicht. Also genau in dem Monat, in dem Krone und Kurier vermehrt dramatische Berichte veröffentlicht. Hier kam es seitens der Qualitätsblätter zu keinem informativen Ausgleich.

Negative Szenarien finden auch in dieser Zeit ihren Platz, ebenso wie Artikel, in denen der letzte Satz dramatische Elemente beinhaltet. Auffallend dabei ist, dass sich die „medienproduzierten“ Szenarien länger halten als die, die von Politikern geäußert werden.

Mit Downs' Issue-Attention-Cycle<sup>238</sup> können folgende Phasen erkannt werden:

In der ersten Phase ist das Thema noch nicht von öffentlichem Interesse. In diesem Fall handelt es sich um die Zeit vor Oktober 2007.

In der zweiten Phase führen dramatische Ereignisse dazu, dass die Öffentlichkeit auf das Thema/die Problematik aufmerksam wird. Dies geschah dann im November 2007 durch Ereignisse, wie Rebellenunruhen, Verzögerung des Einsatzes wegen fehlender Ausrüstung, ein „geheimes Papier“ zur brisanten Sicherheitslage im Tschad wurde öffentlich.

Die dritte Phase beinhaltet das Feedback seitens der Politiker, die sich über mögliche Folgen äußern. Aussagen von BZÖ und FPÖ Politikern in den Medien häufen sich mit Ende November 2007 und halten sich (mehr oder weniger) bis März 2008.

In der vierten Phase erkennen die Menschen die Probleme und Schwierigkeiten der Thematik, die öffentliche Aufmerksamkeit fängt aber an abzunehmen. Im Falle der Tschad Berichterstattung wiederholt sich die zweite Phase allerdings aufgrund der Ereignisse im Februar 2008. Es kam zu größeren Rebellen-Ausschreitungen im Tschad und somit noch einmal zu einer erhöhten Aufmerksamkeit, obwohl im Dezember und Jänner die Häufigkeit der Berichte schon zurückging. Die fünfte und letzte Phase besagt, dass das Thema nun öffentlich bekannt ist, die Aufmerksamkeit nimmt hier aber wieder ab. Dies geschah dann nach dem Februar 2008. Schritt für Schritt werden die Berichte weniger.

Heute liest man so gut wie nichts mehr in den Zeitungen über den Einsatz in Afrika, kaum ein Politiker spricht mehr von einer Gefährdung für die Soldaten oder die Neutralität. Die Thematik ist medial ausgeschöpft und würde erst bei einem erneuten dramatischen oder „sensationellen“ Ereignis wieder vermehrt aufgenommen werden. Keine Rede mehr von „*unseren Wüsten-Rambos in der Sahel-Zone an vorderster Front*“ (Krone, 9.3.2008).

Aktualität ist ein Leitprinzip der Medien. In Anbetracht der hohen Zahl an Berichten, die eine Ereignisdarstellung bzw. aktuelle Kurzinformation zum Inhalt haben, galt dies durchaus auch bei dem Thema Tschad. Die zeitliche Dimension der Aktualität, also Neuigkeit, wurde

---

<sup>238</sup> Vgl. Kap. I/1. Grundlagen der Nachrichtenselektion: S.19

durch die hohe Anzahl an Ereignisdarstellenden Berichten gut erfüllt. Die sachliche Dimension, Faktizität, ist nur teilweise gegeben. Sie beinhaltet den Tatsachenbezug und grenzt fiktionale Publizistik aus. Negative Szenarien sind zwar keine Unwahrheiten im eigentlichen Sinn, doch Tatsachenbezug können sie bei weitem auch nicht aufweisen. Die negativen Szenarien werden in geringem Maß mehr von den Medien selbst erzeugt als von den Politikern. Es muss die Frage gestellt werden, ob (in Krone und Kurier) nicht unter dem Deckmantel einer kritischen Funktion von Medien populistische Sensationsberichterstattung betrieben wurde?

Aufgabe der Medien sollte es sein, Informationen qualitativ hochwertig zu vermitteln. Liefert eine Nachricht kein Wissen, ist sie nicht informativ und somit erfüllt der Journalismus seine Aufgabe nicht. In Bezug auf politisches Hintergrundwissen hat keines der untersuchten Medien in übermäßigem Maß Informationen in ihre Berichte eingebaut.

Die zentralen Merkmale von Qualität im Journalismus, wie die Vielfalt, die Orientierungsfunktion, Sachlichkeit und stilistische Qualitätsmängel sollen nun betrachtet werden.

Vielfalt meint Quellen- und Meinungsvielfalt.<sup>239</sup> Parteipolitisch kamen alle Richtungen in den Medien zu Wort und, obwohl die FPÖ und das BZÖ bei weitem am meisten Presseaussendungen veröffentlichten, wurden diese Parteien nicht automatisch auch im untersuchten Zeitraum am öftesten zitiert. Einen Unterschied gab es zwischen Boulevard- und Qualitätsblatt. Die Kronen Zeitung entnahm am wenigsten aus den OTS Meldungen, der Standard am meisten. In Anbetracht deren selbst inszenierten negativen Szenarien überrascht das nicht.

Das Qualitätskriterium der Sachlichkeit beinhaltet die Trennung von Nachricht und Meinung. Es sollen hier negative Szenarien, vor allem die durch die Medien geäußerten, als Element der Meinung gelten. Denn es handelt sich nicht um ein stattgefundenes Ereignis, sondern um eine Einschätzung möglicher Folgen durch mögliche Begebenheiten. Alles in allem gab es keinen übermäßigen Anteil solcher Szenarien, die Kronen Zeitung verwendetet jedoch die meisten negativen Szenarien.. In 32% aller Krone Artikeln kam es zu vorwiegend von der Redaktion geäußerten Szenarien. Vor allem wird von einem möglichen Angriff auf die EUFOR gesprochen, der durchaus Tote auf der Seite der Österreicher fordern könnte. Von Expertenseite wird hierzu folgendes, von den Medien außer acht gelassenes Argument, entgegengebracht: „Entgegen der medialen Kampagne des Boulevards (vor allem in Österreich) vor Beginn des Einsatzes hat sich gezeigt, dass den EUFOR-Truppen vonseiten

---

<sup>239</sup> Vgl. Kap.I/3: Qualität im Journalismus: S.38

der Rebellen keine offene Feindschaft entgegenschlägt. Da diese selber an die Macht kommen wollen, liegt ihnen sehr daran, politisch ernst genommen zu werden. Ein Angriff auf EUFOR-Soldaten wäre für sie daher kontraproduktiv und würde die internationale Gemeinschaft gegen sie aufbringen.“<sup>240</sup> Auch wenn die Szenarien eines Angriffes und toter Soldaten in der Häufigkeit nicht übermäßig vorkommen, so sind sie sogar noch im März und im Juni vereinzelt zu finden, was dazu führt, dass diese abschreckenden Bilder immer wieder in die Köpfe der Leser gebracht werden. In der Presse hingegen, gab es durchaus Inhalte wie: „Ein Sprecher der Rebellen berichtet (...), dass seine Kämpfer „kein Interesse“ an einer Konfrontation mit der EUFOR hätten. Die EUFOR müsse aber neutral bleiben.“ (Presse, 16.6.2008). In Kurier und Krone „erwähnte“ man solche Aussagen nicht.

Stattdessen wurde in der Kronen Zeitung ein Artikel – kein gekennzeichnete Leserbriefgefunden (9.5.2008), der überaus positiv über den Einsatz und das internationale Ansehen des Bundesheeres berichtete. Im letzten Absatz stand: „Stellungnahme der Redaktion: „Die „Krone“ ist eine absolut unabhängige Zeitung, das heißt jedoch, wir lassen auch Persönlichkeiten zu Wort kommen, deren Meinung von unserer Blattlinie abweicht, die wir aber interessant finden.“ Hier wird den Lesern deutlich gezeigt, wie die Redaktion zu dem Einsatz steht, nämlich dagegen.

Die Kronen Zeitung weist die meisten stilistischen Qualitätsmängel auf. Gekennzeichnet sind diese durch Superlative, Ironie, umgangssprachlichen Formulierungen und affektivem Wortschatz. Presse und Standard arbeiten hier gemäß qualitativem Journalismus ohne solcher Techniken. Ein Viertel aller Krone Berichte enthalten dramatisierende bzw. emotionalisierende Inhalte. Das ist vielleicht kein überdurchschnittlicher Anteil, aber die Eindringlichkeit der Worte darf nicht unterschätzt werden. Es wurde kaum ein stilistisches Merkmal ausgelassen. Hier ein paar Beispiele:

- ) Wortkomposita: „Der *Wehrdienstverweigerungsverteidigungsminister* Darabos aber lässt unsere Soldaten trotz aller Kritik auf kriegerische Afrikaner los.“ (Krone, 29.11.2007)
- ) Umgangssprache: „*Übrigens*: In der Steiermark schwärmen bereits Offiziere aus, um besorgten Angehörigen der künftigen „Afrika-Soldaten“ darauf vorzubereiten, dass auch mit Verlusten gerechnet werden muss...“ (Krone, 29.11.2007)
- ) Übertreibung: „*Brütende* Hitze, auf der Lauer liegende Rebellen, Massen-Evakuierungen – und jetzt auch noch *abertausende* Moskitos.“ (Krone, 7.2.2007)

---

<sup>240</sup> Feichtinger (2009): S.196

-) Emotionalisierung: „Jetzt allerdings drohen weitere, gefährliche Militäreinsätze, von denen viele EU-Soldaten – *auch Österreicher* – *wohl nicht mehr lebend heimkehren*.“ (Krone, 26.11.2007)

In diesem Zusammenhang erscheint folgender Satz im Kurier interessant:

„Grund für die Verunsicherung der Familien sind übertriebene Medienberichte.“ (Kurier, 28.1.2008). Dass dies gerade von einem Medium kommt, dass zum Teil selbst übertriebene Meldungen veröffentlichte, verwundert ein wenig. Vor allem weil selbst nach dieser „Erkenntnis“ die Medien die Schiene der Emotionalisierung weiterführen. Hier zählt wohl einmal mehr „only bad news are good news“.

Medien haben eine Orientierungsfunktion, sollen über Hintergründe, Ursache und Folgen berichten. Die untersuchten Blätter weißten in 7% der Artikel politische Information zur Ursache des Konfliktes im Tschad auf.

„<Die Sicherheit Österreichs und die der EU sind untrennbar miteinander verbunden. Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik im Wesentlichen im Rahmen der EU>, zitiert Feichtinger aus der gültigen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Diese Doktrin wurde 2002 von der damaligen schwarz-blauen Bundesregierung verabschiedet. Umso befremdlicher sei, dass heute ausgerechnet FPÖ und BZÖ gegen die Beteiligung des Bundesheeres an der europäischen Tschad-Truppe hetzen.“ (Presse, 7.12.2007). Informationen wie diese sind selten zu finden, in Krone und Kurier sucht man vergebens danach.

Obwohl die Österreicher sehr darauf bedacht sind, dass bei internationalen Einsätzen ein UNO-Mandat vorliegt, werden genauere Hinweise und Inhalte dieses Mandates in 8 von 333 Artikeln erwähnt. Die Friedensmissionen UNAMID, MINCURAT und deren Zusammenarbeit mit EUFOR Tschad/RCA werden nicht thematisiert, da sie in nur 3 Artikel erwähnt werden. Längerfristige politische Ziele des Einsatzes, außer dem oft erwähnten Schutz der Flüchtlinge, scheinen für die Medien ebenfalls nicht berichtenswert gewesen zu sein. Afrika hat laut Experten für Europa nämlich sehr wohl eine strategische Bedeutung, die hier kurz angesprochen werden soll.

Walter Feichtinger, Brigadier im Bundesministerium für Landesverteidigung und Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, sieht im Afrika-Engagement die Umsetzung gesamteuropäischer strategischer Interessen. Er betont, dass es wichtig sei den Bürgern der Europäischen Union die Notwendigkeit europäischen Handelns in Afrika

nachvollziehbar und verständlich zu machen. Afrika nimmt mit 53 Staaten mehr als ein Viertel der UN-Vollversammlungssitze ein und ist somit nicht einfach von internationalen Tätigkeiten abzutrennen.<sup>241</sup> USA, China, Russland, Indien sind bestrebt in Afrika an Bedeutung zu gewinnen. China z.B. ist schon seit Jahren bemüht, sein außenpolitisches Gewicht mittels verstärkter Beziehungen mit Afrika zu verstärken und betont die Einigkeit mit Afrika in globalen Fragen. Das führte nicht selten dazu, dass China gemeinsam mit Russland, Verurteilungen afrikanischer Politiker durch den Sicherheitsrat mittels ihrer Vetomacht verhinderten. Darüber hinaus wurden 10.000 Stipendien von China für afrikanische Studenten aus über 50 Ländern bereitgestellt und 400 Professoren nach Afrika bestellt. So überrascht es nicht, dass der Sudan großes Interesse hat chinesische und nicht etwa europäische Truppen im Land zu haben.<sup>242</sup> Die Interessen der USA liegen darin, durch afrikanisches Öl mehr energiepolitische Unabhängigkeit vom Nahen Osten zu verschaffen, weiters sehen sie in Afrika eine Hauptfront in der Terrorismusbekämpfung und darüber hinaus soll der Einfluss Chinas nicht unkontrolliert bleiben. Russland ist zwar keineswegs abhängig von Afrika, doch mit einer Beteiligung an den afrikanischen Liefernetzen kann die eigene Position gestärkt werden. Die ist für Europa insofern von Bedeutung, als es stark von russischen Energieexporten abhängt. Darüber hinaus stellt Russland einen wichtigen Waffenlieferant für afrikanische Staaten dar.<sup>243</sup>

Es wird also deutlich, dass Afrika stark in das internationale Geflecht eingebunden ist und Europa bemüht ist, nicht außenvor zu bleiben, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. In diesem Zusammenhang stehen die nationalen Interessen der europäischen Mitgliedsstaaten hinter denen der gesamteuropäischen strategischen Interessen. Feichtinger sagt hierzu: „Angesichts der Erwartungen wäre es höchst an der Zeit, die gesamteuropäischen Interessen klar darzulegen und der EU-Bevölkerung die Notwendigkeit des Engagements in Afrika zu vermitteln. (...). Europäisches Engagement in Afrika ist daher keine Prestigeangelegenheit, sondern ein zwingendes Erfordernis, wenn die EU ein globaler Akteur von Bestand sein will.“<sup>244</sup>

Laut Experten ist die Mission für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik von großer Bedeutung, doch dürfte „dieses Bewusstsein (...) derzeit allerdings außerhalb eines überschaubaren Expertenkreise weitgehend zu fehlen.“<sup>245</sup>

---

<sup>241</sup> Vgl. Feichtinger (2009): S.10f

<sup>242</sup> Vgl. Feichtinger (2009): S. 14f

<sup>243</sup> Vgl. Feichtinger (2009): S.16f

<sup>244</sup> Feichtinger (2009): S. 28

<sup>245</sup> Feichtinger/Hainzl (2009): S.195

Hintergründe, die für das europäische Politikverständnis im Bewusstsein der EU-Bürger und der Österreicher zum Teil fehlen, werden weder durch Politiker noch durch die Medien ausreichend vermittelt. Stattdessen wurden zum Teil die Emotionen bei den Lesern angesprochen. Lippmann spricht davon, dass bei öffentlicher Meinung immer auch die Gefühlsebene mit im Spiel ist.<sup>246</sup> Nicht Bilder oder genaue Sätze werden behalten, sondern das Gefühl, das bei dem Rezipienten im Moment des Lesens aufkommt. Wie dieses Gefühl bei Aussagen der Krone und des Kuriers aussehen, ist gut vorstellbar. Wie schon erwähnt, kann dies nicht auf alle untersuchten Blätter umgelegt werden. Doch Anbetracht der Tatsache, dass die Krone die Reichweitenstärkste Zeitung Österreichs ist (41,3%)<sup>247</sup>, kann von einem gewissen Bedeutungsgrad gesprochen werden.

Im Falle des Tschad-Einsatzes wird die öffentliche Meinung durch eine von OGM durchgeführte Befragung erhoben. Die Ergebnisse entsprechen durchaus der traditionellen Einstellung der Österreicher, nämlich sehr neutralitätsbewusst. Medien sind sich solcher Ergebnisse bewusst und arbeiten zum Teil mit diesem Wissen. Zum Zeitpunkt der Ergebnisveröffentlichung der ersten Umfrage, wurden vermehrt die Argumente der Umfrage in die Berichte eingebaut. Bei der zweiten Umfrage scheinen die häufigeren Berichte vor der Befragung über den Ruf nach dem Abbruch des Einsatzes eventuell Wirkung gezeigt zu haben.

In einer 2006 durchgeführten Umfrage bezüglich europäischer Sicherheitspolitik befürworteten 72% internationale Einsätze des ÖBH im Zuge humanitärer Angelegenheiten<sup>248</sup>, was den Ergebnissen der OGM Umfrage widerspricht, da hier die Mehrheit gegen den Einsatz stimmte. Dies kann durchaus an dem gewählten Zeitpunkt der Befragung liegen (nämlich als vermehrt über Gefahren im Tschad berichtet wurde).

In der 2006 durchgeführten Umfrage gaben ca. 30% an, die ESVP wäre noch in Planungsphase und bei der Frage, seit wann Österreich Mitglied des Programms Partnership for Peace der Nato ist, gaben 33% eine richtige Antwort (11 Jahre), etwa genauso viele kreuzten eine falsche Antwort oder „gar nicht“ an. Gleichzeitig sind die Medien als *die* Informationsquelle angegeben worden. Betrachtet man den politischen Informationsgehalt der Berichterstattung über den Tschad-Einsatz, verwundern diese Ergebnisse nicht.

Wie in der Inhaltsanalyse aufgezeigt, neigen Politiker ebenso zu Aussagen mit übertriebenen negativen Szenarien. Beispiele wären etwa:

---

<sup>246</sup> Vgl. Kap. I/4: Öffentliche Meinung: S.42

<sup>247</sup> Vgl. Media Analyse Oktober 2009

<sup>248</sup> Vgl. Kap. II/1: Österreichs Neutralität und Sicherheitspolitik: S.63

„Ihm (Peter Pilz, Die Grünen) liegen nämlich Einschätzungen von dem pensionierten Geheimdienstchef Alfred Schätz vor, die er so zusammenfasst: „Die österreichischen Soldaten sind auf den Tschad so gut vorbereitet, wie ein burgenländischer Männerchor auf die Besteigung des Himalaya.“ (Standard, 11.1.2008).

„Strache kritisiert den Tschad-Einsatz des Bundesheeres. „Eine Todesfalle“ warnte er“ (Krone, 25.11.2007)

„(BZÖ)... forderte den sofortigen Abzug der österreichischen Soldaten „aus diesem Hexenkessel“ (Die Presse, 4.2.2008)

Seit jeher versuchen JournalistInnen sich und ihre Aufgaben zu definieren, sind sich – schenkt man diversen Umfragen glauben, ihrer Verantwortung bewusst. Die Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, die qualitativen Normen unter den gegebenen Redaktionsbedingungen in angemessenem Ausmaß erfüllen zu können. Auch wenn die Antwort darauf hinaus läuft, dass es schwierig oder gar unmöglich ist, so darf der Anspruch darauf nicht aufgegeben werden. Bei vielen der untersuchten Berichte könnte man jedoch zu dem Schluss kommen, manche Journalisten bzw. Blattlinienverantwortliche haben dies bereits.

Im Fall der Berichterstattung über die Beteiligung an dem Tschad-Einsatz (wie auch immer man dazu steht) muss gesagt werden, dass politische Aufklärung dazu von Seiten der Medien in geringem Maß vorhanden war.

Die Grundlage der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge im Osten des Tschads und die Darlegung der Flüchtlingszahlen ist ein sehr wichtiger Aspekt. Ebenso Informationen zu Truppenplanung des Österreichischen Bundesheeres. Doch gäbe es noch eine Reihe tiefergehende Aspekte und Erklärungen weshalb die EU sich hier engagiert.

Die Medien entscheiden hier schon im Vorhinein was für die Leser von Relevanz ist und was nicht.

Standard und Presse bieten im Ansatz Hintergrundinformation, Krone und Kurier bleiben verstärkt mit emotionalen Beurteilungen stehen. Die grundsätzliche Blattlinie spiegelt sich in der Behandlung positiver und negativer Aspekte wieder.

In diesem Zusammenhang wäre es interessant, zum Vergleich die Berichterstattung zu diesem Einsatz im neutralen Irland oder Schweden zu untersuchen, um zu sehen wie hier seitens der Medien (und auch Politiker) gearbeitet wurde.

## Abstract

Die Arbeit untersucht mittels Inhaltsanalyse, wie über den Tschad-Einsatz des Österreichischen Bundesheeres im Zuge der humanitären EU-Hilfsaktion in den Printmedien (Krone, Kurier, Standard, Presse) berichtet wurde. Die Analyse zeigt auf, welche thematischen Schwerpunkte gesetzt wurde, welche politischen Hintergründe in die Berichte einfließen und inwieweit positive und negative Aspekte des Heereseinsatzes verarbeitet wurden. Darüber hinaus zeigt die Arbeit auf, wie sich die Berichterstattung im Zeitverlauf verändert hat.

Theoretische Basis bilden zunächst die Methoden der Nachrichtenselektion, um verständlich zu machen, welche Ereignisse unter welchen Umständen überhaupt zu Nachrichten werden. Wie Nachrichten verarbeitet werden sollten und welche Merkmale es für guten Journalismus gibt, wird ebenso diskutiert, da hieraus die normativen Ansprüche an Qualität im Journalismus abgeleitet werden können. Die Berichte der Zeitungen tragen dazu bei, was über ein Thema gedacht wird. Aus diesem Grund bilden auch Erläuterungen zu Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung, sowie die daraus resultierende Einstellung auf die Politik eine weitere Grundlage. Dies hat nämlich im Weiteren durchaus relevante Folgen auf das Vertrauen in die Demokratie.

Zur Hintergrundinformation des Einsatzes und des Konfliktes im Tschad dient der zweite Themenpunkt, der auch Untersuchungsergebnisse zum Thema Sicherheitspolitik beinhaltet.

Allgemein formuliert waren politische Hintergrundinformationen in den untersuchten Tageszeitungen so gut wie nicht vorhanden. Auch die Qualitätsblätter Presse und Standard leisteten hier kaum einen Beitrag, doch immerhin war hier der eine oder andere wissenswerte Artikel zu finden. Unabhängig dieser Hintergrundinformationen ergab sich eine traditionelle Aufteilung nach Boulevard und Qualitätsblatt. Krone und Kurier arbeiteten mit klassischen Elementen des Sensationalismus, Presse und Standard hingegen berichteten sehr ausgeglichen. Der Verlauf der Berichterstattung fand auch gemäß klassischer Modelle der Themenkarrieren statt.

Es zeigt sich, dass gerade bei politisch brisanten Themen „more of the same“ durchgezogen wurde und somit die Rezipienten weniger geboten bekommen als möglich wäre.

In der politischen Berichterstattung zeigt sich ein ähnliches Bild. Es wird meist mit denselben Pro und Contra Argumenten gearbeitet. Dies verstärkt die Tendenz, dass die Medien ihre eigenen Argumente wiederholt.



## **Abstract**

The thesis is a case study, using content analysis, of how print media (such as Krone, Kurier, Standard, Presse) covered the Chad Operation carried out by the Austrian Federal Armed Forces in collaboration with the European Union humanitarian relief action. The analysis clearly shows which thematic aspects were emphasized upon in the media coverage, which political backgrounds were used, how positive and negative views of the military deployment were handled, as well as how the coverage changed over a certain period of time.

The method of selecting news forms part of the theoretical basis. The news selected has to fulfil various criteria, such as the type of events and also under which circumstances the specified events become usable for news coverage. Another contributing factor to the plausibility of the theoretical basis is the method of how news is prepared and reported as this will indicate whether the journalistic coverage is qualitative acceptable. News reports published in print media including comments and opinions have an impact on the public and their point of view regarding a specific topic as well as developing events in politics. These aspects are also a vital part in the trust put into the idea of democracy.

In addition to the background information of the military deployment in Chad being examined the security policies play a key role and are taken into consideration in this thesis.

In general political background information in the analysed reports was barely existent. Even the papers Presse and Standard, which represent quality media coverage minimally reported or followed up on the political issues at hand regarding the operation in Chad. However it is to be said that these two papers remained fairly impartial in their methods of reporting whereas the papers Krone and Kurier used the typical elements of sensationalism. It is to be noted that the progression of the coverage by Presse and Standard was kept at a constant pace.

It becomes clear during the analysis of the reports that political explosive topics are repeated continually and are used as a common thread throughout the news coverage which lets the reader receive less information than would in actual fact be possible. Moreover the print media uses the same arguments (pros and cons) throughout their political coverage to affirm their views.

## Anhang

### Das Kategoriensystem der Untersuchung

KATEGORIEN FÜR ARTIKEL		
Datum		TT.MM.JJ
Medium	1	Standard
	2	Presse
	3	Kurier
	4	Krone
Ressort	1	Inland
	2	Ausland
	3	Chronik
	4	Reportage/Thema
	5	Anzeigen
	6	Seite5
	7	Politik
	8	Wien
	9	Presse in 4Minuten
	10	Titelseite
	11	Europa
Zeilenzahl des Artikels <sup>249</sup>		xx
<i>Bis „EU-Ebene“ Mehrfachantwortenset „AUSSAGEN HERKUNFT“ in SPSS bilden</i>		
BP Fischer	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
SPÖ <sup>250</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
ÖVP <sup>251</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
FPÖ	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
BZÖ	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Grüne	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten

<sup>249</sup> Da jeder Artikel auf A4-Seite im gleichen Format ausgedruckt, herrscht dasselbe Verhältnis. Zu zählen: nur ganze Zeilen. Wenn nicht ganz, dann nach Rundungsprinzip – ab Hälfte wird Zeile gezählt.

<sup>250</sup> Verteidigungsminister Darabos wird auf Grund seiner Position nicht SPÖ, sondern BMLVS zugeordnet

<sup>251</sup> Außenministerin Plassnik wird auf Grund ihrer Position nicht ÖVP, sondern BMeiA zugeordnet

BMLVS	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
BMeiA	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
NGO/UNHCR	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Afrika Experte	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Politikwissenschaftler	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Österreicher in Tschad <sup>252</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Militärebene <sup>253</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
EU Ebene	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
<i>Bis „Abbruch des Einsatzes“ Mehrfachantwortenset „ARTIKEL INHALTE“ in SPSS bilden</i>		
Flüchtlingssituation	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Flüchtlingzzahlen	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Aufgabe der EU Truppe Flüchtlingsschutz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Sicherheitslage im Tschad	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
ÖBH Truppeninfo <sup>254</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
ÖBH Aufgabe im Einsatz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Information zu Tschad Konflikt	0	Nicht enthalten

<sup>252</sup> Nicht Militär, aus „privaten/geschäftlichen“ Gründen dort ansässig

<sup>253</sup> Nur Ranghohe Militärs, keine „normalen“ Soldaten wie etwa Pioniere

<sup>254</sup> Auch Truppengröße/-zusammensetzung

	1	Enthalten
Fehlende ÖBH Ausrüstung	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Verzögerung des Einsatzes aufgrund fehlender EU-Ausrüstung	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Aktuelles Tschad (Unruhen)	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Personalisierte Soldatenstory <sup>255</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Rebellendrohung	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
EU-Truppeninformation <sup>256</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Erwähnung bzw. Inhalt UNO Mandat zu Einsatz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
EU-Afrika Beziehungen	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Positives ÖBH Ereignis	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Negatives ÖBH Ereignis	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Kosten des Einsatzes	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
(Neg.) Rolle Frankreichs	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Sicherheitspolitische Info	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten

<sup>255</sup> Z.B. „Markus F. ist 34 Jahre und hat zwei Kinder. Als Pionier des ÖBH wird er in den Einsatz gehen.“ usw.

<sup>256</sup> Auch Truppengröße,-zusammensetzung

Vereinbarkeit Neutralität	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Beteiligung anderer neutraler Staaten	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Abbruch des Einsatzes	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Argumentenvielfalt in Artikel	1	Nur Oppositionsargumente
	2	Nur Befürworterargumente
	3	Argumentengegenüberstellung Dafür/Dagegen
	4	Keine Argumente, nur Darlegung
	5	Soldatenaussagen <sup>257</sup>
Art des Artikels	1	Politische Hintergrundinformation
	2	Dramatisierend <sup>258</sup>
	3	Mischform aus 1 und 2
	4	Personalisierend
	5	Narrativ
	6	Aktuelle Kurzinfo <sup>259</sup>
	7	Argumentendarlegung Befürworter/Gegner
	8	Ereignisdarstellung <sup>260</sup>
	9	Belächelnde Ereignisdarstellung seitens Medium
<i>Bis „Info zu EU-Truppe“ Mehrfachantwortenset „POLITISCHE HINTERGRUNDINFO“ in SPSS bilden</i>		
Polit. Information zu Tschad	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Inhalt des UNO Mandats zu Einsatz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Polit. Beziehung EU-Afrika	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Polit. Rolle EU	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten

<sup>257</sup> Keine Aussagen von Ranghohen Militärs, sondern von „normalen“ Einsatzsoldaten. Bericht, der vorwiegend aus Aussagen, Einschätzungen eines Soldaten besteht. Z.B. Markus F. sagt: „Ich freue mich auf die Herausforderung“.

<sup>258</sup> Wenn: emotionalisierend, Reizwörter. z.B.: „N'Djamena steht kurz vor der Entscheidungsschlacht. Die Stadt wird heiß umkämpft.“

<sup>259</sup> Zeilenzahl: bis 15 Zeilen, aber auch nach Inhalt und Aufbau des Artikels zu beurteilen

<sup>260</sup> Zeilenzahl: ab 15 Zeilen, aber auch nach Inhalt und Aufbau des Artikels zu beurteilen

Polit. Rolle Österreich	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Aufgabenbereiche ÖBH <sup>261</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Aufgabe ÖBH Flüchtlingsschutz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Info zu EUFOR/MINCURAT/UNAMID	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Zukünftige Ziele durch Mission <sup>262</sup>	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Info zur ESVP	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Info zu Neutralität im Einsatz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Info zu EU-Truppe	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Dramatisierende Inhalte <sup>263</sup>	STRING in SPSS	
Artikel enthält Negative Szenarien	1	Ja, in Politikeraussage
	2	Ja, durch Medium selbst produziert
	3	Nein
	4	Ja, durch Bezug auf Studie
	5	Ja, durch NGO
	6	Ja, Quellenherkunft aber nicht erkennbar
<i>Bis „Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung“ Mehrfachantwortenset „NEGATIVE SZENARIEN“ in SPSS bilden</i>		
Tote Soldaten	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten

<sup>261</sup> Ohne „Flüchtlingsschutz“

<sup>262</sup> Außer „Flüchtlingsschutz“

<sup>263</sup> Auffällige dramatisierende Worte bzw. Sätze. Z.B. „Sollte aber aufgrund der verworrenen Lage ein Tschad Rebellenführer zum Angriff ansetzen, hätten die 160 Bundesheer Soldaten nur geringe Überlebenschancen“  
Achtung: keine zitierten Aussagen von Politikern, nur „Medienproduzierte“

Angriff auf EUFOR durch Rebellen	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Aktiver Kampfeinsatz	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Probleme durch schlechte Ausrüstung/Ausbildung	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Probleme durch schlechte ÖBH Ausrüstung	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Pro Argumente in Artikel	1	Ja
	2	Nein
<i>Bis „Know-how ÖBH“ Mehrfachantwortenset „PRO INHALTE“ in SPSS bilden</i>		
Humanitäre Hilfe	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Verminderung Flüchtlingsstrom nach Europa	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Sicherheit für Afrika	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Politischer Status EU	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Schutz für NGOs	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Internationales Ansehen ÖBH	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Politischer Status Österreich	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Know-how ÖBH	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Contra Argumente in Artikel	1	Ja
	2	Nein

*Bis „Einmischen in fremde Kultur“ Mehrfachantwortenset „CONTRA INHALTE“ in SPSS bilden*

Unsichere Lage/Gefahr	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Gefahr für Soldaten	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Ausrüstung unzureichende	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Soldatenausbildung unzureichend	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Französischer Einfluss	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Gefährdung österreichische Neutralität	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Einmischen in fremde Kultur	0	Nicht enthalten
	1	Enthalten
Tendenz der letzten Aussage	1	Oppositionsargument
	2	Befürworterargument
	3	Neutral
	4	Dramatisierend
Argument „Einsatz abbrechen“ in Artikel	1	Ja
	2	Nein
Argument „Ausrüstung/Ausbildung unzureichend“ in Artikel	1	Ja
	2	Nein
Argument „Unvereinbarkeit mit Österreichs Neutralität“ in Artikel	1	Ja
	2	Nein
Argument „Gegen Einsatz“ in Artikel	1	Ja
	2	Nein



## Literatur

Arndt, Adolf (1962): Begriff und Wesen der Öffentlichen Meinung, in: Löffler, Martin (Hrsg.): Die öffentliche Meinung. Publizistik als Medium und Faktor der öffentlichen Meinung., München. S.1-14.

Bentele, Günther (1988): Objektivität und Glaubwürdigkeit von Medien: eine theoretische und empirische Studie zum Verhältnis von Realität und Medienrealität, Berlin.

Bilke, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung: ein Modell für einen konfliktsensitiven Journalismus, Wiesbaden.

Borchert, Heiko (2007): Das sicherheitspolitische Profil Österreichs. Erwartungen, Ambition und Beurteilungskriterien im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen des österreichischen Bundesheeres, Wien.

Brosius, Hans-Bernd/ Koschel, Friederike/ Haas, Alexander (2008): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung, 4.Auflage, Wiesbaden.

Bucher, Hans-Jürgen (2003): Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus, in: Bucher/Altmeppen (Hrsg.): Qualitäten im Journalismus, Wiesbaden, S.11-34.

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft, 4.Auflage, Wien.

Busek, Erhard (1998): Massenmedien in der Politik von heute, in: Busek, Erhard/Hüffel, Clemens: Politik am Gängelband der Medien, Wien, S.9-26.

Dovifat, Emil (1960): Publizistik. Festschrift für Emil Dovifat. Red. Kieslich, Günther; Schütz, Walter J., Bremen.

Eichhorn, Wolfgang (1996): Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung, München.

Ernst, Werner W/ Kernie, Franz (2002): Öffentliche Meinung und europäische Sicherheitspolitik, Baden-Baden.

Fabris, Hans-Heinz (1979): Journalismus und bürgernahe Medienarbeit. Formen und Bedingungen der Teilnahme an gesellschaftlicher Kommunikation, Salzburg.

Feichtinger, Walter (2009): Warum Afrika? – Bedingungen, Ziele, Optionen, in: Feichtinger, Walter/Hainzl, Gerald (Hrsg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen-Möglichkeiten-Grenzen, Wien, S.9-28

Feichtinger, Walter/Hainzl, Gerald (2009): Ziele - Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagement. in: Feichtinger, Walter/Hainzl, Gerald (Hrsg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen- Möglichkeiten-Grenzen, Wien, S.191-200

Gärtner, Heiz/ Pucher, Johann (2000): Europäische Sicherheit und neue Perspektiven für die militärische Landesverteidigung, Wien.

Giller, Joachim (1995): Sicherheitspolitische Diskussion und öffentliche Meinung. Darstellung und Interpretation empirischer Daten zu aktuellen Fragen der österreichischen Sicherheitspolitik, Wien.

Hagen, Lutz M. (1995): Informationsqualität von Nachrichten. Messmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen, Opladen.

Hainzl, Gerald/Walter, Florian (2008): Krisen und humanitäre Katastrophen. Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan, Zentralafrikanische Republik. in: IFK Aktuell, Ausgabe August 2008

Hainzl, Gerald (oJ): EU, AU, NATO und UNO: Partner für Krisenmanagement in Afrika? [www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/eu\\_km\\_partner\\_f\\_afrika\\_g\\_hainzl.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/eu_km_partner_f_afrika_g_hainzl.pdf)

Stand: 27.3.2009

Hazdra, Peter (2003): Österreichs Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen.  
[www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/02\\_intinf\\_15\\_hazdra.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/02_intinf_15_hazdra.pdf)

Stand: 11.11 2008

Kernic, Elisabeth (2002): Struktur und Leitbilder österreichischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Ernst, Werner W.; Kernic, Franz (Hrsg.): Öffentliche Meinung und europäische Sicherheitspolitik, Baden-Baden, S.13-56.

Koxeder, Birgit (2007): Qualitätsmerkmale der Politikberichterstattung, Saarbrücken.

Löffler, Martin (1962): Die öffentliche Meinung. Publizistik als Medium und Faktor der öffentlichen Meinung, München

Löffelholz, Martin (2004): Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21.Jahrhundert, Wiesbaden, S.13-55.

Löffelholz, Martin (2004): Theorien des Journalismus in: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Wiesbaden, S.15-53.

Löffelholz, Martin/ Trippe, Christian F, Hoffmann, Andrea C. (2008): Kriegs- und Krisenberichterstattung, Konstanz.

Malik, Maja (2004): Journalismus-journalismus, Wiesbaden.

Mast, Claudia (1986): Was leisten Medien? Funktionaler Strukturwandel in den Kommunikationssystemen, Osnabrück.

Matthes, Jörg: Framing-Effekte (2007). Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten, München.

Maurer, Marcus (2003): Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung, Konstanz.

Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 10.Auflage, Weinheim.

McQuail, Denis (1992): Media Performance. Mass Communications and the Public Interest, London.

McQuail, Denis (1987): Mass Communication Theory. An Introduction, 2.Auflage, London

Merten, K.; Schmidt S.J.; Weischenberg S. (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen.

Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in die Theorie, Methode und Praxis. 2.Auflage, Opladen.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1989): Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, Ullstein.

Pabst, Martin (2009): UNAMID, MINCURAT und EUFOR Tchad/RCA: Vorgeschichte, Ziele, Mandate, Strukturen und aktueller Stand. S.86. in: Feichtinger/Hainzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Afrika; Wien, S.85-110.

Pöttker, Horst (2000): Zur Bedeutung des Sprachgebrauchs im Journalistenberuf, in: Kurz, Josef u.a. (Hrsg.): Stilistik für Journalisten, Wiesbaden, S.11-26.

Rhomberg, Markus (2006): Das Konzept des Agenda-Setting und seine Relevanz für die Demokratietheorie, Diss. Universität Wien, Wien.

Ruhrmann, Georg (1994): Ereignis, Nachricht und Rezipient. in: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien, Opladen, S.237-255.

Scheufele, Bertram (2005): Sexueller Missbrauch-Mediendarstellung und Medienwirkung, Wiesbaden.

Schmidt, Siegfried/Zurstiege, Guido (2007): Kommunikationswissenschaft. Systematik und Ziele, Hamburg.

Schönhagen, Philomen (1998): Unparteilichkeit im Journalismus: Tradition einer Qualitätsnorm, Tübingen.

Siedschlag, Alexander (2006): Analysestandpunkt 6. Die gesellschaftliche Tragfähigkeit Europäischer Sicherheitspolitik und internationalen Krisenmanagements unter Beteiligung von Streitkräften im Falle der Republik Österreich.

[www.esci.at/eusip/asp6.pdf](http://www.esci.at/eusip/asp6.pdf) Stand: 21.10.2008

Soulas de Russel, Dominique (1981): Tschad – Objekt nationaler und internationaler Machtkämpfe, Hamburg.

Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt, Freiburg.

Wallisch, Gianluca (1995): Journalistische Qualität. Definitionen-Modelle-Kritik, Konstanz.

Weischenberg, Siegfried (2006): Medienqualitäten. Zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation, in: Weischenberg/Loosen/Beuthner (Hrsg.): Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, S.9-34.

Weischenberg, Siegfried (2004): Journalistik: Medienkommunikation: Theorie und Praxis Band 1: Mediensysteme-Medienethik-Medieninstitutionen; 3.Auflage, Wiesbaden.

Weischenberg, Siegfried (1994): Journalismus als soziales System, in: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien, Opladen, S.427-454.

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Journalismus in Deutschland 2005, in: Media Perspektiven, 2006/ 7, S.326-361

Wildenmann, Rudolf/Kaltefleiter, Werner (1965): Funktionen der Massenmedien, Frankfurt am Main.

Wilke, Jürgen (2003): Zur Geschichte der journalistischen Qualität, in: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus. Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle, Wiesbaden, S.35-54.

Wirz, Albert (1982): Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo, Wiesbaden.

Wolling, Jens (1999): Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellung der Bürger zur Politik, Opladen.

Wolling, Jens (oJ): Der Einfluss der Medien auf die Einstellung zur Politik. [www.wolling.de/pdfs/wolling\\_la\\_imfluenca.pdf](http://www.wolling.de/pdfs/wolling_la_imfluenca.pdf) Stand: 10.3.2009

### **Zusätzliche Internetquellen**

[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/435138/index.do?direct=435068&\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/435068/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/435138/index.do?direct=435068&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/435068/index.do&selChannel=)  
Stand: 15.3 2009

<http://www.bmi.gv.at/zivilschutz/sicherheitsdoktrin.asp>

Stand: 6.3. 2009

[http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR\\_2001/PK0871/PK0871.shtml](http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2001/PK0871/PK0871.shtml)

Stand: 15.3.2009

<http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/currentops.shtml#africa>

Stand: 7.4.2009

<http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/tschad/eckdaten.php>

Stand: 19.4.2009

[http://www.bmlv.gv.at/pool/img/ausle\\_tschad\\_new.jpg](http://www.bmlv.gv.at/pool/img/ausle_tschad_new.jpg)

Stand: 19.4.2009

Vereinte Nationen, Sicherheitsrat; Resolution 1778 (2007)

[http://www.un.org/depts/german/sr/sr\\_07/sr1778.pdf](http://www.un.org/depts/german/sr/sr_07/sr1778.pdf)

Stand: 21.4.2009

Rat der Europäischen Union: Beratungsergebnisse; Schlussfolgerungen des Rates zur Operation EUFOR TCHAD/RCA (2008)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12101.de08.pdf>

Stand: 19.4.2009

<http://mediacom.at/media-analyse-2008-09>

Stand: 02.10.2009

## **CURRICULUM VITAE**

---

Elisabeth Fritzsche, Bakk.phil.

Geboren am 09. Juni 1982  
Österreichische Staatsbürgerschaft

---

### **AUSBILDUNG**

1988 – 1992 Volksschule, 1090 Wien

1992 – 2000 Neusprachliches Gymnasium, 1190 Wien

2000 – 2002 HAK Kolleg, Schwerpunkt Marketing, 1080 Wien

2003 – 2009 Publizistik und Kommunikationswissenschaften, Universität Wien

### **BERUFSERFAHRUNGEN**

08/04 – dato **Austrian Airlines AG – Ground Staff**

03/03 – 08/03 **Bombardier Transportation Austria - Qualitätsabteilung**

12/02 – 03/03 **Österreichisches Rotes Kreuz – Blutspendeabnahme**

09/02 – 11/02 **Auslandsaufenthalt in Bologna, Italien – Sprachschule Centro Konié**